

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtigungsinserate 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf., (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußzeilen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 4. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Noch keine Entscheidung.

Die Situation ist bis zur Stunde im wesentlichen unverändert. Die Nachrichten aus dem Balkan selbst fließen heute noch spärlicher — eine Wirkung der strengen Zensur. Jedenfalls sind die diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und der Türkei noch nicht abgebrochen, obwohl die Frist für die Beantwortung der serbischen Forderung auf freie Durchfuhr des Kriegsmaterials bereits abgelaufen ist. Auch haben die Balkanstaaten das gemeinsame Ultimatum, das von ihnen angekündigt worden ist, noch nicht überreicht. In diesem Schriftstück wollen die Verbündeten von der Türkei die sofortige Durchführung wirksamer Reformen und Befestigung der Verhältnisse in der europäischen Türkei verlangen. Geht die Pforte auf diese Forderung nicht ein, so würde der Krieg trotz aller Vermittlungsversuche unfehlbar ausbrechen.

Man darf aus der Verzögerung der Ueberreichung des Ultimatus nun keineswegs optimistische Schlüsse ziehen. Denn diese Verzögerung erklärt sich einfach damit, daß die Gegner der Türkei ebensowenig wie diese selbst schon kriegsfertig sind. Dazu wird es noch mindestens einer Woche bedürfen.

Daß die Türkei aber die Forderungen ihrer Feinde erfüllen sollte, ist ganz unwahrscheinlich. Denn eine von den Balkanstaaten erwungene Autonomie in dem angrenzenden türkischen Gebiet würde höchstens einen momentanen Aufschub für die Türkei bedeuten, den schließlichen Abfall dieser Gebiete aber nur beschleunigen. Die Türkei würde in der Tat damit die Herrschaft über den größten und ökonomisch entwickeltesten Teil ihres europäischen Gebietes verlieren, in demselben Augenblick, in dem der ihr jetzt aufgezwungene, wie es scheint, unmittelbar bevorstehende Friedensschluß mit Italien ihr auch den Rest ihres nordafrikanischen Besitzes raubt. Zugleich bedeutete ein kampfloses Nachgeben, daß die türkische Stellung in der ganzen mohammedanischen Welt außerordentlich geschwächt würde und die Türkei ihre Autorität weder in Arabien noch in Armenien behaupten könnte.

Behält also die Türkei ihre freie Entschliessung, dann kann ihre Antwort um so weniger zweifelhaft sein, als auch die Kriegsstimmung in der türkischen Bevölkerung und insbesondere in der Armee zusehends an Stärke gewinnt. Nur ein Zwang der Großmächte, ein ganz außerordentlicher diplomatischer Druck könnte die Türkei bewegen, ihr eigenes Todesurteil zu unterschreiben. Aber auch dazu sind die Aussichten kaum vorhanden. Zwar scheinen verschiedene diplomatische Schritte getan worden zu sein, aber von einem Erfolg wagen die Diplomaten selbst nicht zu sprechen. Herr Sasso, der russische Minister des Auswärtigen, ist zwar aus London in Paris eingetroffen und die französische Regierung scheint nochmals versuchen zu wollen, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Frankreich hat ja viele Milliarden in der Türkei und am Balkan angelegt und der Ausbruch des Krieges bedeutet für das Land die denkbar schwerste ökonomische Schädigung. Deshalb hat ja Frankreich schon in der bosnischen Annektionskrise im Jahre 1908 all seinen Einfluß für die Erhaltung des Friedens aufgewandt. Auch jetzt erklärt die französische Presse die Bereitwilligkeit, mit Deutschland zusammen für den Frieden eintreten zu wollen. Aber der deutschen Diplomatie scheint es auch jetzt an Kraft und Fähigkeit zu mangeln, die großen gemeinsamen Interessen, die in Wirklichkeit zwischen Deutschland und Frankreich vorhanden sind, zu erkennen und dementsprechend zu handeln. Es zeigt sich eben immer wieder, daß der feindliche Gegensatz zwischen Deutschland und den Westmächten, den die Politik unserer herrschenden Klassen in unverantwortlicher Weise hat entstehen lassen, die eigentliche Quelle jeder Kriegsgefahr bildet. Ohne diesen Gegensatz hätte Rußland nie seine Rolle als agent provocateur in allen Weltkriegen der letzten Jahre spielen können, hätte Oesterreich nicht eine Politik machen dürfen, die die Türkei geschwächt, die Reformwünsche der kleinen Nationen ermutigt und schließlich zu einer mitbestimmenden Ursache ihres aggressiven Vorgehens geworden ist.

So sind die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens heute so gering wie gestern, wenn auch andererseits noch keine Ereignisse eingetreten sind, die den Krieg unabwendbar machen.

Bulgarische Stimmungen.

Aus Sofia wird uns geschrieben:

Der Krieg steht vor der Tür. Als erste und grundlegende Ursache der drohenden Lage auf dem Balkan sind die unausrottbaren politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse in der Türkei über-

haupt und speziell in ihren fortgeschrittensten europäischen Gebieten anzusehen. Ein aus allen möglichen Nationalitäten zusammengesetztes Reich kann für die ihm angehörenden kulturbedürftigen und fortschreitenden Menschen nichts anderes sein als eine Plage. Die Administration, das Gerichts- und Finanzwesen werden in mittelalterlichem Sinne ausgeübt von einer militärischen und bürokratischen Oligarchie, in der die herrschende Nation die zurückgebliebenste nach jeder Hinsicht ist und deren völliger Willkür die übrigen Nationen, besonders die christlichen, überlassen sind. Die Entwicklung des Reiches bestand seit hundert Jahren nur in dem Abbröckeln, Sichlosreißen und Absondern der fortgeschrittensten Teile vom Ganzen. Rumänien, Serbien, Griechenland, Bulgarien, Bosnien rissen sich los und jetzt kommt die Reihe an Mazedonien, Albanien und Armenien. Die Türkei ist ein Reich, das sich weder durch seine eigenen sozialen Kräfte reformieren kann noch von außen her reformieren läßt.

Die Christen fliehen aus der Türkei in die angrenzenden Balkanstaaten Montenegro, Serbien, Bulgarien, Griechenland und verursachen hier unter ihren Glaubens- und Sprachgenossen eine fortwährende, unverstehbare Gärung, die, verbunden mit den aufkeimenden kapitalistischen, eroberungsfähigen Tendenzen der jungen Bourgeoisie dieser Länder, zu einer dauernden Gefahr für den Balkanfrieden geworden ist. Fügt man diesen unerträglichen Zuständen noch die Intrigen und die sich am Balkan zeugenden Interessentenkämpfe der großen Mächte hinzu, dann hat man alle Faktoren vor Augen, die den Frieden auf dem Balkan stören.

Das ist jedoch der allgemeine, bereits Jahre dauernde Zustand. Das, was jetzt die Lage verschärft, waren die Ereignisse des letzten Jahres und der türkisch-italienische Krieg, der nicht nur auf dem Balkan viele Hoffnungen und Gelüste weckte. Zweitens kommt hinzu das endgültige Scheitern der Hoffnungen, die auf die Jungtürken gesetzt worden waren, und das Wiedererscheinen der Alttürken an der Spitze der Regierung. Als dritter Faktor kommt in Betracht der Aufstand der Albanesen, denen man die gewünschten Reformen gewährte, und viertens die Massaker und Greuel in Kotschani und anderen Gebieten des türkischen Reiches. Alles das verursachte eine große Bewegung unter den mazedonischen Emigranten und nationalistischen Parteien in Bulgarien, die in großen Meetings den Krieg mit der Türkei und die Erlangung der Autonomie Mazedoniens predigten und die Kleinbürgerlichen und Kleinländlichen Massen mit fortrissen. Alle bürgerlichen Parteien hielten die Lage in der Türkei für unerträglich und forderten eine PreSSION auf die türkische Regierung.

Da kam die Nachricht von dem Vorschlag des Grafen Berchtold auf eine fortschreitende Dezentralisation der türkischen Verwaltung.

Rum erfreut sich Oesterreichs Regierung keines guten Rufes auf der Balkanhalbinsel. Lange Jahre hindurch hat sie ebenso wie die deutsche Diplomatie die Greuel des Sultan Hamidschen Regimes unterstützt. Außerdem tut Oesterreich alles, um die seiner Politik nicht freundlich gesinnten kleinen Balkanstaaten in ihren Fortschritten möglichst aufzuhalten. Oesterreichs Freunde auf dem Balkan sind die sultanischen Dynastien. In Serbien haben diese ausgepielt, aber desto größere Freunde hat die Wiener Diplomatie im bulgarischen Könige und seinen politischen Dienern. Graf Berchtolds Vorschlag traf mit der Rückkehr des bulgarischen Königs aus Oesterreich in Sofia zusammen. Gleichzeitig verbreitete sich das Gerücht, daß die Regierung ein Memorandum an die europäischen Mächte vorbereitet, in dem die Autonomie Mazedoniens als einziger Weg zur Beendigung der türkischen Wirren empfohlen oder gefordert werde. Diesen Plan hat aber die Regierung fallen gelassen und andere Wege gesucht. Der Vorschlag Berchtolds war zu allgemeiner Art und die konservativen Tendenzen Oesterreichs der Türkei gegenüber zu bekannt, um etwas Tröstliches davon zu erwarten. Da auch die Aufsehung der bulgarischen Regierung gegen die Tripelentente kein für den Moment günstiges und direktes Resultat gebracht hat, suchte sie auf Umwegen durch Verständigungen mit anderen Balkanregierungen ihrem Ziele näher zu kommen. So kam der Balkan-Vierbund zustande, dessen Zweck es ist, im Notfall, wenn die zwei europäischen Lager, Dreibund und Dreiverbund, sich im Schach halten, gegen die Türkei gewaltsam vorzugehen. Vor etwa zwei Wochen antwortete das Regierungsbüro „Mir“ auf einen friedliebenden Rat des offiziellen französischen Blattes „Le Temps“ gereizt, die kleinen Balkanstaaten könnten auch anderswo Zuflucht finden, wenn die großen Mächte nur ihren eigenen Interessen gehorchen. Jetzt schreibt das Blatt hochfahrend, daß am Balkan ein neuer Faktor entstanden ist, der die Türkei zwingen wird, entweder sich zu reformieren und mit den übrigen Staaten zusammenzugehen oder unterzugehen.

Die Folgen solchen Vorgehens sind nicht abzusehen. Aber eins ist gewiß. Der „neue politische Faktor auf dem Balkan“ wird auch

neue Gefahren mit sich bringen. Zweifellos ist er unter dem Drucke Rußlands entstanden und hat seine Spitze gegen Oesterreichs Vordringen auf dem Balkan. Sein Entstehen bedeutet eine gewaltsame Lösung der schwebenden Balkanfragen im Einklange mit Rußland oder der Tripelentente. Oesterreich wird sich wahrscheinlich betrogen fühlen, früher als es für angebracht hielt, für die Invasion Mazedoniens und die Befestigung Salonikis in Aktion zu treten.

Das ist die eine, die offizielle Seite der bulgarischen Regierungspolitik. Die Führung der anderen Politik hat König Ferdinand selbst. Sie steht nicht immer im Gegensatz zu der offiziellen Politik, die sie kreuzt und bereut, wenn sie nicht ganz mit der königlichen Politik zusammenfällt. Der König hat die Taktik der Equilibristik und schiebt sich gern auf zwei Seiten, Rußland und Oesterreich. Reigt seine Regierung nach der einen Seite, so ergängt er sie nach der anderen, und schließlich schiebt immer seine Nichtlinie. Im gegenwärtigen Falle ist er nicht etwa gegen die Autonomie Mazedoniens oder die Zerstückelung der Türkei durch die Balkanstaaten. Er wird sich nicht der Gefahr der Verfeindung mit der einen oder anderen Seite aussetzen, wenn man ihm das entziehen abrä. Bulgarien kann rüsten, kriegsbereit sein, die anderen Balkanstaaten können ihm beistehen und mit ihm zusammen losgehen. Aber wenn die bulgarische Regierung nicht die heimliche Zustimmung Rußlands hat und der König keinen Wink von Wien bekommt, dann wird aus all dem Kriegsgeschrei nichts. So war es wenigstens bis jetzt. Ob die Tripelentente die halb-laute Zustimmung geben wird und ob der Wink vom Balkan kommen kann, das weiß man jetzt nur in Vainoral und in Wien. Das hier getriebene zwiesache Spiel kann aber die größte Katastrophe für den europäischen Frieden heraufbeschwören. Die Balkanvölker können frei aufatmen, wenn das Spiel eine wirkliche Besserung der inneren Lage in der Türkei herbeiführen könnte.

Die bulgarische Sozialdemokratie und der Krieg.

Die bulgarische Sozialdemokratie ist selbstverständlich gegen den Krieg. Die radikale Fraktion ist der von den bürgerlichen Parteien propagierten Forderung der Autonomie Mazedoniens scharf entgegengetreten. Deren Erfüllung bilde überhaupt keine Lösung der Balkanfrage. Denn das autonome Mazedonien wäre ebenso der Janapfel der rivalisierenden Balkanstaaten und deren Dynastien, sowie der europäischen Diplomatie, wie das verfallene Mazedonien. Sodann würden auch die an der Balkanhalbinsel interessierten europäischen Großmächte keineswegs die Errichtung einer wirklichen Autonomie Mazedoniens gestatten. Ein Krieg auf dem Balkan läme nur der Eroberungspolitik der interessierten Großmächte zugute. Heute werden die Balkanstaaten, insbesondere Bulgarien, am auffälligsten von Rußland zu einem Kriege mit der Türkei aufgehetzt. Es liegt nun auf der Hand, daß ein Krieg zwischen Bulgarien und der Türkei nur ein Schrittmacher für die Eroberungsbestrebungen Rußlands auf dem Balkan wäre. Dann träte auch die russische Geheimkonvention mit Bulgarien in Kraft, wonach im Kriegsfall mit der Türkei die russische Flotte die bulgarischen Hafenstädte am Schwarzen Meer besetzen und somit den Einzug Rußlands in Südbulgarien, von wo aus der kürzeste Landweg nach Konstantinopel führt, sichern soll. Ein Krieg um die „Autonomie“ Mazedoniens würde, ohne das eigentliche Ziel erreicht zu haben, Bulgarien total erschöpfen, um es dann dem russischen Despotismus auf Gnade und Ungnade auszuliefern.

Deshalb nimmt die Sozialdemokratie in Bulgarien gegenwärtig entschieden gegen diesen Krieg Stellung und tritt mit aller Energie für die Vereinigung der Balkanvölker in einer föderativen Republik auf. Diese Aufgabe ist für die Sozialdemokratie Bulgariens und der Balkanländer überhaupt umso gebieterischer, da ja mit Bestimmtheit vorausgesehen ist, daß ein Balkankrieg zu einem Weltkrieg führen kann, gegen den sich das gesamte internationale Proletariat aufbäumt.

Dagegen bezeichnet der opportunistische Flügel als sein Ziel: Durch die Selbstbestimmung der Balkan-Nationalitäten zur Balkanföderation, also eine mehr abgeschwächte Formulierung, von der sich diese Richtung die Möglichkeit einer mehr unmittelbaren Einwirkung auf die national erregte Bevölkerung verspricht.

Kein gemeinsames Ultimatum.

Besgrad, 3. Oktober. Die Blättermeldung von einem heute zu erwartenden Ultimatum der vier Balkanstaaten an die Türkei wird an maßgebender Stelle als absolut unrichtig bezeichnet. Das gebe schon aus dem Umstande hervor, daß an ein Ultimatum im gegenwärtigen Stadium der Mobilmachung nicht gedacht werden könne.

Keine Abberufung des serbischen Gesandten.

Konstantinopel, 2. Oktober. Obwohl die Frist, die Serbien betreffend die Durchfuhr des Kriegsmaterials gestellt hat, um 7 1/2 Uhr abgelaufen war, hat die Pforte dem serbischen Gesandten Renadomitsch bisher keine Antwort übermittelt. Indessen erklären serbische Kreise, es werde kein sofortiger Abbruch der Beziehungen erfolgen. Renadomitsch erwartet Instruktionen.

Die türkische Mobilmachung.

Konstantinopel, 3. Oktober. Die Mobilmachungs-Verfügung betrifft nur die erste, zweite und einen Teil der dritten Armeeinspektion. In Syrien und Mesopotamien finden keine Mobilmachungen statt. Im ganzen werden 88 Divisionen mobilisiert. Die Mobilmachung vollzieht sich rasch.

Konstantinopel, 3. Oktober. Die in Konstantinopel eingezogenen Reservisten ziehen mit Musik durch die Straßen und werden überall mit großer Begeisterung begrüßt. Die streifenden Kutschler haben sich erboten, für die Mobilisation zu arbeiten. Laut Nachrichten aus türkischer Quelle herrscht auch in der Provinz große Begeisterung für die Mobilisierung. Der frühere Minister des Auswärtigen, Assim, hatte heute eine vielbesprochene Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten Sarafoff. Ein außerordentlicher Ministerrat hat sich mit der Lage, insbesondere mit der Frage der Zurückhaltung der griechischen Schiffe beschäftigt. Bei seinem bereits gemeldeten Schritt zugunsten der Schiffe hat der griechische Gesandte Grparis sehr energisch die schleunige Zurücknahme des betreffenden Beschlusses der Porte verlangt, da die Maßregel willkürlich und, so lange freundschaftliche Beziehungen herrschen, unangebracht sei, zumal jede Verzögerung Millionen Verluste verursache. Der Minister des Aushern Noradunghian antwortete, die Regierung werde die Schiffe für Transporte requirieren, versprach aber schließlich, die Angelegenheit dem Ministerrat zu unterbreiten.

Türkische Finanzprognosen.

Konstantinopel, 3. Oktober. Wie man sagt, finden zwischen dem Finanzminister und der Administration der Dette Publique Besprechungen statt über die Anwendung der Klausel des Monbarrem-Dekretes, wonach im Kriegsfall alle Einnahmen des Schuldendienstes in den Staatskassen fließen. Es geht das Gerücht, daß die Administration bereits ihre Zustimmung erteilt habe. Die Einnahmen betragen ungefähr 500 000 Pfund monatlich.

Mißhandelte Mohammedaner.

Konstantinopel, 3. Oktober. Das Ministerium des Auswärtigen veröffentlicht ein Communiqué, in welchem auf die Verfolgungen hingewiesen wird, denen die Mohammedaner aus Anlaß der Mobilisierung in Philippopolis ausgesetzt seien. Man befürchte, daß der türkische Konsul persönlich und das türkische Konsulat von Bulgaren angegriffen werden würden. Mohammedaner würden auf den Straßen festgehalten und in Kasernen interniert.

Einstellung des Verkehrs.

Konstantinopel, 3. Oktober. Seit gestern Abend hat der Eisenbahnverkehr mit Europa und Saloniki aufgehört. Diezüge verkehren nur bis Adrianopel. Der Konventionale und der Expresszug kommen morgen zum letzten Male in Konstantinopel an. Der Verkehr mit Europa wird fernerhin ausschließlich über Konstantinopel möglich sein.

Nastowa a. Don, 3. Oktober. Das hiesige Börsen-Komitee, die Exporteure und Banken haben den Ministerpräsidenten und den Handelsminister telegraphisch gebeten, Schritte zu unternehmen, damit die türkische Regierung die von ihr angehaltenen 55 Dampfer mit Kornladungen freigebe, die unter griechischer und bulgarischer Flagge nach Deutschland, Italien, Frankreich und Griechenland ausgelaufen sind.

Das Verhalten Oesterreichs.

Wien, 3. Oktober. (Privattelegramm.) Die Nachrichten, daß Oesterreich-Ungarn mobilisierte, bestärken sich nicht; gewisse Vorkehrungen sind allerdings getroffen, die aber nicht als Mobilisierung anzusehen sind. Außerdem befindet sich die militärische Besatzung in Bosnien und Herzegowina ohnedies so ziemlich auf Kriegsstärke.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß eine Mobilisierung der rumänischen Armee nicht angeordnet worden ist.

Ausgebungen in Montenegro.

Cetinje, 3. Oktober. Gestern wurden hier große Ausgebungen veranstaltet. Die Menge zog vor das Königspalais, wo sie dem König und dem Kronprinzen jubelte. Der König erwähnte in einer kurzen Ansprache die Bevölkerung zur Besonnenheit und sagte, die Mobilisierung bedeute noch keinen Krieg; aber in dieser ernsten Zeit müsse jeder Montenegriner seine Pflicht zu tun bereit sein und dorthin gehen, wohin ihn die Behörden schicken.

Das serbische Parlament.

Belgrad, 3. Oktober. An Stelle des zum Generalstabschef ernannten General Putnik ist der Artillerieoberst Djosovic zum Kriegsminister ernannt worden. Die Stupskina ist heute zusammengetreten. Der Altpräsident Andre Nikolic ist zum Präsidenten, zwei andere Altpräsidenten sind zu Vizepräsidenten gewählt worden. Die Eröffnung der außerordentlichen Session durch eine Thronrede des Königs wird am 5. Oktober erfolgen.

Nieder mit dem Absolutismus!

Herr v. Bethmann Hollweg scheint den Ernst der Situation noch immer nicht begreifen zu wollen. Der Bankrott seiner „Abhilfe“-Maßnahmen ist zwar offensichtlich. Es ist der reine Hohn, wenn dem deutschen Volke jetzt noch als einzige Hilfe angepriesen wird, auf die Fleischzufuhr aus jenen Gebieten zu warten, die vor dem Kriegszustand stehen. Seine Verordnungen sind wirkungslos, mit Verordnungen allein ist überhaupt nichts zu machen, also muß die Gesetzgebung in Bewegung gesetzt, der Reichstag einberufen werden! Und das muß sofort geschehen. Denn das deutsche Volk braucht doch nicht bloß deshalb länger zu hungern, weil es dem regierenden Autokraten beliebt hat, in seiner unfehlbaren Weisheit den Reichstag bis Ende November sich vom Hals zu schaffen. Nun ist die Einberufung des Reichstags heute längst zur Forderung nicht nur der Sozialdemokratie, sondern des ganzen nichtagrarischen deutschen Volkes geworden. Freilich die Berliner liberale Presse hat für die Führung dieses ersten politischen Kampfes scheinbar nicht allzuviel übrig. In der Mischung von Liberalismus und Sensation, die ihr den Stempel ausdrückt, dominiert jetzt die Sensation außerordentlich. Auch die Fortschrittspartei selbst — von den armen Rationalisten, die wieder einmal nicht ein und aus wissen, ganz abgesehen — hat nicht gerade besondere Energie gezeigt, und Herr Wiemer hat neulich in der Berliner Teuerungssammlung sich über die Einberufung des Reichstags — ausgeschwiegen. Und doch wäre, sollte man meinen, der Kampf gegen die dem Geiste

jedes Konstitutionalismus hohnsprechende Nichtachtung des Reichstags, wie sie Herrn v. Bethmann beliebt, doch nicht zuletzt eine liberale Angelegenheit. Denn daß sich infolge der skandalösen Haltung der Regierung mit dem Teuerungssproblem immer mehr auch das Verfassungsproblem verbindet, ist offensichtlich. Und wenn unsere Ausführungen die Herren Liberalen noch nicht überzeugt haben, so finden sie vielleicht die nötige Belehrung in der „Frankfurter Zeitung“, die folgendes ausführt:

Im Frühjahr 1882, im Beginn des preussischen Verfassungskonflikts, hielt Ferdinand Lassalle in Berliner Bezirksvereinen einen Vortrag „Ueber Verfassungswesen“. Er stellte sich darin die Frage: Was ist die Verfassung? Und er antwortete: Die Verfassung eines Landes, das sind nicht die Gesetze und Paragraphen, nicht das beschriebene Stück Papier, auf dem die Rechte und Pflichten aller Glieder des staatlichen Organismus so „gebildet“ dargelegt sind — die Verfassung eines Landes, das sind einzig und allein die in diesem Lande bestehenden tatsächlichen Machtverhältnisse. Dieses Wort Lassalles ist die glänzendste, wahrste, lehrreichste Definition des Verfassungsbegriffs; ein ganzes Kompendium der Realpolitik steckt in dem einen Satze. Bestimmt man nach ihm die heutige Verfassung Deutschlands, wie sie sich in den Kämpfen um die Abwehr der Fleischsteuerung kraft demonstriert, so muß man sagen: Deutschland ist heute ein absolutistischer regierter Staat, mit einem Reichskanzler von Kaisers Gnaden als unumstößlichem Autokraten an der Spitze.

Oder ist es etwa nicht so? Kurz vor jener Rede Lassalles, im Oktober 1861, sagte König Wilhelm I., der spätere Kaiser, in Königsberg zu der Deputation des preussischen Landtags, die gekommen war, ihn bei der feierlichen Krönung zu begrüßen: „Die Herrscher Preußens empfangen ihre Krone von Gott. Ich werde deshalb morgen die Krone vom Tisch des Herrn nehmen und auf mein Haupt setzen. Dies ist die Bedeutung des Königtums und von Gottes Gnaden und darin liegt die Heiligkeit der Krone, welche unantastbar ist. Die Krone ist mit neuen Institutionen umgeben. Sie sind nach denselben berufen, der Krone zu raten; Sie werden mir raten und auf Ihren Rat werde ich hören.“ Diese Rede des Königs, die dem Landtage jeden bestimmenden Einfluß auf die Leitung der Geschicke des Landes absprach und ihn lediglich als beratende Instanz anerkannte, war die Einleitung zu dem preussischen Verfassungskonflikt, der erst nach dem Kriege von 1866 beendet wurde. Und nun sehe man in jener Rede statt Gott Kaiser und statt König Reichskanzler — dann hat man ungefähr den Brief, den jetzt, fünfzig Jahre später, Herr von Bethmann Hollweg an den Abgeordneten Wibel über die Frage der Reichstagsberufung geschrieben hat. Oder vielmehr: dann ist die Rede des Königs, der das Gottesgnadentum seiner Krone als rocher de bronze gegenüber allen neuen Institutionen von Konstitution und Parlamentarismus stabilisierte, immer noch um ein großes Teil konstitutioneller, immer noch um ein großes Stück weniger autokratisch als dieser Brief des gegenwärtigen Reichskanzlers. Der König von Preußen sagte zu dem Landtag: Sie werden mir raten und auf Ihren Rat werde ich hören. Herr v. Bethmann Hollweg aber sagt zu dem Reichstag: Zu den von mir ergriffenen Maßnahmen brauche ich keine Zustimmung der Volksvertretung, die treffe ich aus eigener Machtvollkommenheit; nur das Gesetz über vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleischzufuhr müssen Sie gutheißen, aber das kommt mir später, gelegentlich, auch noch zurecht; also bleiben Sie, bitte, häßlich zu Hause. Sie sind in dieser Not des Volkes völlig überflüssig; denn Ihren Rat brauche ich nicht, ich würde doch nicht auf ihn hören!

Man muß diese Situation in ihrer ganzen Radikalität feststellen, um zu erkennen, wohin wir auf dem Wege sind. Wir sind im Begriffe, wieder in die vormärzlichen Zustände zurückzufallen, in denen eine aufgeklärte (oder nicht aufgeklärte) Bureaucratie vom grünen Tische aus den Staat regierte, mit mehr oder minder väterlichem Wohlwollen für das Wohl des Bürgers sorgend, den Einzelnen gänzlich, erzehrend, belehrend und, wo er es für gut fand, belohnend oder bestrafend — in jene Zeiten, in denen als schlimmstes Verbrechen dieses galt, daß die Bürger sich selbst regieren wollten. Herr von Bethmann Hollweg kennt in der ganzen Frage der Fleischnot keine Bundesverfassung, keinen Reichstag. Er regiert, er ganz allein, und alle Weisheit vereinigt sich bei ihm. Wenn er im November 1911 — als jeder, der sehen wollte, die kommende Not voraussehen mußte — in starrem Dogmatismus und allen Wünschen des Reichstags zum Trost jede Vorbeugungsmaßregel ablehnt, so ist das erleuchtete staatsmännische Klugheit, der wir uns widerpruchslos zu fügen haben. Und wenn er jetzt, zehn Monate später und deshalb zu spät, nun doch einige Ausbühlmöglichkeiten ergreift, so ist das, was in Wirklichkeit das Eingeständnis eines schweren Versagens ist, wiederum nur abgeklärte Weisheit, in die niemand dreinzureden hat. Niemand! Nicht die Bundesstaaten; denn die bilden zwar nach der geschriebenen Verfassung die Reichsregierung, aber nach den tatsächlichen Machtverhältnissen haben sie gar nichts zu sagen; sie dürfen nichts tun, bevor der Reichskanzler seine Beschlüsse gefaßt hat, und wenn er sie gefaßt hat, haben sie sich selbstverständlich diesen Beschlüssen anzuschließen; man stellt sie einfach vor fertige Tatsachen und kammert sich den Teufel darum, wenn, wie es sich jetzt herausstellt, Bayern und Baden in der eminent wichtigen Frage der Zulassung überseeischen Fleisches ganz anders denken als der Herr Reichskanzler. Erst recht aber darf der Reichstag nichts dreinreden. Der Reichstag will die Futtermittelzölle beseitigen, um einmal einen Anfang mit einer wirklichen Bauernpolitik zu machen? Das ist ganz gleichgültig, denn Herr v. Bethmann will es nicht. Der Reichstag will das argentinische Fleisch zulassen, weil das den Bauern doch nicht schadet, für die minderbemittelten Konsumenten aber die einzige ernsthafte Hilfe für den Augenblick ist? Das macht gar nichts, denn Herr v. Bethmann beharrt bei seinem Nein. Der Reichstag will gehört werden, um den Wünschen der Wählermassen Ausdruck zu verleihen, er verlangt energischer Initiative, durchgreifendere Hilfe? Das ist eine Annahme, denn Herr v. Bethmann herrscht in Deutschland, bei ihm liegt die Initiative, er ergreift die Maßnahmen, die ihm gut dünken, es gibt nur ein Gesetz in Deutschland — das suo voto, suo jussu des Herrn v. Bethmann.

Freilich, ganz fest steht auch diese Verfassung nicht, und wenn Herr v. Bethmann noch lange mit der Einberufung des Reichstags zögert, so kann es zum Schluß sogar noch herauskommen, daß er sich in den tatsächlichen Machtverhältnissen verrechnet hat. Der Wund der Landwirte injiziert bereits eine wilde Hege gegen die beschriebenen Maßnahmen der Regierung, die er mit grotesker Uebertreibung als eine „Preise“ in unserem Zollsystem, als eine „Preisgabe“ des Schutzes der nationalen Arbeit demüht. Und man weiß nicht, was daraus noch werden wird — Herr von Bethmann mag es vielleicht noch einmal an sich selbst erfahren, daß in Preußen-Deutschland die Macht des agrarischen Junkertums noch immer das wichtigste Stück der Verfassung ist!

Aber das ist seine Privatsache. Uns kammert hier nur die

Sache des Volkes. Und wir fragen: Sollen wirklich darum Tausende der Besten Freiheit und Zukunft und Gut und Blut geopfert haben, sollen nur darum andere Tausende Heimat und Vaterland verlassen und jenseits des Ozeans eine neue Heimat gesucht haben in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts — nur zu dem Ende, daß an die Stelle der autokratischen Monarchie jetzt die autokratische Bureaucratie trete? Oder ist es nicht endlich an der Zeit, daß auch in Deutschland das Volk sich selbst regiere, in Freiheit und unter eigener Verantwortung? Nicht einer anderen geschriebenen Verfassung bedarf es dazu: der Reichstag hat heute jede Macht, die er nur ernsthaft haben will. Aber wollen muß er, so unbedingt wollen, daß die Regierung nicht mehr anders kann. Wenn sich im Reichstag eine entschlossene Mehrheit findet, die sich, auch unter Kompromissen bei allen Teilen, auf ein Mindestprogramm einigt und die dann mit jedem Mittel parlamentarischer Machtübung, bis zur Verweigerung des Etats, die Erfüllung dieses Programms erzwingt — dann haben wir in Deutschland die Demokratie, um die wir seit einem Jahrhundert ringen, und dann haben wir auch die Hilfe in der gegenwärtigen Teuerungssnot, die wir brauchen.

Im November 1908 hat das deutsche Volk mit einem elementaren Ausbruch gegen das persönliche Regiment des Kaisers protestiert. Wir können nicht glauben, daß es gesonnen ist, statt dessen das persönliche Regiment eines Kanzlers zu dulden, das noch viel unerträglicher ist als jenes. Aber wann findet sich im Deutschen Reichstag eine Mehrheit, die erkennt, daß die Verfassung eines Landes nichts anderes ist als die in diesem Lande bestehenden tatsächlichen Machtverhältnisse?

Jawohl, auf die Machtverhältnisse kommt es an! Und nicht nur auf die Machtverteilung im Reichstag, sondern auch auf die Macht und Entschlossenheit, die die Volksmassen außerhalb des Reichstags an die Erreichung ihrer Ziele zu setzen willens und fähig sind. Und die Not ist so groß, daß die Protestbewegung gegen die agrarische Politik stetig an Umfang und Intensität gewinnen wird. Und dann wird auch im Reichstag sich die Majorität einstellen, die der dringendsten Not Abhilfe schafft. Die Regierung aber hat die Pflicht, die Arbeit des Parlaments nicht länger zu verhindern!

Grobe Täuschung.

Die Regierung setzt ihre Agitationsnotizen in der „Nordd. Allg. Zeitg.“ fort. In ihrer neuesten Notiz stützt sie sich auf Professor Ehlers „sachkundige Schätzungen“ über die Verhältnisse der heimischen Fleischproduktion zum Bevölkerungswachstum. Nach Ehlers ist die Menge des im Inland hervorgerachten Schlachtfleisches seit — 1816 schneller gewachsen, als die Bevölkerungsziffer.

Die Zahlenschätzungen sind immerhin willkürlich, obgleich wir die Tatsachen des raschen Wachstums der Viehbestände nicht bestreiten wollen. Aber das Regierungsbüro treibt geradezu schlimmsten Mißbrauch mit diesen Zahlen, wenn sie ohne jegliche Scheu aus ihnen folgert, daß zu erwarten sei, daß die deutsche Landwirtschaft auch in Zukunft den Vorsprung, den sie vor dem Anwachsen der Bevölkerungsziffer innehat, behalten wird. Sie unterschätzt dabei bewußt alle Erklärungen und Folgerungen, die Ehlers an seine Zahlen knüpft. Ehlers erklärt das starke Wachstum des Fleischesbedarfes durch die zunehmende Industrialisierung Deutschlands; der heutige Städtebewohner und Fabrikarbeiter ist aus rein physiologischen Gründen auf vermehrte Fleischzufuhr gegenüber dem Landarbeiter nicht weniger in der Weise angewiesen. Ehlers wirft weiter die Frage auf: Ist die Fleischversorgung des deutschen Volkes genügend? und beantwortet sie mit einem glatten Nein! Der durchschnittliche Fleischverbrauch von 38 Kilo pro Kopf ermäßigt sich für den Lohnarbeiter auf 27 bis 30 Kilo, während das Kaiserliche Gesundheitsamt erst eine Fleischmenge von 50 bis 55 Kilo für ausreichende Ernährung als notwendig erachtet.

Das Kanzlerblatt vergißt aber auch weiter mitzuteilen, daß Ehlers die Frage, ob eine weitere Steigerung der deutschen Fleischproduktion unter den jetzigen Verhältnissen möglich ist, ausdrücklich verneint. Die Fleischversorgung kann nach Ehlers nur dann erhöht und verbilligt werden, wenn entweder die Einfuhr von Fleisch und Vieh durch Aufhebung der Zölle und Grenzsperrern erleichtert oder durch Ermäßigung und Beseitigung der Getreidezölle die Futtermittelherzeugung und Viehproduktion gehoben wird. Ehlers statistische Berechnungen beweisen gerade, daß der größte Viehwachstum in die Zeit der niedrigen Getreidepreise fällt und daß Getreidezölle die Viehproduktion direkt hemmen, weil dann die Viehzucht gegenüber dem Körnerbau unrentabel wird.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ hat die Ehlerschen Zahlen in ihrer Ausgabe vom 2. Oktober verdreht. Solch eine schlimme bewusste Verfälschung der öffentlichen Meinung unter Fälschung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse zeigt nur, daß die Regierung nicht nur von den Agrariern abhängig ist, sondern sich auch deren Kampfmethoden völlig zu eigen gemacht hat.

Die Bundesregierungen und die Teuerung.

Die oldenburgische Regierung schließt sich den Maßnahmen Preußens gegen die Fleischsteuerung an, soweit sie für das Großherzogtum Verwendung finden können.

Die elsass-lothringische Regierung hebt das Verbot der Einfuhr belgischen frischen Fleisches auf. Im übrigen will sie daselbst tun, was Preußen zur Vinderung der Fleischnot vorschlägt. Das wichtigste für das elsass-lothringische Volk, die Öffnung der Grenze für die Vieheinfuhr aus Frankreich, hält man gegenwärtig noch für unmöglich.

Städtische Maßnahmen.

Die städtische Teuerungskommission in Sagan i. B. beschloß, australische Hammel einzuführen. Außerdem soll auf Rechnung der Stadt holländisches Vieh angekauft und in Sagan geschlachtet werden. Der Verkauf soll durch die Metzger erfolgen. Falls diese nicht bereit sind, den Verkauf zu übernehmen, wird die Stadt den Verkauf selbst in die Hand nehmen. — Die Stadtvorordnetenversammlung wird am Montag einen Kredit von 20 000 M. zu bewilligen haben.

Der Stadtgemeinderat in Bbau i. S. beschloß, mit Bittau zum Zwecke des gemeinsamen Bezuges von ausländischem Schlachtfleisch in Verbindung zu treten und die Metzger zu veranlassen, bei einem geringen Preisauflage den Fleischverkauf zu vom Rat festgesetzten Preisen zu übernehmen. — Auch die Gemeinde Seiffenhennersdorf will in der Teuerungssfrage mit Bittau zusammengehen.

Der Gemeinderat in Neugersdorf petitioniert um Befreiung der Zölle auf Vieh, Getreide und Futtermittel. Weiter wurde beschlossen, den Fischverkauf und den Verkauf von Kartoffeln in die Wege zu leiten. Die Gemeindeverwaltung soll mit den Städten Bbau, Bausen und Dresden in Verbindung treten, um gemeinsam mit diesen billiges dänisches Fleisch zu beziehen.

In Halle-Saale wurde seit 14 Tagen an fünf städtischen Verkaufsständen täglich Rind- und Schweinefleisch zu Großpreisen an Einwohner mit einem Einkommen unter 8000 M. abgegeben. Das ging der Fleischlieferung wider den Strich. Sie bot sich an, den Fleischverkauf zu übernehmen. Jetzt hat eine städtische Kommission in den

Offseeprovinsen Schweden und in Schweden und Dänemark Rinder zu billigen Preisen in großen Mengen eingelaufen. Dieses Fleisch soll jetzt zu einem durch den Magistrat festzusetzenden Preis mit 10-15 prozentigem Aufschlag von den Fleischhändlern in ihren Läden verkauft werden.

Der Gemeinderat der Stadt Saargemünd i. Lothr. verlangt einstimmig die sofortige Einberufung des Reichstages, Öffnung der Grenzen für Schlachtwild, Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, Ermäßigung der Zölle für Futtermittel, Aufhebung der Einfuhrsperre und der Zölle auf Seefisch und überseeisches Fleisch. Auch soll eine Verständigung mit anderen Städten des Landes zur Versorgung der Bevölkerung mit billigem Fleisch anbahnt werden.

Der Vorstand des preussischen Städtetages

Ist zu Sonnabend vormittag nach dem Ministerium des Innern zu einer Konferenz über die Fleischsteuerung eingeladen worden. Es handelt sich hauptsächlich darum, in welcher Weise die Stadtwahlkammern beim Bezug und Vertrieb des ausländischen Fleisches mitwirken sollen. Die Angelegenheit ist Gegenstand eingehender Erwägungen beim Vorstand des Städtetages. Er wird auch dazu beim Zusammentritt des preussischen Städtetages (7. bis 9. Oktober in Düsseldorf) Stellung nehmen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Oktober 1912.

Um Avancement und Lieferungsprofite.

Die Balkanwirren bieten der militaristischen, von Generälen und Armeelieferanten inspirierten Presse einen willkommenen Anlaß, eine weitere Vermehrung der deutschen Heeresmacht zu verlangen. Mit Bedauern haben diese Blätter im Frühjahr gesehen, daß die Regierung nicht ohne Rücksicht auf die Kosten weit größere Verstärkungsforderungen erhoben und durchzusetzen versucht hat. Nach Ansicht der finanziell oder durch ihre militärische Stellung an einer möglichst ausgedehnten Heeres- und Flottenvermehrung interessierten Hintermänner dieser Blätter war das ein unverzeihlicher Bescheidenheitsfehler, der möglichst bald korrigiert werden muß. Und der drohende Krieg auf der Balkanhalbinsel bietet ihrer Meinung nach eine prächtige Gelegenheit, jetzt diese Korrektur vorzunehmen. Voran marschiert bei diesem Treiben natürlich die „Post“. Das scharfzüngige Organ läßt sich von einer „über die militärisch-politische Lage gutunterrichteten Persönlichkeit“, allem Anschein nach einem höheren Offizier, einen Artikel schreiben, in dem es heißt:

Nach ist uns Zeit gegeben, aber die zwölfte Stunde ist bald da. Haben wir die Männer, die diese zwölfte Stunde noch rechtzeitig auszunutzen wissen? Man hat nicht nur in der Armee, man hat in weiten Kreisen des deutschen Volkes die Heeresvorlage als durchaus unzureichend erklärt. Man hat auch dieser Stimmung im Reichstage Ausdruck gegeben, die Herren Abgeordneten, die über die Heeresvorlage abgestimmt haben, haben auch alle den Ernst der politischen Lage auch im Frühjahr gekannt, trotzdem aber hat man die Regierung nicht gezwungen, eine Heeresvorlage zu bringen, die uns der jetzigen Situation entbehrt. Es ist spät, aber noch nicht zu spät. Der Krieg kann vermieden werden, aber nicht mehr durch die Diplomatie, sondern nur durch einen sofortigen umfassenden Ausbau der deutschen Armee. Dazu ist einmal nötig die sofortige Durchführung der Frühjahrsvorläufe des Reichstages über die Heeresvorlage. Nicht 1915, sondern spätestens, aller spätestens am 1. April 1913 muß alles das fertig sein, wozu der Reichstag der Regierung bis 1915 Zeit gelassen hat. Aber damit nicht genug, wir haben sofort Sorge zu tragen, daß die allgemeine Wehrpflicht wieder zur Wahrheit wird, sämtliche Bataillone der deutschen Infanterie sind sofort auf den hohen Etat zu bringen, die noch fehlenden dritten Bataillone unverzüglich aufzustellen, ebenso wie die Kavalleriedivisionen umgeändert zu formieren sind und eine umfangreiche Vermehrung des Verspannungsmaterials der Feldartillerie in die Wege zu leiten ist. Was hier gefordert wird, sind keine Unmöglichkeit, sind Forderungen, die von einer energiegelassen Regierung, die weiß, was sie will, sofort erledigt werden können und die uns die Gewißheit verschaffen, sollte es wirklich zum Kriege kommen, die notwendigen zahlenmäßige Ueberlegenheit in der aktiven Armee zu besitzen, und die andererseits uns die Möglichkeit verschaffen, den Krieg zu vermeiden. Die Heeresvorlage 1912 hat trotz aller schönen Redereien der offiziellen Presse dem Ausland nicht die Gewißheit gebracht, daß das deutsche Volk gesonnen ist, sich gegen jede Eingriffe in seine Rechte zu verhalten. Die sofort in vorerwähntem Sinne vorgenommene Verstärkung der Armee brächte dem Ausland die Gewißheit und würde die Kriegsgelüste in Paris, London und Petersburg ganz empfindlich abkühlen. Wer es weiß, welcher Unmut in der Armee über die Nichtaufstellung der Maschinengewehrkompanien herrscht (und zwar in weitesten Kreisen der Armee), wer es weiß, welcher Unmut sich über die Nichtaufstellung sämtlicher fehlenden dritten Bataillone breit macht, wer es weiß, wie dringend die Feldartillerie eine bessere Organisation verlangt, der wird die hier vorgeführten Forderungen als unumgänglich notwendig anerkennen und ihre sofortige Erledigung verlangen. Noch haben wir Zeit. Die Stunde der Entscheidung ist nahe, aber noch nicht da. Haben wir die Männer, die nicht nur den Ernst der Lage erkennen, sondern auch danach zu handeln verstehen?

Man sieht, das Verlangen nach Avancement und schönen Lieferungsbedingungen zeitigt gar seltsame „waterländische“ Begeisterungsblüten.

Der Süddeutsche Eisenbahnerverband und das Streikrecht.

Der Süddeutsche Eisenbahnerverband hat an den bayerischen Verkehrsminister sowohl wie an die beiden Kammern eine Rundgebung gerichtet, die in ausführlicher Weise die Stellung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes zum Streikrecht kennzeichnet. Der Hauptinhalt der Erklärung lautet, wie der „Tägl. Rundschau“ telegraphisch aus München gemeldet wird:

Der Gesamthauptvorstand des in Frage stehenden Verbandes erklärt, daß von Seiten des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals der Streik nicht als gesetzlich zulässiges Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und Beamten der Verkehrsverwaltung betrachtet wird und wir uns wohl bewußt sind, daß ein solcher die schwersten Erschütterungen des Erwerbslebens herbeiführen würde. Auch erlauben wir uns, zu bemerken, daß unsere Organisation der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nicht angefallen ist und daß der Hauptvorstand es unseren, den deutschen Gewerkschaftsvertretern angefallenen Verwaltungen nahegelegt hat, aus diesen auszuscheiden. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen gestatten wir uns doch öffentliche Erklärungen zu stellen, daß uns sowohl von der königlichen Staatsregierung wie auch von den beiden Kammern der Reichsrats und der Abgeordneten das gleiche Entgegenkommen wie bisher bezeugt werden möchte.

Von wem diese drei- und wechmältige Entschuldigungskarte ausgeht, ob allein vom Hauptvorstand oder vielleicht gar nur von einem örtlichen Teil des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes, wissen wir nicht. Das sonderbarste aber ist, daß diese Erklärung bereits vor ungefähr drei Wochen dem bayerischen Landtage

vorgelegt haben soll, trotzdem aber der Verkehrsminister v. Seidlein am 28. September seine bekannte scharfe Rede gegen das Streikrecht der Eisenbahner gehalten und mit der Einführung von Nebenbestimmungen droht hat, in dem die Arbeiter sich ausdrücklich verpflichten sollen, in keinem Fall zum Streik zu greifen. Vielleicht werden die weiteren Nachrichten aus München dieses Rätsel lösen.

Regierung im Umherziehen.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat sich heute abend zu kurzem Aufenthalt nach Lindenhof begeben. Er folgt damit einer von längerer Zeit angenommenen Einladung des Prinzregenten von Bayern. Der Reichskanzler hat diesen Besuch nicht in letzter Stunde absegnen wollen, um nicht der grundlosen Beunruhigung wegen Gefährdung des Friedens unter den Großmächten durch die Balkanwirren Nahrung zu geben.

Bei der Gelegenheit sei mitgeteilt, daß sich Wilhelm II. momentan auf seinem Jagdschloß Rominten befindet, Herr v. Riederer-Waschler ist aber leider noch in Berlin.

Verfassungsänderung in Bayern?

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus München melden, daß man in leitenden Kreisen der Frage einer Änderung der Verfassung wieder nähergetreten sei. Der König von Bayern ist unheilbar geisteskrank. Wenn der 31-jährige Prinzregent stirbt, dann müßte sein Sohn, Prinz Ludwig, zum Prinzregenten proklamiert werden. Man wolle jedoch Vorsorge treffen, daß der Prinz sofort zum König von Bayern proklamiert werden könne. — Allerdings wäre dazu eine Änderung der Verfassung nötig. Das Zentrum hat vor Jahren stets den Standpunkt vertreten, daß während der Regentschaft die Verfassung nicht geändert werden dürfe. Damals handelte es sich darum, die Wahlrechtsanträge der Sozialdemokraten mit dem Einwand abzutun. Die Macht der Verhältnisse hat dann später das Zentrum doch gezwungen, diesen Standpunkt, der auf eine Verfeinerung des Verfassungslebens hinausgelaufen wäre, zu verlassen.

Der württembergische Landtag vor der Auflösung.

Am Donnerstag trat der württembergische Landtag zu einer nur auf drei Tage berechneten Schlußtagung zusammen. Der Zweck derselben ist eigentlich nur die Wahl des Ständischen Ausschusses und die Auflösung des Landtages. Am Schluß der Frühjahrssession ist die Auflösung unterblieben, weil sonst die Neuwahlen schon im Sommer hätten vorgenommen werden müssen. Nach der Verfassung hat nämlich die Einberufung des neuen Landtages spätestens sechs Monate nach der Auflösung zu erfolgen, und das zeitraubende neue Wahlverfahren erstreckt sich auf zirka sechs Wochen. Auf die am nächsten Sonnabend zu erwartende Auflösung dürfte am Montag oder Dienstag bereits das amtliche Wahlschreiben folgen. Als Termin der Hauptwahl wird der 7. oder 8. November gewählt werden. In den Bezirken, in denen der erste Wahlgang keinem Kandidaten eine absolute Mehrheit bringt, findet etwa vierzehn Tage nach dem ersten ein zweiter Wahlgang statt, in dem die relative Mehrheit entscheidet, und endlich muß binnen acht Tagen nach dem ersten Wahlgang der Termin für die Landesproporzahlen festgesetzt werden und zwar auf den 38. Tag vom Tage des Ausschreibens an gerechnet. Der Zeitpunkt der Schlußtagung ist so gewählt, daß der ganze Wahlakt noch vor Weihnachten beendet werden und der neue Landtag Mitte Januar zusammentreten kann.

Der Ständische Ausschuh funktioniert während der Vertagungen des Landtages und während der landtagslosen Zeit. Ihm kommt die Prüfung aller Verordnungen der Regierung auf ihre Befehlsmäßigkeit und die Verwaltung der Staatsschulden einschließlich der Realisierung von Anlehenskrediten zu. In Württemberg ist seit dem Weichen der Verfassung die Staatsschuldenverwaltung der Regierung völlig entzogen. Bisher hatte unsere Fraktion in dem Ausschuh, der sich in einen engeren und einen weiteren Ausschuh teilt, gemäß ihrem Anspruch zwei Vertreter, die Genossen Hildenbrandt und Tauscher. Es ist anzunehmen, daß beide wiedergewählt werden.

Die sozialdemokratische Fraktion wird die kurze Tagung dazu benutzen, die Regierung zu fragen, ob sie für die Änderung des Fleischbeschaugesetzes und für Aufhebung der Zölle auf Fleisch und Futtermittel eintreten will.

Die Wahlvorbereitungen sind bei allen Parteien im Fluß. Die Wahlvorstände beraten über die Wahlprogramme, die Bezirksorganisationen füllen die Listen aus, die in der Reihe der Kandidaten noch bestehen, und das Versammlungsleben ist schon jetzt ein reges. Es wird ein heißes Ringen werden, in dem unsere Partei alle Kräfte anspannt, neues Terrain zu erobern.

Die Hamburger Bürgerkraft

Beschäftigte sich am Mittwoch mit der Wahlrechtsfrage. Von unseren Genossen war Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts beantragt. Die Liberalen hatten sich mit einem Antrag auf Befreiung des seit 1906 in Hamburg eingeführten Klassenwahlrechts begnügt. Ihr Vorsitzender Dr. Petersen, der nach unserem Genossen Lesche sprach, gab zu, daß der sozialdemokratische Antrag sich mit einer alten Forderung des liberalen Parteiprogramms decke. Man dürfe aber nicht programmatische Forderungen stellen, wenn man praktische Politik treiben wolle. Der liberale Antrag werde, wenn er angenommen würde, dazu führen, daß 80 Sozialdemokraten in die Bürgerkraft kämen (statt 20, die jetzt darin sitzen); eine weitere Verstärkung der Arbeiterpartei sei nicht zu befürchten, da ja noch das Privilegiertenwahlrecht nebenbei bestünde, dessen Schädlichkeit sich durch Kubehnung der Privilegien mildern ließe. Diese sonderbaren liberalen Gedankenblößen wurden vom Genossen Stolten gründlich zerpflegt. Die Vertreter der sogenannten Fraktionen beharrten auf ihrem ablehnenden Standpunkt und stimmten sowohl den sozialdemokratischen wie den liberalen Antrag nieder. Einer ihrer Wortführer machte den originellen Grund geltend, daß man in Rücksicht auf die erstarkende nationale Arbeiterbewegung das Wahlrecht nicht erweitern dürfe.

Der Ausgang dieser Wahlrechtsdebatte ist ein für die sozialdemokratische Agitation wirksamer Aufstoß für die zu Neujahr bevorstehende Neuwahl zur Bürgerkraft.

In derselben Sitzung ist das neue Hafensprojekt für Cuxhaven, durch welches mit einem Kostenaufwand von rund neun Millionen Mark Liegeplätze für die neuen Riesendampfer der Hamburg-Amerikanische an der Elbmündung geschaffen werden, genehmigt worden.

Die Polizei gegen die Arbeiterjugend.

Dem Veruche, den Arbeiterturnverein „Freiheit“ in Rathenow zu einem politischen Verein zu stampeln, ist schnell eine weitere Polizeiaktion gefolgt, durch die bezweckt wird, die harmlosen Zusammenkünfte der Arbeiterjugend unmöglich zu machen. Ein Genosse, in dem die Polizei den Vorhänden des früheren Jugendauschusses vermutete, erhielt mit der Mitteilung, daß der Jugendauschuh als politischer Verein angesehen werde, eine Verfügung, in der er unter der üblichen Strafandrohung zur Einreichung des Statuts und des Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder aufgefordert wurde. Gleichzeitg wurde ihm sowie auch allen übrigen Mitgliedern des angeblichen Jugendauschusses jede weitere Tätigkeit in der Jugendvereinsung, wie auch deren weitere Zusammenkünfte unter Androhung von Geldstrafen verboten. Gegen die Verfügung wird

selbstverständlich der Beschwerdeweg beschritten. Im übrigen ist die Rathenower Polizeibehörde etliche Kasenslangen zu spät gekommen. Der Jugendauschuh existiert nicht mehr, weil er für die ihm zugewiesenen Aufgaben entbehrlich geworden ist.

Ein interessantes Jugendstudium.

Der Hauptmann der Garde-Landwehr, Karl Plehwe in Halle, hatte als Generalsekretär der konservativen Partei im August v. J. einen unentgeltlichen „Ausbildungskursus“ für die im Herbst d. J. einzuziehenden Rekruten errichtet. Die bürgerliche Presse war voll des Lobes, aber das, was die jungen Vaterlandverteidiger da alles „von dem Herrn Plehwe lernen würden und empfahl die „segenreiche“ Einrichtung. Das sozialdemokratische „Volksblatt“ machte dagegen Front und glorierte die Einrichtung in einem unter der Spitzmarke: „Geistige Rekrutenmishandlung“ veröffentlichten Artikel. Es wurde gejagt, man solle die jungen Leute nicht zu gedankenlosen Trotzeln erziehen. Wer von den jungen Arbeitern noch etwas auf sich halte, könne solchen „Kursus“ nicht besuchen. Durch diesen Artikel fühlte sich der Herr Hauptmann beleidigt und tagte am Mittwoch im Privatwege gegen den Genossen Rebauteur Kasparek. — Der Klage wurde eigentlich der Boden schon unter den Füßen entzogen, als der konservative Sekretär und Hauptmann mit dem hübschen Jugendstudium heraustrat, es sei richtig, daß sich die Tendenz der Rekrutenausbildungskurse gegen die Sozialdemokratie richte. Damit hatte Herr Plehwe seinem Verteidiger, Reserveleutnant Spilling, das Konzept verdoeben. In Ermangelung sachlicher Entgegnung verließ deshalb Rechtsanwalt Spilling, der zunächst über den „Sauerdenston“ des „Volksblattes“ jetzte, in einen Schimpfston, der sogar dem Genossen zu hant wurde. Als dieser Verteidiger in Beziehung auf unseren Genossen den Ausdruck „Gemeinheit“ brauchte, wies ihn das Gericht in seine Schranken zurück. — Spilling verlangte in seiner Beiseidenheit gegen unseren Genossen drei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 100 M. Geldstrafe.

Drei Monate Gefängnis für faules stinkendes Fleisch!

Bei dem Wegemeister Friedr. Weiß in Altendörne bei Dortmund wurde wiederholt verdorbenes Fleisch, das von Wärmern durchseht war, gefunden. Wegen eines Falles hatte sich der Wegemeister am 2. Oktober vor der Dortmunder Strafkammer zu verantworten. Er erhielt drei Monate Gefängnis! Außerdem soll das Urteil auf Kosten des Angeklagten in drei Dortmunder Zeitungen veröffentlicht werden. Der Angeklagte suchte sich durch die Angabe zu entschuldigen, daß er damals in den heißen Sommertagen kein Eis habe bekommen können; ein Polizeibeamter befandete dagegen, daß es der Wegemeister überhaupt mit seiner Ware nicht so genau genommen habe.

In der Urteilsbegründung hieß es, das Fleisch sei grünblau angefaulen gewesen und habe ganz widerlich gerochen, auch sei es von Wärmern durchseht gewesen. Das Fleisch habe in der Verkaufsstelle auf der Theke und dem Haußloß gelegen; es bestehe kein Zweifel, daß der Angeklagte das verdorbene Fleisch an die im Laden anwesenden Kunden habe verkaufen wollen, wie es vermuthlich auch schon früher geschehen sei. Der Wegemeister habe den Zustand des Fleisches auch gekannt, schon seine Nase habe ihn unterrichtet. Es habe sich um einen Fall beratiger Verworfung und Gesundheitsgefährdung gehandelt, wie es nicht oft vorkomme. Wilde sei da nicht am Platze. Damit das Publikum vor dem Wegemeister gewarnt werde, sei auch die Veröffentlichung des Urteils angeordnet worden. Der Staatsanwalt hatte gleichfalls drei Monate Gefängnis beantragt.

Es ist durchaus zu billigen, wenn die Nahrungsmittelfälscher noch angepaßt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Griff in die Kasse.

Von dem gewesenen Staatssekretär Dery gehen Enthüllungen aus, die selbst den jetzt in Ungarn regierenden Wetparen fatal werden können. Es wird ganz einfach bekannt, daß in der Wahlkampagne von 1910 der damalige Finanzminister und jetzige Ministerpräsident Lujacs mit eigenhändiger Unterschrift die Staatskasse angewiesen hat, zwei Millionen an die Parteikasse der Regierungspartei abzuliefern, und daß wenige Tage darauf noch mal zwei Millionen auf Anweisung eines Ministerialrats an die Rameutenkasse ausgezahlt wurden. Wenn auch der neu gesammelte Fonds der „Nationalen Arbeitspartei“ drei Wochen später das Geld dem Staat zurückgegeben hat, so ist deshalb dieses famose Darlehensgeschäft doch nicht einwandfrei.

Ungarische Massenprozesse.

Bekanntlich fand am 23. Mai eine Polizeischlacht in Budapest statt. Anlässlich der Demonstration verhaftete die Polizei einige hundert Arbeiter und Arbeiterinnen, von welchen der Anklagesenat 218 Personen unter Anklage wegen Aufruhr, Gewalttätigkeit gegen die Polizei und gegen Private stellte. Die Verurteilten wurden in fünf Gruppen eingeteilt und die erste Gruppe davon, 43 Personen beiderlei Geschlechts, stand am Montag vor dem Gerichtshof. Nach dreitägiger Verhandlung wurde am Donnerstagnachmittag folgendes Urteil gefällt: ein Angeklagter wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, zwei Personen erhielten 8 Monate Gefängnis, zwei Personen 7 Monate, fünf Personen 6 Monate, eine Person 5 Monate, 12 Personen wurden zu einer Gefängnisstrafe bis zu einem Monat verurteilt, jedoch wurde die Untersuchungshaft bei denselben als Strafe angerechnet. 13 Personen wurden freigesprochen und gegen die übrigen das Verfahren eingestellt.

Die zweite Gruppe kommt am 10. d. M. zur Verhandlung. Bemerkenswert ist, daß die fünfte Gruppe dieser Angeklagten aus 20 Kindern besteht, die vor dem Kinder-Gerichtshof kommen.

Marokko.

Agadir von den Franzosen beschossen.

Tanger, 3. Oktober. Das Küstenwachtschiff „Narachi“ ist heute früh von Agadir kommend, hier eingetroffen. Als es an Agadir vorbeifuhr, wurde es von feindlichem Geschützfeuer empfangen. Es erwiderte während mehrerer Stunden mit dem Küstenwachtschiff „Fati“ zusammen das Feuer. Agadir scheint wieder von Aufständischen, die mit Waffen gut versehen sind, besetzt zu sein. Die französischen Truppen, die Agadir besetzen sollen, werden am 4. Oktober eintreffen.

China.

Sechsmächteanleihe und Salzsteuer.

Peking, 1. Oktbr. (Weid. v. Agence d'Extreme Orient.) Die Verhandlungen der Anleihe zwischen China und der Sechsmächtegruppe sind keinesfalls endgültig abgebrochen. Man ist hier fortgesetzt mit der Prüfung der Frage beschäftigt. Das Haupthindernis für eine Einigung bildet die von der Sechsmächtegruppe geforderte Art der Reform der Salzsteuer. Die Gruppe fordert die Organisation der Verwaltung der Salzsteuer nach europäischem Muster, d. h. mit europäischen Beamten. Die Nationalversammlung sowie die Mehrzahl der chinesischen Bevölkerung sind entschiedene Gegner dieses Planes. Auch Juanshitali versucht die Schwierigkeit zu umgehen und beabsichtigt, die Verwaltung der Salztragnisse auf so neuen Grundlagen umzugestalten, daß den Mächten nur noch sehr wenig zu wünschen übrig bleibt und sie volles Vertrauen in die chinesische Verwaltung des Salzmonopols setzen können.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Berliner Hausfrauen!

Im Berliner Bäckergewerbe scheinen sich die Verhältnisse scharf zuspitzen zu wollen!

Die Bäckermeister glauben, daß sich das Interesse der Bevölkerung so ziemlich verloren habe. Zu allem kommt noch, daß die Zwangsbackerinnung jetzt die Zeit für gekommen hält, den paritätischen Arbeitsnachweis vernichten zu können. Während neue Kommissionäre jetzt trotz des Stellenvermittlergesetzes wie Pilze aus der Erde schießen, und von der Zünngung nichts zu fürchten haben, sucht man die Gesellen, welche vom paritätischen Arbeitsnachweis in Arbeit kommen, zu zwingen, an die Zünngungsarbeitsvermittler Gebühren zu zahlen.

Eine allgemeine Bäckerkontrolle, die im September von den Beauftragten vorgenommen wurde, ergab eine große Anzahl Durchbrechungen des Tarifes. Namentlich der Passus über den paritätischen Arbeitsnachweis fand vielfach keine Beachtung.

Am Sonntag den 6. Oktober erscheint deshalb wieder die Liste der tariffreien Bäckermeister und eruchen wir die werktätige Bevölkerung, besonders aber die Hausfrauen und Arbeiter, diese Liste genau beachten zu wollen und ihren Bedarf an Backwaren nur dort zu decken, wo die bescheidenen Forderungen der Gesellen, der feinerseit mit der Lohnkommission der Bäcker abgeschlossene Tarif, voll und ganz eingehalten wird.

Der Vertrauensmann der Bäcker Berlins und Umgegend.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Vergolder.

Seit längerer Zeit schon finden Unterhandlungen in der Vergolderbranche statt, um einen Spezialtarif abzuschließen. Die Unternehmer haben den Abschluß immer wieder verzögert, allen Bemühungen der Kommission der Arbeiter zum Trotz. Die Arbeiter sind aber endlich ungeduldig geworden, wie sich in einer Versammlung deutlich zeigte, die am Mittwochabend im Gewerkschaftshause stattfand. Die Branche der Vergolder vom Deutschen Holzarbeiterverband nahm entschiedene Stellung zum Verhalten der Unternehmer und verlangte die notwendige Klärung der Tariffrage. Die noch bestehenden Differenzen in bezug auf die Dauer des Tarifs sowie die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 50 Stunden wären leicht zu schlichten, wenn nicht der Schutzverband der Unternehmer seine ganze Opposition aufrechterhalten würde. Dieser Verband will prinzipiell nicht zulassen, daß eine Arbeitszeit unter 51 Stunden vertraglich festgesetzt wird. Die große Mehrzahl der Vergolder, nämlich 461 Personen, haben aber bereits eine Arbeitszeit von 50 bis 47 Stunden pro Woche. Wichtig ist auch für die Vergolder eine geforderte Tarifbesserung für den Spezialtarif und dagegen macht der Schutzverband ebenfalls energisch Front. Der Branchenleiter Westphal besprach in seinem Referat die Lage der Dinge und fand in der Diskussion allseitige Zustimmung in der Betonung der Notwendigkeit, eine Entscheidung in der Tariffrage herbeizuführen. Einstimmig nahm die Versammlung die folgende Resolution an:

Die im Gewerkschaftshause versammelten Arbeiter aller Zweige der Vergolderbranche Groß-Berlins erheben einmütig den schärfsten Protest gegen das Verhalten des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe betreffend Abschluß unseres Tarifvertrages. Das Versprechen der Arbeitgeber, die streitigen Punkte des Vertrages durch die Zentralvorstände zur Entscheidung bringen zu lassen, ist nicht eingehalten worden. Nach sechsmonatlichem vergeblichen Warten beauftragten die Versammelten die Branchenleitung, der absichtlichen Verschleppung ein Ende zu machen und nimmte die schärfsten Maßregeln zu ergreifen, um in kürzester Frist endlich den Abschluß unseres Tarifvertrages herbeizuführen.

Die streikenden Reklamschaffner waren am Donnerstag versammelt, um den Bericht über den Stand des Streiks entgegenzunehmen. Aus demselben war zu entnehmen, daß die Führer R. Dietrich, Georg Venike und Ede den Tarif unterschrieben anerkannt haben. Im übrigen haben weitere Verhandlungen mit den Führern nach nicht stattgefunden. Die Müllerischen Reklamschaffner haben sich am Mittwoch den Streikenden wieder angeschlossen. Des weiteren wurde festgestellt, daß die Reklamschaffner und Bäckermeister sowohl als auch einzelne Führer sich die größte Mühe geben, Arbeitswillige zu gewinnen. Sie hatten damit bisher recht wenig Erfolg. Einzelne Fabrikunternehmer fahren selbst oder benutzen ihre Söhne und sonstigen Verwandten dazu. Zur Leistung von Streikarbeit auf den Speichern konnte festgestellt werden, daß eine Anzahl Kleinhändler, die eigenes Fuhrwerk besitzen, Hausreißerdienste leisten. Genannt werden B. Springer, Nordstraße 10; G. Oswald, Blumenstr. 77; A. Ruyke, Forsterstraße 2; C. Hocht, Hochtstraße 4; Fr. Kiebel, Rummelsburger Str. 70 an Lichterfeld; A. Schlicht, Colmarstr. 6; H. Fingler, Dolzigerstr. 88; A. Giese, Dübahnstr. 14; B. Becker, Seidelstr. 35; A. Köh, Lüneburger Str. 2; G. Hühlow, Wälschingstr. 2; Petzsch, Landsberger Allee 129; Lehmann, Streiber Str. 40; Tempelin, Klätterberg, Hagenstr. 60; Ed. Horst, Hocht Str. 4; A. Juhle, Wälschingstr. 25, und Karl Rath, Waterlooper 8. Die auf diese Weise geleistete Arbeit ist als Streikarbeit zu betrachten. Es wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß diejenigen Reklamschaffner, welche bei solchen Firmen fahren, die den Tarif anerkannt haben, sich im Besitz einer vom Deutschen Transportarbeiterverband ausgestellten roten Legitimationskarte befinden.

Der Streik in der Kartonindustrie dauert unverändert fort. Eine weitere Firma hat den Tarif unterschrieben anerkannt, so daß von den 28 in Frage kommenden Betrieben bisher in sechs zu den neuen Bedingungen gearbeitet wird. Die Unternehmer sind kampflos bemüht, ihre Werkstätten durch Arbeitswillige zu bevollständigen, wozu ihnen die Inzeratensplantagen der „Morgenpost“ sowie des „Kokal-Anzeiger“ hilfreich die Hand bieten. Besondere Mühe gibt man sich auch, die vom Militär entlassenen Kartonarbeiter zu Streikbrecherdiensten heranzuziehen. All diese Bemühungen sind bisher nur in ganz vereinzelten Fällen von Erfolg gekrönt gewesen und wird es nach wie vor Aufgabe der Streikenden sein, die Maßnahmen der Unternehmer durch intensive Aufklärungsarbeiten zu durchkreuzen.

Deutsches Reich.

Ausperrung der Deckenrohre in Hannover.

Am 1. Oktober d. J. lief der Tarifvertrag der Deckenrohre in Hannover ab. Bereits am Freitag, den 27. September, haben die Unternehmer nicht mehr arbeiten lassen. Es handelt sich um die neunhündig Arbeitszeit und zwei Pfennig Erhöhung pro Quadratmeter sowie Regelung des Materialtransports in und aus dem Bau.

Die Unternehmer haben sich nach Berlin gewandt, um von dort Rohrer zu bekommen; einer namens Prell hat sich bereits bereit erklärt, nach Hannover zu kommen. Es wird erfragt, daß sich kein Rohrer dazu herbeiläßt, den Hannoverischen Kollegen in den Rücken zu fallen.

Ein Streik im Kölner Verzehrgewerbe ist keine Lohnbewegung, sondern er richtet sich gegen eine neue Polizeiverordnung, die am 1. Oktober in Kraft treten sollte. Infolgedessen haben sich dem Streik nicht nur sämtliche Metzger und Chauffeurs der Metzger, sondern auch die Unternehmer angegeschlossen. In einer am Mittwochabend abgehaltenen Versammlung von Metzgern, Kraftwagenführern und Fuhrwerksbesitzern wurde einstimmig beschlossen, nur unter der Bedingung wieder zu fahren, wenn die neue Polizeiverordnung auf drei Monate gestundet werde, die alte Verordnung in Kraft bleibe und über die Fassung Berantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neustolln. Inzeratenteil berantw.:

der Polizeiverordnung in gemeinschaftlicher Beratung zwischen den Behörden und den Vertretern der Unternehmer, und der Angestelltenorganisationen eine Einigung herbeigeführt sei. Es wurde betont, daß der Ausstand mit der Freiheitsfrage nichts zu tun habe, sondern sich lediglich gegen den unerträglich polizeilichen Druck richte. Die neue Polizeiverordnung zwingt die Droschkenfahrer, schon in aller Frühe, obgleich noch kein Verkehr ist, an den Halteplätzen zu erscheinen. Die Bestimmung, daß jeder Fuhrherr auf Verlangen seine gesamten Betriebsmittel der Polizeibehörde jederzeit vorzulegen und den Polizeibeamten Zutritt zu seinen Stallungen zu gewähren habe, entziehe den Besitzern förmlich. Jeder Fuhrherr muß sich jederzeit einer erneuten Prüfung unterwerfen; im Weiterungsfall wird ihm der Fahrchein entzogen. Ueber die Art und Beschaffenheit der Anzüge sind genaueste Vorschriften erlassen, sogar werden „dunkle Tuchhose und schwarze Leberne Fußbekleidung“ verlangt. Rod, Raniel oder Polcot sollen während der Fahrt stets bis an den Hals zugeknöpft getragen werden, auch im Sommer. Den Fuhrern wird ausdrücklich unterjagt, sich einander zu nenden! Während der Fahrt ist eine angemessene Haltung vorgeschrieben; das Rauchen ist auch auf der Heimfahrt untersagt. Die Geldstrafen betragen zum wenigsten 15 M. Ungehorsamkeit gegen die Fahrgebote oder gegen Aufsichtsbearbeiter oder Nichtbefolgen von Anordnungen der Aufsichtsbeamten wird mit Geldstrafe nicht unter 5 M. oder entsprechender Haft bestraft. Bei den persönlichen Eigenschaften mancher Schupleute fürchten die Fuhrerinnen und Angestellten, unter diesen neuen Bestimmungen der Willkür der Beamten, unter der sie bisher schon schwer zu leiden hatten, wehrlos ausgeliefert zu sein.

Der Streik wurde von Metzgern, Chauffeurs und Fuhrern einstimmig beschlossen. Der Verkehr ruht vollständig. Streikbrecher sind nicht vorhanden. Die Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Der Kölner Polizeipräsident ist bis zum 15. Oktober beurlaubt.

Der Deutsche Holzarbeiterverband im ersten Halbjahre 1912.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat sich, wie der in der neuesten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Rechenschaftsbericht ergibt, in der ersten Hälfte dieses Jahres wieder recht gut entwickelt. Seine Mitgliederzahl hat sich in diesem Zeitraum um 8036 gesteigert, so daß er am 1. Juli 190 786 Mitglieder zählte, darunter 6880 weibliche und 939 jugendliche. Die Unterhaltungsleistungen des Verbandes an seine Mitglieder haben wiederum eine beträchtliche Steigerung erfahren. Insgesamt hat der Deutsche Holzarbeiterverband in der ersten Hälfte dieses Jahres nahezu zwei Millionen Mark an Unterhaltungen ausbezahlt. Die nachstehende Uebersicht gibt die aus der Hauptkasse und den Lokalfassen für die einzelnen Unterhaltungsabteilungen verwendeten Summen wieder. Zum Vergleich ist der entsprechende Betrag aus der ersten Hälfte des Jahres 1911 beigefügt.

	Erstes Halbjahr 1911	1912
Reiseunterstützung	63 508	68 108
Arbeitslofenunterstützung	610 905	778 038
Streikunterstützung	1 601 886	496 926
Krankunterstützung	461 428	514 919
Gemahregelunterstützung	54 330	42 640
Sterbegeld	31 244	35 052
Unzugsunterstützung	21 338	22 053
Kostfallunterstützung	27 180	38 271
Summa	2 871 819	1 906 016

Die Gesamtausgabe für Unterhaltungsabteilungen war in der ersten Hälfte des vorigen Jahres ganz beträchtlich höher, doch ist es allein der Kosten Streikunterstützung, der eine, allerdings sehr erhebliche Verminderung erfahren hat. Die Streiklofen waren im Jahre 1911 ganz außerordentlich hoch und der Rückgang auf ein normales Maß hatte zur Folge, daß das Verbandsvermögen eine wesentliche Steigerung erfuhr. Am Schluß des Halbjahres betrug der Kassendestand 5 818 442 Mark, davon 3 826 671 Mark in der Hauptkasse.

Trotz der Verminderung der Streiklofen ist in dem halben Jahr an Streikunterstützung immer noch die ganz respectable Summe von rund einer halben Million Mark ausgegeben worden. Die Lohnbewegung war auch sehr lebhaft, und zwar waren es vornehmlich kleinere Orte, an welchen in diesem Jahre Lohnkämpfe geführt wurden. Eine vorläufige Zusammenstellung ergibt für das erste Halbjahr 1912 404 Lohnbewegungen mit 23 222 beteiligten Personen. Der weitaus größte Teil der Lohnbewegungen konnte auf friedlichem Wege erledigt werden. Im einzelnen weist die Streikstatistik nach: 119 Angriffsstreiks mit 3921 Beteiligten, 48 Abwehrstreiks mit 1049 Beteiligten, 21 Ausperrungen mit 1152 Beteiligten, 205 Angriffsbewegungen ohne Streik mit 16 824 Beteiligten und 11 Abwehrbewegungen mit 276 Beteiligten. In 214 Fällen führten die Lohnkämpfe zum Abschluß eines Tarifvertrages, davon sind 167 Verträge das Ergebnis von ohne Streik verlaufenen Lohnbewegungen. Der Erfolg der Lohnkämpfe ist sehr beachtlich. 15 627 Arbeiter erzielten eine Arbeitszeitverkürzung um durchschnittlich je 1,8 Stunden pro Woche und für 18 679 Arbeiter wurde der Lohn um durchschnittlich 2,12 Mark pro Woche erhöht.

Gegenwärtig rüstet sich der Holzarbeiterverband zu einer sehr umfangreichen Lohnbewegung. Am 15. Februar 1913 laufen die mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossenen Verträge in 52 Städten für rund 50 000 Arbeiter ab. Es ist damit zu rechnen, daß alle Verträge am 15. November gekündigt werden. Die Unternehmer sind schon jetzt eifrig dabei, die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die bürgerliche Presse wird von ihnen mit Nachrichten gesättigt, in welchen die Holzarbeiter als die Störenfriede hingestellt werden, die mit aller Gewalt auf den Kampf hinarbeiten und ganz exorbitante Forderungen stellen. Dabei werden für den vorausgesetzlichen Umfang der Bewegung ganz fabelhafte Ziffern genannt. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß zurzeit von einer Formulierung von Forderungen auf seiten des Holzarbeiterverbandes noch keine Rede ist. Der Holzarbeiterverband ist ernstlich gewillt, wie in den letzten Jahren so auch diesmal, die Verträge auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu erneuern. Ob aber der Friede im Holzgewerbe erhalten bleibt, ist sehr fraglich, da im Arbeitgeber-Schutzverband eine recht kriegerische Stimmung herrscht. Eine einflussreiche Gruppe in dieser Organisation drängt schon lange zu einer großen Abrechnung mit dem Holzarbeiterverband und es hat den Anschein, als ob sie auf dem besten Wege wäre, ihren Willen durchzusetzen. Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe ist dem Kartell der baugewerblichen Unternehmerorganisationen beigetreten, welches im Hinblick auf die im nächsten Frühjahr in Aussicht stehenden Lohnkämpfe gebildet wurde. Diese enge Verbindung mit den baugewerblichen Scharfmachern ist natürlich ein Grund mehr zu der Annahme, daß sich die Holzindustriellen mit kriegerischen Plänen tragen. Sollte es zu einem Kampf kommen, dann wird er voraussichtlich einen riesigen Umfang annehmen. Die Holzarbeiter sehen jedoch den kommenden Dingen zuversichtlich entgegen. Sie haben im Jahre 1907 den konzentrierten Angriff der Unternehmerorganisation erfolgreich abgewiesen und sie werden, wenn es erforderlich wird, auch im Jahre 1913 ihren Mann zu stehen wissen.

Ausland.

Vom Eisenbahnerstreik in Spanien.

Man schreibt uns: Das Kartell des von dem Nationalrat des spanischen Eisenbahnerverbandes veranstalteten Referendums hat, wie die Depeschen schon meldeten, eine gewaltige Mehrheit für die Erklärung des Streiks endgültig ergeben. Der neunte Kongress der spanischen Sozialdemokratie, dessen Tagungen am Mittwoch begannen und am Sonnabend zu Ende geführt wurden, hat eine Resolution angenommen, in der den Streikenden die Hilfe der

Partei in jeder Hinsicht zugesagt wird. Damit ist das Märchen aus der Welt geschafft, das auch schon in die europäische Presse gekommen war, als ob zwischen dem Eisenbahnerverband und der sozialistischen Partei ein Konflikt bestände. Schon in der Sonntagsnummer des Madrider republikanischen Organs „El País“ hatte Genosse Pablo Iglesias in einem längeren Artikel auseinandergesetzt, daß trotz der voreiligen und verfrühten Erklärung des Streiks durch die Eisenbahner Kataloniens die nun einmal ausgebrochene Gesamtbewegung von den Sozialisten unterstützt würde. Solche Streiks, die in gewissen Augenblicken von den Umständen einfach erzwungen werden, könne man nicht wie einen Konflikt organisieren. — In den herrschenden Kreisen scheint man noch immer nicht zu wissen, welche Haltung man einnehmen soll. Während Canalejas die Cortes sofort einberufen möchte, um vielleicht ein Gesetz zur Annahme zu bringen, das den Eisenbahnern in irgendeiner Form das Streikrecht nimmt, oder auch um auf die Gesellschaften einen härteren Druck ausüben zu können, ist der gemäßigtere Liberale Moret und der frühere konservative Ministerpräsident für eine Vertagung des Wiederausammentretens der Cortes auf unbestimmte Zeit und die Anwendung der „energishesten Mittel“. Man kann vorläufig annehmen, daß Canalejas versuchen wird, auf friedlicherem Wege ein Ende des Streiks herbeizuführen. Die Eisenbahner haben bisher jedenfalls noch nicht den geringsten Anlaß gegeben, ihre Bewegung eine „anarchistische“ zu nennen, wie es angeblich Canalejas getan haben soll. Es ist der großkapitalistische Pariser „Temps“, ein Blatt, das gewöhnlich keine Gelegenheit vorübergehen läßt, ohne die Arbeiter zu verleumdern, der von seinem Barçelonner Korrespondenten folgende Meldung bringt:

„Was auch telegraphisch berichtet werden möchte, die völlige Ordnung hat nicht aufgehört unter den Streikenden zu herrschen, und es ist noch kein einziger Gewalt- oder Sabotageakt zu verzeichnen gewesen. Unter den Eisenbahnern herrscht eine lebhafteste Unzufriedenheit über die phantastischen Nachrichten, die von der Madrider und der auswärtigen Presse veröffentlicht wurden, Nachrichten offizieller Herkunft, für die man formell den Minister der öffentlichen Arbeiten, Villanueva, und den Sohn des Direktors der Madrid-Barçagona-Alicante-Linie verantwortlich macht.“

In dem Gemeinderat von Barçelona, dessen Mehrheit aus ferrugnerischen Republikanern besteht, ist ein Vorschlag eingebracht worden, den Eisenbahnern eine Unterstüfung von 20 000 Pesetas zu gewähren. Der Gemeinderat ging jedoch über diesen Vorschlag zur Tagesordnung über und beschränkte sich auf die Annahme einer Sympathieerklärung. Für die Stimmung der Bevölkerung ist es bezeichnend, daß sich die sämtlichen Bewohner eines kleinen katalonischen Städtchens, Fig. bereit erklärt haben, den in diesem Ort wohnenden Arbeitern aus der eigenen Tasche für die Dauer des Streiks eine Unterstüfung in der Höhe ihrer gewöhnlichen Löhne zu zahlen.

Madrider, 3. Oktober. Die Dienstpflichtigen der Jahrgänge 1907 bis 1912 sind zu den Fahnen einberufen worden. — Die Angestellten der katalonischen Eisenbahnen haben den Vorschlag, Rinderforderungen aufzuheben, abgelehnt. Ministerpräsident Canalejas erklärte, die von den Eisenbahnern der Linie Caceres-Portugal geforderten Lohnerhöhungen im Betrage von neun Millionen Pesetas würden die Gesellschaft ruinieren.

Letzte Nachrichten.

Die Lage auf dem Balkan.

Die Diplomatie in Wien.

Konstantinopel, 3. Oktober. (Telegr. des I. I. Wiener Korrespondenz-Bureaus.) Die Schwierigkeit der Verbindung der Diplomaten der Balkanstaaten mit ihren Regierungen schafft eine unentwirrbare Situation. Der serbische Gesandte Renadowitsch erhielt noch keine Antwort von der Bforte bezüglich der Durchfuhr der serbischen Munition. Das Ausbleiben jeder Antwort könnte als Ablehnung betrachtet werden, da jedoch Renadowitsch keine Instruktionen erhält, weiß er nicht, ob er abreisen soll. In derselben Lage befindet sich der griechische Gesandte Gyparis, der auch noch keine endgültige Antwort betreffend die freie Durchfuhr der Meerenge für die griechischen Handelsschiffe erhielt. 24 griechische Dampfer, drei griechische Segelschiffe, eine große Anzahl von Schleppern und kleinen Schiffen sind hier und können nach der Kriegserklärung beschlagnahmt werden. Fast 70 griechische Schiffe mit Getreide befinden sich im Schwarzen Meer.

Die ersten Zusammenstöße.

Konstantinopel, 3. Oktober. (Melbung des Wiener I. I. telegr. Korresp.-Bureaus.) Nach hier eingetroffenen Meldungen kam es gestern zu Grenzplänkereien zwischen bulgarischen und türkischen Truppen in der Nähe von Ragla, Dschumakala und Koppjok, sowie zwischen montenegrinischen und türkischen Truppen an der Grenze des Bilajets Statari.

Wer hat angefangen?

Konstantinopel, 3. Oktober. (W. I. V.) Die Bforte hat an die Mächte ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie gegen die Unterdrückungen protestiert, die man sich in Bulgarien gegen die Rohammediener zuschulden kommen lasse und zu gleicher Zeit erklärt, daß die Verantwortung die Balkanstaaten treffen würde, wenn ein Krieg ausbrechen würde.

Ausfuhrbeschränkungen.

Konstantinopel, 3. Oktober. (W. I. V.) Die Ausfuhr von Bauholz nach Bulgarien ist untersagt worden.

Bulgarische Forderungen.

Paris, 3. Oktober. (P.-C.) Der „Temps“ meldet aus Sofia: Man weiß noch nicht, wann die bulgarische Note, welche die Forderungen Bulgariens enthält, an die Bforte überreicht werden wird. Doch wird schon jetzt bekannt, daß die bulgarischen Wazedonien betreffenden Forderungen die Einfuhrung von belgischen oder schweizerischen Gouverneuren für die verschiedenen Provinzen verlangen. Die Zustimmung der Mächte wird vorausgesetzt. Ferner wird die Einfuhrung von aus freier Wahl hervorgegangener Nationalversammlungen in jeder Provinz sowie die Organisation einer europäischen Kontrolle verlangt, an welcher nicht nur die Vertreter der Großmächte in Konstantinopel, sondern auch Vertreter der Balkanstaaten beteiligt sein sollen.

Die Türkei in der Zwangsjacke.

Rom, 3. Oktober. Die „Tribuna“ bemerkt in einem Artikel über das Dementi der „Agenzia Stefani“, betreffend den Friedensschluß zwischen Italien und der Türkei: Alle Welt fragt sich, ob denn noch nicht die Zeit gekommen ist, daß die Verhandlungen von Duda, die bereits genügend lange Zeit dauerten, zum Abschluß kommen. Vor der Krise auf dem Balkan konnte es gleichgültig sein, wenn sich die Verhandlungen um einige Tage und selbst um einige Wochen verzögerten, aber heute angesichts der neuen auf dem Balkan geschaffenen Lage muß man die Gesamtheit der Dinge unter einem neuen Gesichtspunkt betrachten. Wir zweifeln nicht, daß die italienische Regierung die neuen Notwendigkeiten der Situation berücksichtigen und die notwendigen Maßregeln treffen wird, darunter die **Beendigung der Vorberedungen in Duda zu beschleunigen**. Die „Tribuna“ schließt: Die Winkeltüge der Bforte können nicht länger geduldet werden, wir erwarten, daß die italienische Regierung endgültig der Türkei eine Frist für die Antwort stellt, wenn, wie es ja wahrscheinlich, sie nicht schon gestellt worden ist.

Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine.

Der Bund Deutscher Frauenvereine, die bürgerliche Frauenorganisation Deutschlands, hinter der über eine halbe Million deutscher Frauen stehen, begann am Mittwoch in Gotha die Arbeiten seiner zehnten Generalversammlung. Die Vorsitzende des Bundes, Frau Dr. Gertrud Bäumer-Verein, erblüht in dem Wachstum des Bundes die Gewähr, daß die Aufgabe, die sich der Bund gestellt habe, die gemeinsamen Interessen der Frauen über Partei- und Weltanschauungen hinaus zu fördern, die richtige sei. Staatsminister Dr. v. Richter erklärte namens der gothaischen Staatsregierung, daß diese in den Zielen des Bundes, die auf Förderung des weiblichen Geschlechts in wirtschaftlicher, rechtlicher, geistiger, körperlicher Beziehung und auf Hebung des Allgemeinwohls hinauslaufen, viele Berührungspunkte habe. Der Bund möge sich aber stets bewußt bleiben, daß die Bestrebungen auf Hebung und Förderung des weiblichen Geschlechts keinen Gegenstand bilden dürfen zu der Stellung, die die Natur der Frau in Haus und Familie gegeben habe. (Lebhafte Weisung.) — Der Geschäftsführer der Schriftführerin Frau Alice Bensheimer-Mannheim verweist auf den großen Erfolg der Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf“. Der Bund deutscher Frauenvereine zählt heute 46 Verbände und 276 Einzelvereine, die Mitgliederzahl beläuft sich auf über 500 000. Der große Erfolg des Bundes habe die Gegner der Frauenbewegung in Juni 1912 zu einem Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation zusammen geschlossen. (Geisterleit.) In einer Abwehrerklärung gegen diese Bestrebungen hätte sich binnen Jahresfrist zum zweiten Mal die früher oft schmerzlich vermehrte Einigkeit aller Frauenorganisationen gezeigt. — Von Frau Julie Wassermann-Mannheim wurde ein Dringlichkeitsantrag begründet: „Die Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine gibt der sicheren Hoffnung Ausdruck, daß in den jetzt veröffentlichten Gesetzentwurf über die Errichtung von Jugendgerichten die Beteiligung der Frau als Richter aufgenommen wird.“

Darauf sprach Frau Dr. Bäumer-Verein über: „Warum müssen Frauen Politik treiben?“ Ihre Ausführungen ziffelten in Leitfäden, in denen dargelegt wurde, daß die Teilnahme der Frau am politischen Leben eine unumgängliche Konsequenz der Frauenbewegung sei. Die Frauen können sich der Mitarbeit in den politischen Parteien nicht entziehen. Das staatsbürgerliche Bewußtsein müsse gepflegt werden, damit werde die künftige politische Mitverantwortlichkeit gestärkt und ein Gegengewicht gegen frauenrechtlerische Einseitigkeit geschaffen. Die Hineintragung politischer Gegenstände in die Frauenbewegung sei nicht zu befürchten. In der Begründung verweist Rednerin darauf, daß in der sozialdemokratischen Partei schon seit Jahren Frauen mitarbeiten; auch das Zentrum habe sich ihre Mitarbeit längst zunutze gemacht. Die fortschrittliche Volkspartei habe vor zwei Jahren diese Arbeiten an sich genommen und gestern haben sich in Weimar die nationalliberalen Frauen zu systematischer Arbeit innerhalb ihrer Partei zusammengeschlossen. Nach kurzer Zustimmung Besprechung wurde bei 63 Stimmeneinstimmungen eine Entschließung angenommen, die besagt, die Mitarbeit der Frau in den politischen Parteien sei eine notwendige Konsequenz der Frauenbewegung und der gebotene Weg, die staatsbürgerliche Pflicht zu erfüllen. Der Bund will bei Aufrechterhaltung seiner absoluten politischen Neutralität mit allen Kräften eintreten, daß die zunehmende Politisierung der Frauen zugleich der Förderung der Fraueninteressen dient, die durch die organisierte deutsche Frauenbewegung vertreten wird. — Die Vorsitzende des deutsch-evangelischen Frauenbundes Paula Müller-Hannover gab die Erklärung ab, daß der deutsch-evangelische Frauenbund sich dem Bund Deutscher Frauenvereine auf Grund der Satzungen angeschlossen habe, die jeden parteipolitischen und konfessionellen Charakter ausschließen. Am dem Bund diese Neutralität bei Verhandlungen über politische Fragen zu wahren, hätten die Delegierten des deutsch-evangelischen Frauenbundes sich an der Diskussion und Abstimmung nicht beteiligt.

In der Sitzung am Donnerstag brachte Frau Justizrat Vennemih-Halle einen Dringlichkeitsantrag ein: „Der Bund deutscher Frauenvereine soll die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten ersuchen, von der Errichtung der durch die Reichsversiche-

rungsordnung neu geschaffenen Landkrankenkassen abzugehen.“ Zur Begründung wies Frau Vennemih darauf hin, daß die Landkrankenkassen im Verhältnis zu den hohen Leistungen der Ortskrankenkassen wesentlich geringere Leistungen zu gewähren brauchen. Dazu kommt, daß in den Landkrankenkassen von einer eigentlichen Selbstverwaltung nicht die Rede sein kann. Während bei den Ortskrankenkassen Arbeitgeber und Versicherte aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und andere Mitglieder des Vorstandes wählen, liegt bei den Landkrankenkassen die Verwaltung ausschließlich in den Händen der Gemeindeverbände. Von über 9 1/2 Millionen weiblicher Versicherte sind also nur die 3 1/2 Millionen der der Gewerbeordnung unterliegenden weiblichen Versicherten wahlberechtigt. Mehr als 6 Millionen erwerbstätiger Frauen haben dieses Wahlrecht zu den Versicherungskörperschaften nicht. Darunter leiden gewiß auch die männlichen Mitglieder, aber bei den Landkrankenkassen kommt noch hinzu, daß die Zahl der weiblichen Versicherten bei ihnen überwiegt. Nun ist mit Genehmigung zu konstatieren, daß Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen so wohl wie Sachsen-Koburg-Gotha für sich bereits die Landkrankenkassen abgelehnt haben. Bei uns in Preußen aber besteht die Befürchtung, daß die preussische Regierung in dieser Beziehung nicht so einsichtig sein wird. Wir haben die Befürchtung, daß infolge der Zahlungsfrist, mit der gerade die preussischen Bundesratsmitglieder für die Landkrankenkassen eingetreten sind, in den agrarischen Bezirken Preußens diese Kassen eingeführt werden. Der Preussische Landtag wird sich demnach mit dieser Frage beschäftigen. Es handelt sich hier um wichtige Rechte für Millionen unserer schwer arbeitenden und hart ringenden Geschlechtsgenossinnen. Es ist erfreulich, daß sich auch der Deutsch-evangelische Frauenbund diesem Antrage angeschlossen hat. Ohne jede Debatte wurde einstimmig die Dringlichkeit dieses Antrages anerkannt.

Frau Weidemann-Hamburg brachte einen Dringlichkeitsantrag ein: „Die Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine wolle eine Kommission einsetzen zur Ausarbeitung einer Petition betreffend wirksamen gesetzlichen Schutz von Frauen und Kindern vor trunksüchtigen Männern.“ Zur Begründung wies Frau Weidemann darauf hin, daß gerade in letzter Zeit ein paar besonders traurige Fälle der Welt das Elend der Trunksüchtigen erneut vor Augen geführt haben. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um diese Not wenigstens einigermaßen zu lindern. Gertrud Bäumer wies auf den Fall der Portiersfrau Friedrich in Steglitz hin. Die Geschichte dieser armen Frau, die ihre Kinder gelötet hat, um sie den Klauen eines Wälders von Mann zu entreißen, hat erneut Veranlassung gegeben, die Frage des Schutzes der Ehefrau und Kinder vor trunksüchtigen Männern aktuell zu machen. Wir organisierten deutschen Frauen haben alle Veranlassung, gerade jetzt, wo diese Angelegenheit demnach die Gerichte beschäftigen wird, eine Kundgebung in dieser Sache abzugeben. Auch die Dringlichkeit dieses Antrages wurde einstimmig anerkannt.

Die Verhandlung wandte sich dann dem gestern von Julie Wassermann eingebrachten Dringlichkeitsantrag zu, der die Zuziehung weiblicher Jugendgerichtsschöffen verlangt. Frau Wassermann wies darauf hin, daß der Ausschluß der Frau als Schöffe von den Jugendgerichten ein ungerechtfertigter Ausschluß des Fraueneinflusses sei würde. Da bei den Lehrern eine Ausnahme gemacht worden sei und die Lehrer, die sonst auch nicht das Amt von Schöffen bekleiden dürfen, zu den Jugendgerichten in hervorragendem Maße hinzugezogen werden, würde es eine ungerechtfertigte Schädigung des weiblichen Einflusses bedeuten, wenn man die Frauen von den Jugendgerichten fernhielte, wo sie ein gutes Wort mitreden könnten.

In der Debatte wurde darauf verwiesen, daß der Ausschluß der Frau vom Schöffenamte nicht einem Rechtsgrundsatz, sondern nur einem Mißbrauch entspricht. Der Antrag Wassermann wurde einstimmig angenommen.

Das letzte Hauptthema betraf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Krankenpflegerinnen.

Die Referentin, Oberin Helene Reber-Dortmund, wies auf das Elend hin, das unter den Krankenpflegerinnen heute noch besteht. Die Krankenpflegerinnen sind die Stiefkinder der Sozialpolitik. Es besteht keine Regelung der Arbeitszeit, für Krankheit und Alter ist nicht gesorgt. Das ist zurückzuführen auf die große Unkenntnis, die bei Behörden und Publikum über die Verhältnisse der Krankenpflegerinnen herrscht. Auch die Krankenpflegerinnen müssen Schreien lernen. (Zustimmung.) Es besteht in vielen

Krankenhäusern eine Dienstzeit von durchschnittlich 5 bzw. 6 Uhr morgens bis 8 bzw. 9 Uhr abends. Arbeitszeiten von 13, 14 und mehr Stunden sind an der Tagesordnung. Der Dienstschluß steht häufig nur auf dem Papier. Die Maximalarbeitszeit ist zur Minimalarbeitszeit geworden. Noch schlimmer als in öffentlichen Anstalten liegen die Dinge bei den Privatanstalten. Da gibt es überhaupt keine regelmäßige Arbeitszeit. Arbeitszeiten bis zu 27 Stunden, ja bis 48 Stunden als ständige Einrichtung sind zu verzeichnen. (Lebhafte Härt, hört!) Es gibt Zustände, die verärgert sind, daß das Personal infolge Übermüdung für irgend welches Versehen überhaupt nicht haftbar gemacht werden kann. Die Krankenpflegerinnen haben keine regelmäßigen Sonn- und Feiertage. Zu den körperlichen Anstrengungen kommen Ansprüche an die seelischen Kräfte der Krankenschwestern. Der fortwährende Anblick körperlicher Leiden erzeugt Gemütsstörungen. Der dauernde Aufenthalt in der Krankenhausatmosphäre wirkt schädlich. Wir stehen vor der widersinnigen Tatsache, daß, um Kranke gesund zu machen, Tausende von Frischen gesunden und jungen Mädchen krank und stief werden. Auch die Wohnungsverhältnisse lassen mehr als alles zu wünschen übrig. Die Verpflegung ist in kleineren Anstalten schlecht, die Besoldung äußerst niedrig. Dazu kommt noch die Beschränkung der persönlichen Freiheit. Die Krankenschwestern darf das Haus nicht ohne besondere Urlaubsbefreiung verlassen. Der Besuch von Theatern und Konzerten ist so gut wie verboten. Man sieht eben in der Krankenpflegerin noch zu sehr die die Welt verneinende Ordensschwester. (Lebhafte Weisung.) Rednerin legt der Versammlung folgende Leitfäden vor: 1. Die von den Krankenpflegerinnen geforderten Arbeitsleistungen sind fast allgemein so groß, daß sie zu dauernder Überanstrengung führen. Zur Besserung der Verhältnisse ist Verkürzung der Arbeitszeit durch Vermehrung des Personals, Trennung von Tag- und Nachtdienst und Entlastung von groben Hausarbeiten notwendig. 2. Den Lebensbedingungen der Krankenpflegerinnen ist mehr als bisher im allgemeinen üblich Beachtung zu schenken, sowohl in bezug auf die materiellen Verhältnisse (Wohnung, Ernährung, Besoldung, Krankheits- und Altersversorgung), als auch hinsichtlich der idealen Bedürfnisse, da die heutigen übermäßigen Anforderungen an Zeit und Kräfte der Krankenpflegerinnen zu einer die Persönlichkeit wie die Berufstätigkeit schädigenden Einseitigkeit führen.

Im Anschluß daran sprach Oberin Marie v. Neudell über die Ausbildung der Krankenpflegerinnen.

Als Voraussetzung für die Berufsbildung der Krankenpflegerin sei die Vorbildung der höheren Mädchenschule wünschenswert. Die Dauer der Ausbildung, die gegenwärtig ein Jahr betrage, sei zu kurz. Den Anforderungen des Berufs würde nur eine dreijährige Ausbildung voll entsprechen. Im ersten Jahre müßte diese Ausbildung vor allem praktischer Art sein, mit entsprechender Vertiefung allgemeinen hauswirtschaftlichen Könnens. Im zweiten und dritten Jahre würde ein erweiterter theoretischer Unterricht hinzukommen.

Im dritten Teile sprach Schwester Agnes Karll über die Organisation der Krankenpflegerinnen.

Durch die Gewerbezahlung von 1907 ist festgestellt, daß es im Deutschen Reich mindestens 20 000 berufstätige Krankenpflegerinnen gibt, von denen nur eine verschwindend kleine Zahl überhaupt organisiert ist. Durch den Zusammenschluß eines größeren Teils der Krankenpflegerinnen wird sich allmählich das dringend notwendige zielbewusste Wirken an den wichtigsten Berufsfragen erzielen lassen, nämlich der Ausbildung und Erziehung zur Berufstätigkeit, sowie der gesunden Seelhaltung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Eine solche Fachorganisation könne aber nicht allein auf der Betätigung im Pflegeberuf begründet werden. Sie müsse vielmehr bestimmte Qualifikationen nicht nur in der beruflichen Vorbildung, sondern auch in der allgemeinen Bildung und moralischen Bewertung fordern. Zur Ausgestaltung der Organisation ist notwendig die Bildung von möglichst zahlreichen Orts-, Provinzial- und Landesgruppen. Weiter ist erforderlich ein Nationalverband, sowie ein Weltbund der Krankenpflegerinnen.

An die Vorträge schloß sich eine längere Debatte, in die auch Ärzte eintriften. Die Verhandlungen gehen Freitag zu Ende.

Kleines feuilleton.

Ein Wandveridyll. Man schreibt uns: Im Wandver spielen sich manche lustige Szenen ab, die oft die wahren Geschehnisse in den Wäldern übertrieben und wirklich ebenso unglücklich wie diese klingen. So erwartete ich als Schlachtenbummler in einer einsamen Wäldchen bei dem Dörfchen Splettau im Saalkreise, wo in diesen Tagen Wandver stattfanden, den Feind, dem ich mich anschließen wollte. Am Garten des Wäldchens hatte sich eine Infanterie-Wache aufgestellt, die aus vier Mann bestand. Plötzlich wurden am Horizont drei Reiter sichtbar, die in wildem Galopp die Landstraße entlang kamen, direkt auf den Posten zu. Als sich die Reiter auf ungefähr 400 Meter genähert und sich als feindliche Dragoner entpuppt hatten, eröffneten die Infanteristen auf sie ein mörderisches Feuer, das im Ernstfälle sicher drei Schwadronen vernichtet hätte. Aber die kühnen Reiter schienen unverwundbar zu sein und rasten wie der Wind heran. Der junge Leutnant, der die feindliche Patrouille führte, sprang vom Pferde und rief den Infanteristen zu: „Sie sind gefangen genommen!“

„Aber Herr Leutnant sind ja längst abgehossen“, antwortete verwundert der Führer der Infanteristen, ein Unteroffizier. „Ach was“, gab dieser barsch zur Antwort, „Sie sind gefangen genommen!“

So zogen also der wenigstens dreimal erschossene Leutnant und dessen ebenfalls wenigstens dreimal erschossenen zwei Dragoner mit den gefangenen Infanteristen ab.

Gefrierfleisch und Tuberkulose. Professor Bordon hat in den Verichten des Lombardischen Instituts in Mailand eine Untersuchung über die Gefahr einer Einschleppung von Tuberkulose mit argentinischem Gefrierfleisch veröffentlicht, weil die Furcht davor sich auch in Italien als ein bedrohliches Hindernis gegen die Einfuhr dieses billigen Nahrungsmittels eingestellt hatte. Sie wurde gestillt durch Verbreitung der Nachricht, daß in Argentinien neuer Jochtel aller Kinder tuberkulös sein sollten. Professor Bordon hat nun einmal festgestellt, daß das argentinische Vieh weit seltener von Tuberkulose heimgesucht wird als das in Italien gezüchtete. Ferner stellte er folgende Säge als Ergebnisse seiner Forschungen zusammen: Der Tuberkulobazillus kommt in den Muskelgeweben des Tierkörpers überhaupt selten vor und auch dann nur bei Tieren, die ohnedies offensichtlich für Schlachtware ungeeignet sind. Der Bazillus wird durch Kochen zerstört. Erwachsene Menschen sind einer Infektion mit Tuberkulose durch Nahrungsmittel nur in geringem Grade zugänglich. Daraus zieht Dr. Bordon den Schluß, daß jene Gefahr mehr in der Einbildung als in der Wirklichkeit bestiehe und nach sorgfältiger wissenschaftlicher Prüfung als unbegründet bezeichnet werden dürfe.

Die Eskimos und die Zivilisation. Prof. Stefanson, der weiße Eskimos entdeckt hat, ist nun in New York eingetroffen und beschäftigt sich bereits mit den Vorbereitungen zu einer neuen Expedition, die ihn wiederum nach dem Norden führen soll. Der Gelehrte hat sich an die kanadische Regierung gewandt, um Schutzmaß-

regeln für die weißen Eskimos durchzusetzen. „Es wird notwendig, diese Eskimos unter Quarantäne zu stellen“, so äußerte sich Stefanson, „weil die Krankheiten der Zivilisation, insbesondere die Masern, die Masse nur allzu schnell aussterben lassen würden.“ Der Forscher möchte aus diesem Grunde auch die Einfuhr von Missionaren verhindern, was in den religiösen Kreisen Amerikas bereits heftige Diskussionen hervorruft. Stefanson macht geltend, daß die Missionare die Zivilisation mitbringen würden, und das bedeute für diese Stämme die Gefährdung ihrer Lebensfähigkeit. In Alaska und in Kanada sind in den letzten 20 Jahren nicht weniger als 60 Proz. der Eskimos an Masern gestorben; in Madagaskar gab es vor einem halben Jahrhundert noch gegen 2000 Eskimos, heute jedoch nur noch 40 und in Point Barrow zählte man 1884 einen Stamm von 300 Köpfen, von denen heute nur noch 20 erhalten sind: Die Zivilisation hat die anderen ausgerottet.

Die Bewässerung Australiens. In der R. Geographical Society in London hielt Gibbons Cox einen sehr interessanten Vortrag über die technischen Aussichten, den trockensten Erdteil genügend zu bewässern. Nach der Mitteilung der „Deutschen Rundschau für Geographie“ ging der Redner davon aus, daß in den Tiefen des australischen Festlandes ganz ungeheure, seit Hunderttausenden von Jahren angesammelte Wasserreserven vorhanden sein sollen. Dieses riesige Reservoir, das jährlich durch einen Teil des 20 Zoll betragenden Regenfalles vermehrt wird, würde ausreichen, um den dürren Bodenflächen des Kontinents Leben zu spenden und Wästenflächen in Gärten und Weiden zu verwandeln. Den vielversprechenden Anfang mit der Ausnutzung dieses unterirdischen Reichthums machte bereits der Staat Queensland, der gegenwärtig 533 artesishe Brunnen mit einer Durchschnittstiefe von 1179 Fuß und mit einer täglichen Lieferung von 351 000 000 Gallonen Wasser besitzt. Aber noch immer gehen in Jahren der Dürre hier riesige Mengen des Weidewiehs zugrunde. So verlor Queensland im Jahre 1900 nahezu 5 Millionen Schafe, das ist ein Drittel des gesamten Schafstandes durch die Dürre.

Gibbons Cox ist überzeugt, daß durch einen großzügigen Ausbau der artesischen Brunnen die im australischen Boden schlummernden Wasserreserven dazu ausreichen werden, nicht nur in Süd-, sondern auch in West- und Nordaustralien Bewässerungsanlagen ständig zu speisen und dem gesamten Erdteil ein ganz anderes Aussehen zu geben.

Theater.

Hebbels „Herodes und Mariamme“, mit der Reinhold und Bernauer vor vier Jahren ihr Direktorat des Berliner Theaters eröffneten, ist jetzt in ihrer pittoresken der Königgräber Straße wieder aufgenommen worden. Damals wollten uns die beiden Literarier kommen, jetzt haben sie es längst nicht mehr nötig, da die Klassiker Kalks und Köhler sie solcher Anstrengungen überheben und das ehemalige Hebbel-Theater auch den Namen abgelegt hat, den es nie zu recht führte.

Hebbels gewaltige Tragödie war vor vier Jahren eine Art Sensation (wogu vor allem auch die Mariamme von Irene Trietsch beitrug). Diesmal wurde sie sehr kühl aufgenommen, und wenn

das Publikum dem Zuge seines Herzens zu folgen wagen würde, wäre ihr Schicksal nicht viel anders als bei der Wiener Uraufführung im Jahre 1849. Und doch ist inzwischen Hebbel durch seinen Liebesleier ins Moderne, Jbsen, dem Verständnis näher gerückt. Aber die „Kora“ durfte ja in Berlin ursprünglich auch nicht in der Originalfassung zu Ende gespielt werden: Kora mußte bei Mann und Kind bleiben. Wieviel weniger kam ein bourgeois Publikum die Inerdtüchtigkeit des Mariamme-Schicksals verstehen, das aus ihrem Anspruch, Mensch und nicht Sache zu sein, erwächst! Die Dialektie der Gefühle, die komplizierte und manchmal spitzfindige Art Hebbels, sein dramatisches Denken passen nicht für das moderne Theater mit seinen sanften Ebedriden.

So wird denn auch der zweite Anlauf Episode bleiben, und nur Frau Trietsch wird diese gigantische Welt noch eine Zeit lang lebendig erhalten. Ihre Mariamme ist in der Tat eine fesselnde und erschütternde Gestalt. Das tragische Weh des Weibes, das seine große Liebe entweicht und seine Persönlichkeit entwürdigt findet und darüber zugrunde gehen muß, wurde in ihr zum inneren Erlebnis. Ihr Leid, ihre Klage, ihre Sehnsucht nach dem Wunderbaren (Achtung und Vertrauen), waren innig. Aber in den ersten Akten war die stolze Größe, die ihrer Menschenrechte bewußt ist, nicht so übergehend. Herodes, Gewaltmensch und Keuschheitler zugleich, wurde von Herrn Hartau mit starker Leidenschaft (besonders der Stimme) gespielt. Das Dramatisierende, Holofernes gestaltete er würdevoll, aber den furchtamen, von Eifersucht gequalten Psychoopathen blieb er schuldig. Und gerade diese Mischung bildet Herodes Lebenszug. Die übrige Besetzung war, abgesehen von Vergens Joseph und Kühnes Sameas, nicht sehr hebbelmäßig. In der Inszenierung hatte man sich äußerster (ganz orientalischer) Einfachheit befleißigt.

Notizen.

Musikchronik. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse veranstaltet Montag, den 7. Oktober, 8 1/2 Uhr, einen Einführungabend zum Schumann-Schubert-Konzert mit musikalischen Erläuterungen. Vortragender ist Alfred Guttman. Das Schubert-Konzert findet am 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Wäldchen-Saal, Lützowstr. 76, statt. Mitwirkende: das Dessau-Quartett und Fräulein Hertha Dehmlow. Billette zu 50 Pf. sind im Verein, in den Kassisten und an der Kasse zu haben.

Die Neue Freie Volksbühne bringt Sonntag im Metropolitantheater „Zala-Loto“, Vaudeville von Vilhau und Carré, zur Aufführung.

Vorträge. Die Ausgrabungen vortrefflicher Miesenerfäurer in Deutsch-Ostafrika schildert in einem Lichtbildvortrag im Bürger-saal des Berliner Rathauses am Freitagabend 8 1/2 Uhr Dr. Edwin Hennig, ein Teilnehmer jener Expeditionen. Eintrittskarten in allen Verkaufsstellen der Freien Hochschule.

Richard Kiemerschmid, der bekannte Kunstgewerbetler und Architekt, wurde zum Direktor der Münchener Kunstgewerbeschule ernannt.

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Mischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Die Wahl des Ausschusses zur Vorbereitung der Neuwahl eines besoldeten Stadtrats an Stelle des Stadtrats Kramslau hat stattgefunden; die sozialdemokratische Fraktion ist durch Heimann, Bruns, Dr. Weyl und Leid vertreten.

Von den 8 hiesigen Fraktionen ist folgender Antrag Cassel-Blasel-Fried gestellt:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage betr. die Begründung einer Pflichtfortbildungsschule für junge Mädchen baldmöglichst einzubringen, damit diese Schule am 1. April 1913 eröffnet werden kann.

Stadts. Cassel (M. L.): Im September 1904 haben wir vom Magistrat die Vorlage erhalten, welche die Pflichtfortbildungsschule für junge Männer zum Gegenstand hatte. Im Dezember 1904 nahmen wir eine Resolution an, worin die Pflichtfortbildungsschule auch für Mädchen gefordert wurde. Seitdem sind 8 Jahre verfloßen. Willig erkennen wir die große Zahl von Hindernissen an, welche sich der Ausführung dieses auch vom Magistrat gebilligten Gedankens entgegenstellen haben. Nachdem diese Hindernisse aber überwunden sind, ist es hohe Zeit, auch an die wirkliche Ausführung zu gehen, damit die Schule auch zum 1. April 1913 in Betrieb gesetzt werden kann. Das Statut ist bekanntlich ausgearbeitet, die Vorlage kommt aber nicht an uns; wie man hört, haben sich Anstände wegen der Kostenfrage ergeben. Selbst wenn es sich aber um 1 Million handeln sollte — zunächst sind es nur 300 000 M. — kann das kein Grund für die Verzögerung sein. Wir haben stets dahin gestrebt, mit 100 Proz. Einkommensteuer auszukommen, aber ein Dogma sind die 100 Proz. auch für uns nie gewesen, und notwendige Kulturaufgaben dürfen wir deswegen nicht auch nur vertagen. Auch in Zukunft werden wir dafür sorgen, daß neue Ausgaben auch ihre Deckung finden. Damit sollte auch der neue Herr Kammerer sehr zufrieden sein, der sich, wie gesagt wird, für die 100 Proz. besonders interessieren soll. Dieser Antrag wird jedenfalls den Magistrat über unsere Ansicht unterrichten.

Stadtschulrat Mischel: In der Tat hat der Magistrat bereits 1904 erklärt, er werde nach Einführung der Pflichtfortbildungsschule für Knaben auch diejenige einer solchen Schule für Mädchen in Erwägung ziehen. Auf die erwähnte Resolution der Versammlung antwortete der Magistrat 1906, daß er 1907 der Frage näherzutreten werde. Dann traten die schon angeordneten Hindernisse ein, der Tod des Stadtschulrats Gerstenberg, meine Ueberlastung und die schwere Arbeit der Durchführung der Pflichtfortbildungsschule für Knaben, wobei des Entgegenkommens der Arbeitgeber bei der Ueberwindung der anfangs sich häufenden Schwierigkeiten lobend gedacht werden muß. Dann galt es, unsere Erfahrungen für das neue Projekt nutzbar zu machen. Im Mai und Juni d. J. waren wir mit dem Entwurf des Ortstatuts fertig; es mußte aber auch dem neuen Kammerer und dem neuen Stadtoberhaupt Zeit zum Studium der ganzen Frage gelassen werden. Wir haben auf 30 000 Schülerinnen zu rechnen. Ueber die Organisation sind wir im Reinen; auch die Lehrpläne sind im wesentlichen fertiggestellt. Die Deputation hat im großen ganzen also ihre Aufgabe erledigt. Der Magistrat hat nun in seiner zweiten Lesung beschlossen, über den Termin noch keine Entscheidung zu treffen. In ein bis zwei Monaten hoffen wir, mit unseren Entwürfen zustande gekommen zu sein; es wird auch die Eröffnung zu Ostern 1913 nach der Ansicht der Deputation erfolgen können.

Stadts. Dr. Krons (Soz.): Der Stadtschulrat hat sich geäußert, soweit es ihm innerhalb seiner Kompetenz möglich war, da hätten wir doch gern auch etwas über die Bedenken von anderer Seite im Magistrat gehört.

Kammerer Dr. Weyl: Neue Ausgaben werden nach einem gesunden Finanzgrundsatze erst dann festgelegt, wenn auch über die Deckung Klarheit herrscht. Gerade Sie hier haben diesen Grundsatze oft betont. Ein Ausnahmefall liegt für die Mädchenpflichtfortbildungsschule nicht vor. (Oh!) Die Entscheidung über den Termin wird noch im Dezember oder Januar möglich sein, ohne daß damit die Eröffnung zu Ostern 1913 in Frage gestellt wird. Die Vorberatungen über die Eröffnung sind im Gange und werden fortgesetzt; die Zeit bis dahin soll benutzt werden, um Klarheit über die Beschaffung der Mittel nicht nur hierfür, sondern auch für andere neue Aufgaben zu schaffen. Der Magistrat wird schon in nächster Zeit mit Vorlagen in dieser Richtung an Sie herantreten. Kommt eine Einigung bis Dezember darüber zustande, so werden keine Schwierigkeiten der Eröffnung der Schule zu Ostern 1913 entgegenstehen.

Stadts. Dr. Krons (Soz.): Ich gehe davon aus, daß die Versammlung einstimmig der Meinung ist, daß die Mädchenpflichtfortbildungsschule zum 1. April 1913 eröffnet werden muß. Nach der Erklärung des Kammerers glaube ich ebenfalls namens der ganzen Versammlung erklären zu können, daß wir nicht verstehen, wie gegenüber einer verhältnismäßig so kleinen Ausgabe ein so großer Gesichtspunkt entwickelt werden konnte. Es handelt sich um eine Aufgabe von allergrößter Wichtigkeit, um eine Ehrenpflicht der Stadt Berlin. Eine große Anzahl anderer Gemeinden eröffnet zu demselben Zeitpunkt, auf Grund der revidierten Gewerbeordnung, die Mädchenpflichtfortbildungsschule. Die Regierung hat seinerzeit diese Schule für die Knaben in Berlin obligatorisch gemacht; es könnte leicht eintreten, daß auch jetzt die Regierung erst die Kommune einen Stoß geben muß, und das sollte doch vermieden werden. Es ist also möglichst baldige Einbringung der Vorlage dringend geboten.

Stadts. Kramslau (Fr. Fr.): Ich kann mich den Vorrednern aus der Versammlung nur anschließen. Wenn der Kammerer meint, die Vorlage wegen neuer Einnahmequellen würde im Dezember noch erledigt werden können, so kennt er den Geschäftsgang schlecht; es wird länger dauern, und nachher kann tatsächlich die Eröffnung der Schule in Frage gestellt sein. Die Ausgaben für die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen gehören zu den unbedingt notwendigen; es würde uns bei der Bürgerschaft und bei den Staatsbehörden schlecht ansehen, wenn wir die Durchführung einer solchen Aufgabe, die wir längst als solche anerkannt haben und wofür jetzt die gesetzliche Möglichkeit gegeben ist, auch nur um ein halbes Jahr verschieben würden. Müßen wir wirklich deshalb die 100 Prozent überschreiten, so werden wir sie eben überschreiten. Man soll also doch hier nicht Versehen mit uns spielen. Sichtlich sind wir ja ohnehin einig; also heraus mit der Vorlage!

Oberbürgermeister Wermuth: Der Magistrat hat die unangenehme und schwierige Aufgabe, nicht nur für die einzelne Angelegenheit zu sorgen, sondern auch dafür, wie sie sich in das Ganze einfügt. Es muß auch hier der Gegensatz ausgeglichen werden, der zwischen dem Kostenbestand und dem Drängen nach sachlicher Entfaltung sich immer zeigen wird. Wir können es nicht wohl an, wenn ich mich von den Grundrissen vorsichtiger Finanzwirtschaft abheben möchte. Ich hege aber die aufrichtige Hoffnung, daß es in größter Eile gelingen wird, diese Aufgabe in den Haushaltsplan einzuwickeln, sei es, indem neue Einnahmequellen eröffnet werden oder andere, weniger unerlässliche Ausgaben zurücktreten. Zu den dringendsten Aufgaben gehört die vorliegende zweifellos, sie beschäftigt uns schon seit reichlich acht Jahren. Die Lohn ist dafür endlich frei geworden, Berlin darf hier nicht zurückbleiben, es wird sich nicht der Eventualität ausweichen dürfen, von der Staatsregierung erst zur Durchführung angehalten zu werden. Wir werden auch in Groß-Berlin auf diesem Gebiete an der Spitze zu bleiben haben. Diese Ansichten haben im Magistrat die Oberhand; keine Stimme hat sich dagegen erhoben. Die Nacht der Verhältnisse wird sehr bald die beiden hiesigen Körperschaften zu einem geschlossenen Handeln zusammenführen. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion. Im Schlusswort bemerkt

Stadts. Cassel: Der Oberbürgermeister hat seinerzeit im Reich den Grundsatze, keine Ausgaben zu machen ohne die Möglichkeit der Deckung mit Erfolg zur Ausführung gebracht. Aber schon Kollege Kramslau hat ausgeführt, daß die Verhältnisse in der Kommune anders liegen. Der Kammerer geht von unrichtigen Voraussetzungen aus. Es handelt sich ja hier nicht um Wälderankäufe für ungezählte Millionen, sondern um eine Entwicklung unseres Fachschulwesens, die längst als Notwendigkeit erwiesen ist. Da kann kein Kammerer kommen und sagen: wegen dieser 300 000 M. muß erst die Gestaltung des Etats abgewartet werden! Nun machte der Kammerer die sehr interessante Anündigung neuer Einnahmequellen; darunter können doch wohl nur neue Steuern verstanden werden, und solche werden wir nicht so schnell beschließen, wenn sie überhaupt beschloßen werden. Ich habe die Empfindung, als wenn man diesen Gegenstand bemutet, um uns schon jetzt für neue Einnahmequellen gefügiger zu machen. Als die Anabenspflichtfortbildungsschule beschloßen wurde, ist von keiner Seite die Deckungsfrage auch nur berührt worden.

Der Antrag Cassel wird einstimmig angenommen. Den speziellen Entwurf und den mit 784 000 M. abschließenden Kostenanschlag für den Erweiterungsbau des Volkshauses Bärwaldstraße hat der eingesezte Sonderausschuß einstimmig zur Genehmigung empfohlen. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, den Abstampf der Pumpstation in der Urbanstraße zur Wasserversorgung der Badeanstalt nutzbar zu machen; der Magistrat soll um eine entsprechende Vorlage ersucht werden.

Die Versammlung beschließt nach den Ausschlußanträgen. Mit der Einrichtung einer Spinnereiarbeitsteilung in dem Neubau der höheren Webeschule am Wärschauer Platz hat man sich in der Ausschlußberatung mit der Maßgabe einverstanden erklärt, daß ein Austausch der für die Handsünder- und Sobelinweberei mit den für die Spinnerei bestimmten Räumen des Dachgeschosses des sogenannten Industriegebäudes stattfindet.

Ohne Debatte wird demgemäß beschloßen.

Es folgt die Beratung des Antrages Dr. Krons und Genossen (Soz.).

den Magistrat zu ersuchen, mit den in Betracht kommenden Arbeiterverbänden über Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages für die städtischen Arbeiter und Angestellten in Verhandlungen zu treten und der Versammlung den Vertrag zur Kenntnisnahme zugehen zu lassen.

Stadts. Glöde (Soz.): Der Gegenstand des Antrages ist ein lange gehegter Wunsch der städtischen Arbeiter und Angestellten wie meiner Fraktion: Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse soll in möglicher Gleichstellung mit den betreffenden Bedingungen in der Privatindustrie auf Grundlage des kollektiven Arbeitsvertrages erfolgen. Unsere frühesten Anregungen in dieser Richtung sind nicht immer besonders freundlich aufgenommen worden, haben vielmehr starken Widerstand beider Mehrheit der Versammlung und beim Magistrat gefunden und sind schließlich abgelehnt worden. Auf die Dauer kann aber der Magistrat an diesen Anregungen und an den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft nicht achtlos vorübergehen. Schon in den 80er Jahren ist ein Antrag, die Anfangslöhne auf 8 M. festzusetzen, hier abgelehnt worden, und noch heute haben wir Lohnverhältnisse, die die städtischen Arbeiter keineswegs befriedigen können. Wir haben noch heute Anfangslöhne von 3,75, 3,90, 4 M., und die Endlöhne sind angesichts der heutigen Verhältnisse auch nicht etwa hoch zu nennen. Angesichts dieser Verhältnisse gerade ist die neueste Anregung der organisierten Arbeiter nur freudig zu begrüßen. Bei den heutigen hohen Lebensmittelpreisen ist ja selbst ein Lohn von 4,50 M. noch nicht ausreichend. Eine vierköpfige Familie kann sich von solchen Löhnen nicht einmal satt essen; die Frau muß mit verdienen, um den Haushalt auch nur einigermaßen zusammenzubringen. Aber nicht nur die Löhne allein bedürfen der Regelung, der Regelung bedarf auch die Art der Lohnzahlung. Es gibt heute Wochenlohn, Tagelohn und Stundenlohn, die Woche wird bald zu 6, bald zu 7 Tagen gerechnet; alle diese Differenzen tragen nur dazu bei, die Unzufriedenheit der Arbeiter zu steigern. Stundenlohn einzuführen ist doch schließlich auch nicht Sache einer geordneten Kommunalverwaltung. Ebenso bedarf der Regelung die Arbeitszeit, die heute zwischen 8 und 12 Stunden schwankt. Hier besteht innerhalb der städtischen Betriebe noch eine völlige Anarchie. In Ordnung zu bringen ist ferner das Ueberstundenystem, das gänzlich abgeschafft werden sollte. Die städtischen Arbeiterausschüsse haben bisher nur ganz ungenügende Wirksamkeit entfalten können; ihre Konstruktion ist derart, daß damit gar nichts anzufangen ist und eigentlich bloß der Name „Arbeiterausschuß“ übrig bleibt; eine Mitwirkung bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben sie überhaupt nicht; das treibt jeder Betriebsleiter Politik auf eigene Faust. Bei einzelnen Verwaltungen besteht überhaupt kein Arbeiterausschuß, bei anderen werden die Anträge der Ausschüsse häufig monatelang nicht beachtet. Die Annahme und Entlassung der Arbeiter wird in den städtischen Betrieben ganz eigenartig gehandhabt; Einzelwillkür besteht hier nicht im geringsten. Die Vermittlung müßte doch durch den Zentralverein für Arbeitsnachweis erfolgen; gerade dieser wird aber von den städtischen Betrieben fast gar nicht benützt — ein geradezu skandalöser Zustand, da wir doch für diesen Verein jährlich an die 70 000 M. aus städtischen Mitteln beisteuern! Ungeregt ist auch die Frage der Urlaubsgewährung. Dazu kommt noch eine ganze Reihe anderer Einrichtungen, die zweifellos der Revision bedürfen, worüber sich im Ausschusse näher reden lassen wird. Wir hätten die verlangte Revision schon längst, wenn nicht in einzelnen Verwaltungen Anfechtungen vorherrschen, die sich von den modernen Anschauungen weit entfernen, indem einfach alle von den Organisationen kommenden Anregungen als „Hebe“ erklärt und deshalb abgelehnt werden. Wir haben Chefs bei einzelnen städtischen Verwaltungen, welche die Organisationen als solche bekämpfen; ich verweise nur auf die städtische Straßenreinigung. Die Antimotivität gegen die Arbeiterorganisationen muß aufhören. Man sollte annehmen, daß bei den Berliner städtischen Behörden doch ein klein wenig fortschrittlicher Geist vorhanden ist, daß namentlich auch das Koalitionsrecht, das doch auch auf dem Programm der liberalen Parteien steht, auch in den städtischen Betrieben respektiert wird. Leider liegen die Dinge, von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, anders. Schließlich wird Zufriedenheit nur eintreten, wenn sich alle Faktoren, die hier mitzusprechen haben, auf dem Boden des kollektiven Arbeitsvertrages vereinigen. Die Verhältnisse haben sich eben seit der Zeit, wo die gesetzlichen Bestimmungen über den individuellen Arbeitsvertrag festgesetzt wurden, durchaus geändert, die Großbetriebe haben immer mehr Terrain erobert, die industrielle Reservearmee ist riesenhaft gewachsen. Auch die Arbeitgeber in der Privatindustrie haben sich mit dem Tarifvertrag mehr und mehr befreunden müssen und befreundet; es bestehen jetzt 8000 Tarifabkommen. Auch im Baugewerbe, das am härtesten widerstrebt, hat sich in den Arbeitgeberkreisen ein Umschwung der Meinungen vollzogen. Wachsende Unruhe in der Versammlung. Der Vorsteher läutet wiederholt und ersucht schließlich den Redner, auch ein wenig auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung zu achten, wonach das Ablesen schriftlich aufgesetzter Reden nicht gestattet ist.) Ich habe nur ein Bistat vorgelesen, nicht eine schriftlich aufgesetzte Rede. — Für beide Teile würde der Abschluß eines solchen Vertrages eine außerordentliche Erleichterung sein. Die Differenzen würden sich auf ein Minimum reduzieren. Ein Mann wie der Vorstehende der „Gesellschaft für Sozialreform“, der frühere Minister Freiherr von Berlepsch, hat dem Tarifvertrag vorbildliche Bedeutung beigelegt. (Andauernde Unruhe.) Wir sind es ja gewohnt, daß die Mehrheit dieser Versammlung dem, was wir über die Arbeiterverhältnisse vortragen, nur eine sehr geringe Aufmerksamkeit zuwendet und sich lieber unterhält. Bei dem jetzigen System werden hier und da einmal die Löhne ein wenig aufgebessert, das ist alles. Ein Vertrag, der auf eine Reihe von Jahren festgelegt wird, bietet auch dem Kammerer eine größere Gewähr und einen Vorteil, weil er eine bessere Kol-

lulation ermöglicht, und die Arbeiterschaft würde zu der städtischen Verwaltung ein ganz anderes Vertrauen fassen als jetzt. Ueben Sie auf unsere Anregungen nicht ein, so werden wir alljährlich damit wiederkommen und nicht ruhen, bis die Sache in unserm Sinne geregelt ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadts. Goldschmidt (M. L.): Die Unruhe der Versammlung war wohl zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Antragsteller ziemlich weit ausgeholt hat, daß er außerdem eine Menge Gesichtspunkte erörtert hat, die mit dem kollektiven Arbeitsvertrage an sich nichts zu tun haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Im Prinzip sind wir für den Antrag, haben aber Bedenken wegen der Durchführung. Die städtischen Betriebe sind öffentliche, keine Privatbetriebe. Für den Arbeitsvertrag sind die Liberalen schon eingetreten, als die Sozialdemokratie noch den nackten Klassenkampf predigte. Als 1896 die Buchdrucker ihren Tarifvertrag abschloßen, schloß das Leipziger Gewerkschaftstatut die Buchdrucker aus. Ein Umschwung ist ja eingetreten, aber noch 1908 wurde in Stuttgart eine Stellung a la Leipzig eingenommen (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten), ... die „neuerdings befolgte Taktik“ verworfen. Sind demgegenüber Anträge wie der heutige ernst gemeint? In dem Tarifvertragsentwurf, den die städtischen Arbeiterorganisationen und zugeschiedt haben, wird der Abschluß ausdrücklich zwischen Stadt und Arbeiterorganisationen verlangt; das würde den letzteren ein Monopol geben, das wir nicht billigen können. Der Magistrat vertritt nicht private, sondern öffentliche Mittel. Häufig sind Arbeiter aus Betrieben verdrängt worden, weil sie sich nicht entschließen konnten, den sozialdemokratischen Organisationen beizutreten. Ähnliche Erscheinungen sind bei der Arbeitsvermittlung zu beobachten; eine Reihe partiiatischer Arbeitsnachweise ist daran gescheitert. An die Vorgänge bei Freese, an den Konflikt, der aus ähnlichen Gründen entsprang, brauche ich nur zu erinnern; der Holzarbeiterverband hat da eine durchaus nicht lobenswerte Rolle gespielt. Die Sozialdemokratie soll auch das Koalitionsrecht der Arbeiter anderer Richtungen respektieren. Das ist aber nicht immer der Fall. (Redner führt einige Beispiele aus Bremen, Nürnberg und Halle an, die den „Terrorismus“ der sozialdemokratischen Arbeiterschaft beweisen sollen. Bei der Darlegung der Einzelheiten wird Redner von den Sozialdemokraten mit Zurufen wie „Material zur Justizhausvorlage!“ u. dgl. unterbrochen, wogegen er sich mit dem Hinweis auf seine 30jährige öffentliche Tätigkeit verwehrt.) Gegen die Unbilligkeit der Sozialdemokratie spreche ich heute nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Male. Wenn es im Ausschusse gelingt, absolute Gewissensfreiheit der Arbeiter zu gewährleisten, dann werden wir den Antrag annehmen, nicht aber, wenn er ein Monopol (Weiterlekt) für die Sozialdemokratie schaffen soll. (Beifall.)

Stadts. Dr. Krons (Fr. Fr.): Für die Bedeutung der Forderung scheint es mir von geringerem Belang, wie sich die Sozialdemokratie früher dazu gestellt hat. Nebenfalls hat sich die Forderung des Tarifvertrages in weitem Maße durchgesetzt. Für Prüfung des Antrages in einem Ausschusse sind wir bereit. Ablehnen müssen wir den Abschluß mit den Organisationen, den Abschluß eines einzigen Vertrages mit sämtlichen Arbeitern, und den Kollektivvertrag auch für Angestellte.

Stadts. Dr. Krons (M. L.): Berlin hat den Arbeitern nicht weniger, sondern mehr geboten als andere Kommunen und als die Privatindustrie. Ich verweise auf das Ruhegehalt und den Urlaub. Bisher haben wir auf den städtischen Werken mit unsern Arbeitern direkt verhandelt; ein Teil von ihnen gehört ja überhaupt keiner Organisation an. Die Tarifverträge, die sich in der Privatindustrie durchaus bewährt haben, passen nicht für die Stadt Berlin. Ueber den Verwaltungsdeputationen stehen noch der Magistrat und die Versammlung. Einheitslicher Wochenlohn ist z. B. auf den Gastwerken unmöglich. Die Affordarbeit und die bessere Entlohnung tüchtigerer Arbeit wollen die organisierten Arbeiter geradezu beilegen. Einige Anregungen in ihrem Entwurf sind indessen beachtenswert, und deshalb sind wir ebenfalls, obwohl Gegner des Brangsvertrages, für Ausschlußberatung.

Stadts. Glöde: Die von den Vorrednern als überflüssig bezeichneten Teile meiner Begründung waren keineswegs überflüssig, denn auch die von mir erörterten Fragen gehören in einen Kollektivvertrag. Darüber werden wir uns wohl noch näher verständigen können. Herr Goldschmidt ist aber seinerseits mit Dingen gekommen, die gar nicht hierher gehören. Er kann mir am allerwenigsten unterstellen, daß ich mit unserem heutigen Antrage Agitation treibe. Wir wollen bestimmte Festsetzung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Tarifvertrag erreichen; wir wollen auf diesem Wege und ohne große Streiks erreichen, daß die Verhältnisse der Arbeiter gebessert werden. Gewiß stehen wir auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter zum Streik greifen müssen, wenn ihnen zum Beispiel die städtischen Behörden nicht geben was für ihren Unterhalt notwendig ist (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Unruhe bei der Mehrheit); das schließt aber doch die Bemühungen für den Tarifvertrag nicht aus, denn die Tarifverträge sind auch ein notwendiges Produkt der ganzen Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Bei der Heranziehung des Freese'schen Beispiels hat Herr Goldschmidt die Verhältnisse ganz falsch dargestellt. Bei Herrn Freese steht die Hauptmasse der Arbeiter auf dem Hirsch-Wunderschen Standpunkt. Wenn Herr Wilmann Verträge nur mit den einzelnen Arbeitern abschließen will, so paßt das doch gar nicht zum Wesen des kollektiven Arbeitsvertrages. (Oh! bei der Mehrheit.) Wenn Sie den Vertrag ablehnen, schädigen Sie nur die städtischen Arbeiter. (Widerspruch.) Solche Verträge können nur von Korporation zu Korporation abgeschlossen werden. (Lachen bei der Mehrheit.) Sie würden darüber nicht lachen, wenn Sie etwas mehr von der Sache wüßten. Nur die Organisation kann die Einhaltung der Verträge garantieren. (Erneuter Widerspruch und andauernde Zurufe von der Mehrheit.) Ich hoffe doch noch, daß die Herren schließlich noch zur Einsicht kommen werden, zumal die städtische Arbeiterorganisation annähernd 70 Proz. aller städtischen Arbeiter umfaßt. Die Verträge werden von Korporation zu Korporation abgeschlossen, gelten aber für alle Arbeiter. Ich bitte Sie, ganz objektiv an die Sache heranzutreten. Herr Goldschmidt als Freund der Tarifverträge sollte nicht in der Weise, wie ich gesehen, unsere Bestrebungen untergraben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadts. Dove (M. L.): Die Unaufmerksamkeit der Versammlung war eine Folge davon, daß der Antragsteller den Rahmen seiner Darlegungen viel zu weit gezogen hat. Ich bin auch für Ausschlußberatung, bezweifle aber sehr, ob da etwas Positives herauskommt. Wir müssen uns stets bewußt bleiben, daß wir als Stadt eine öffentlich-rechtliche Institution sind. Nicht mit Leidenschaft, sondern mit größter Ruhe und Mäßigkeit muß das Problem behandelt werden.

Stadts. Goldschmidt: Ich muß es energisch zurückweisen, daß man den Mut gefunden hat, meine Ausführungen als reichsverbändlerisch, als Material für eine Justizhausvorlage zu charakterisieren. Das kommt mir so dumm und so lächerlich vor. ... (Vorsteher: Sie meinen doch keinen Anwesenden!) Das muß ich den Herren überlassen, ob sie es auf sich beziehen wollen. — Im weiteren bleibt Redner dabei, daß er im Falle Freese recht habe; ein Brief Freese's beweise, daß die Entlassung eines Arbeiters erfolge, weil derselbe einen anderen zum Beitritt zum sozialdemokratischen Holzarbeiterverband habe zwingen wollen. Man könne nicht einerseits solchen Terrorismus üben und andererseits sich hier als den Friedlichen und Vertraglichen aufspielen. Wenn aus den Saulen Paulusse geworden seien und er das konstatiere, dürfe man ihm nicht mit Beschimpfungen antworten. So schnell und wirt sei noch kein sozialdemokratischer Antrag vertreten worden.

Damit schließt die Debatte. Stadts. Sassenbach (Schlußwort namens der Antragsteller): Kollege Goldschmidt hat diese sehr ernste Debatte zu einer ganz kleinen Organisationsangelegenheit herabgezogen.

die der Sache nicht, sondern ihren Gegnern gebient hat. Als die Juden in Ägypten die Pyramiden bauten, hatten sie auch noch keine Tarifverträge (Heizzeit); diese sind erst geboren worden, als die Entwicklung dazu reif war. Wie wir sind auch die Unternehmer ursprünglich gegen Tarifverträge gewesen. Terrorismusthäter, wenn sie wirklich solche sind, werden von den verantwortlichen Stellen abfolgt nicht gebilligt, sondern durchaus mißbilligt. Auch in den Fällen, die Herr Goldschmidt angeführt hat, mochte sich manches anders darstellen, wenn man sie näher unter die Lupe nimmt. Lassen Sie sich die Sache durch die Kanzlei, die Herr Goldschmidt angefangen hat, nicht berechnen! (Beifall.)

Der Antrag Krons wird fast einstimmig an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen. Nachdem noch u. a. die Genehmigung zur Ueberbrückung der Rauerstraße durch einen Schwibbogen zwischen den Geschäftsgebäuden der Deutschen Bank (Rekognitionsgebühr 5000 R.) ertheilt ist, schließt die öffentliche Sitzung nach 9 Uhr.

Aus der Partei.

Eine Landeskonferenz der tschechischen Sozialdemokratie Böhmens, der neuen Partei, die die Zentralisation der Gewerkschaften und den internationalen Zusammenschluß der österreichischen Arbeiter will, hat soeben in Prag stattgefunden. Für die tschechische Sozialdemokratie war ihr Sekretär Genosse Germal erschienen. Die Partei zählt in Böhmen bereits 59 Lokalorganisationen und wird ihr Landesorgan „Rudý Prapor“ (Rotes Banner) vom 1. November 1912 an als Tagesblatt erscheinen lassen. Auf der Konferenz, die auch die Landesparteivertretung wählte, wurde hervorgehoben, daß das tschechische Proletariat mit geschwächter Kraft in den Kampf gegen

das die Arbeiter völlig entrechtende Landtagswahlrecht gehe, weil die tschechische Sozialdemokratie („Separatisten“) durch ihre Vereinerung der einheitlichen Gewerkschaften auch die politische Aktion der Arbeiterklasse schwer geschädigt haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte am 19. April mitgeteilt, daß ein Soldat in Döbeln sich durch Öffnung der Pulskammern das Leben zu nehmen versucht habe. Schon vorher habe eine Untersuchung über die schlechte Behandlung der Soldaten stattgefunden mit dem Erfolge, daß ein Unteroffizier mit Arrest bestraft worden sei. Nun ist es richtig, daß der Soldat einen Selbstmordversuch verübt hatte, aber er gab als Grund dafür an, daß er dies „nur“ wegen mehrfachen Tadelns getan habe. Eine Untersuchung hat auch stattgefunden, aber es ist kein Unteroffizier bestraft worden. Deshalb sollten die Unteroffiziere der Kompanie „beleidigt“ worden sein. Genosse Liebmann, der Verantwortliche der „Leipziger Volkszeitung“ wurde deshalb zu 50 R. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Anständige Lohnsteigerungen.

Ein Beruf kann sich rühmen, in den letzten Jahren anständige Lohnsteigerungen erhalten zu haben, ohne daß von den Berufsgenossen eine Steigerung der sehr minimalen Leistungen verlangt wird. Solcher glücklichen Position erfreuen sich die Herren Aufsichtsräte. Deren Bezüge — soweit sie versteuert wurden — betrugen nämlich:

1908/09	41 010 000 Mark
1909/10	59 800 000
1910/11	85 800 000
1911/12	71 500 000

In den letzten vier Jahren erzielten die Inhaber der Aufsichtsratsposten demnach eine Steigerung der Vergütung um 80,4 Millionen Mark gleich 75 Prozent.

Und die Einkommenssteigerung hält weiter an. Die Aufsichtsratsdividende stieg nämlich weiter von 960 000 R. im August 1910 auf 980 000 R. im gleichen Monat 1911 und dann auf 1 170 000 R. im August dieses Jahres. Veranschlagt man die ersten acht Monate des Kalenderjahres, dann ergeben sich für 1912 bereits 58 910 000 Mark gegen „nur“ 51 830 000 R. im Vorjahre. Kein Zweifel: die Aufsichtsräte können in Zufriedenheit die Früchte der Arbeit — anderer genießen. Die glaubwürdig berichtet wird, merkt man in den Kreisen dieser glücklichen Zeitgenossen nichts von Notstand! —

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 60, vorn vier Treppen — Freitag —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. — Nr. 1600. Verein für innere Kolonisation in Jenastraße 4, D., Kolonie bei Neppen. — R. M. 17 und Erbchaft. Rein. Jede Heilung, bei ein solcher Antrag angeht. — C. B., Neudamm 101. Tragen Sie Ihre Wünsche vor in der Kunststoffe-Neudamm, Richardstr. 113, Dienstag und Freitag von 2—4 Uhr. — C. C. 14. Wir wissen nicht, was Sie mit der Bezeichnung meinen. — Wunderblume. Als fleischige Pflanze einjährig, daher nicht zu überwintern. — R. R. 3680. Frechthöhe waren nur norübergehend aufgehoben. — G. Z. Thierne 7. 1. 3. 2. Rein.

Ihren lieb. Freund u. Genossen
Friedrich Wenske
zu seinem 74. Diegenfeste
zu herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen des 62. Bezirks
des 6. Berl. Reichst.-Wahlkr.

Unserem Bezirksführer
Paul Mathies nebst Braut
die herzlichsten Glückwünsche zur
Verheiratung.
Die Genossen d. Bezirks 824.

Unserem Genossen, dem
Bezirksführer **Max Köhn**
die herzlichsten Glückwünsche zur
Verheiratung.
Die Funktionäre der 10. Abt.
des 6. Berl. Reichst.-Wahlkr.

Unserem Genossen, Bezirksführer
Max Köhn
nebst seiner lieben Braut, der
Genossen
H. Weber
die herzlichsten Glückwünsche zur
Verheiratung.
622. Bezirk. 6. Berliner Reichstagswahlkreise.

Unseren lieben Eltern und Großeltern
Oskar und Betty Nagel
die herzlichsten Glückwünsche zur
Silbernen Hochzeit.
Familie **Georg Dorsch**
Danziger Straße 34.

Todes-Anzeigen

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeits-
führer

Otto Kaiser
am 28. September im Alter von
38 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 4. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes in Mi-
Strauß aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Ortskrankenkasse der Gastwirte
u. verwandten Gewerbe zu Berlin.
Nachruf.
Am 1. Oktober d. J. verstarb
nach längerem Leiden unser lang-
jähriges Vorstandsmitglied, Herr

Georg Braun.
Der Verstorbene war uns ein
eifriger Mitarbeiter, dessen un-
ermüdete Tätigkeit für die
Interessen der Kasse und seiner
Mitglieder wir jederzeit zu schätzen
wußten.
Er werden demselben ein
dauerndes Andenken bewahren.
Berlin, den 3. Oktober 1912.
Der Vorstand.
H. Poppo, O. Schilling,
Vorsitzender, Schriftführer i. S.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreise
Am 1. Oktober verstarb unser
Genosse, der Arbeiter

Rudolf Malchow
(Bundestr. 18, Bez. 545a).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Halle des Gethsemane-
Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Am 1. Oktober verstarb unser
Mitglied, der Bauarbeiter

Rudolf Malchow
(Bezirk Norden I).
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 4. d. Okt., nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Halle des Gethse-
mane-Kirchhofes in Norderdamm-
Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
16. Bezirk.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Schlichter

August Wensch
Leinestr. 11, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Neudamm-
Gemeinde-Friedhofes (Marien-
dorfer Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler

Peter Kappel
(Admiralstraße 4) im Alter von
71 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 6. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Simeons-Kirchhofes in Orly,
Tempelhofer Weg, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Tischler

Albert Dau
(Neudamm, Berliner Straße 59)
im Alter von 38 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 5. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Neudamm-Gemeinde-Fried-
hofes am Norderdamm-Weg, aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schmied

Richard Rodday
Bundestr. 8
am 1. Oktober an Gehirn-
entzündung gestorben ist.
Die Beerdigung findet morgen
Sonnabend, den 5. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Johannis-Kirchhofes
in Pflanzensee aus statt.
Ferner fard unser Mitglied,
der Schlosser

Albert Taube
Wieder-Schönhaufen, Replerstr. 11,
am 1. Oktober an Lungenerkrankung
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 4. Oktober, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Schönholzer Kirchhofes
aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
126/12 Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Tischler

Joseph Erbrich
wohnt in Logauer Str. 3, im
Alter von 50 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, den 4. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Freiheitsplatzes, Fried-
hofes, Pappelallee 19—20, aus
statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die anerkennende Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben Vannes
und unseres Vaters lagen wir allen
Freunden und Bekannten sowie den
Genossen vom 4. Wahlkreis unseren
besten Dank.
Wwe. Ploen und Kinder.

Hausfrauen!
Gratis erhält jeder Käufer
von 2 R. an eine Wurst zur
Eröffnung der Schlächtere am Sonn-
abend, den 5. Oktober. 6425
Georg Naumann,
Boxhagen, Gärtnerstraße 19.

Zentral-Verband der Töpfer
u. Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß am Mittwoch, den 2. Oktober
1912, der Kollege

Hermann Lubrich
(Bez. Ostern) im Alter von 68 Jahren
an Herzschwäche verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 6. Oktober 1912,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Winkelstraße 20 aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
193/5 Der Vorstand.

Invaliden-Unterstützungskasse
d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 1. Ok-
tober verstorbenen Mitgliedes

Otto Bastian
findet statt am Sonnabend, den
5. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des alten
Thomas-Kirchhofes, Neudamm,
Dernmannstraße 179-185, aus.
6425 Das Komitee.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unser
lieber Vater und Großvater

Peter Kappel
am 2. Oktober 1912 nach langen,
schmerzlichen Leiden verstorben ist.
Die trauernden Kinder.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 6. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Simeons-Friedhofes aus statt.

Reparaturen. Spez.: Un-
erlässlich saubere Reparatur
für Schüler, Louverbesser-
ung, auf Wunsch auch solche,
die dem alt-italienischen Tone
ähnlich sind. Besondere
hohe Qualität und eventuelle
Ratenszahlung für Vorkauf-
abnehmen. Ungebrochen
schöne Anfertigungen.
Emil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgeigenbau
in Berlin N. 24, Al. Hamburgerstr. 17.

Gänse-Zentrale

Pankow, Berliner Straße 112
Ober-Schöneweide, Wilhelminenhof-Str. 50
Berlin C., Klosterstraße 91
Berlin S., Simeonstr. 1.

Billige Preise in Gänsefleisch
Gänse-Stückenfleisch, Pfund 70 Pf., zwei Pfund 1,35
Gänseklein, ohne Magen, 55 Pf. Gänsekeulen, Stück 70 Pf.

Größte Moabiter Gänse-Ausschlachtere
D. Hellmann, Turnstr. 57.
Farnsprecher Moabit 2730.

Täglich treffen zirka 200—300 prima Oder- und Warthebrücker
Fettgänse zu den billigsten Marktpreisen ein. 43282
Spezialität: Stockenfleisch = Gänseklein = Linsen = Lebern.
Hautfett - Keulen.
Billigste Bezugsquelle für Restaurateure.

Idealprikett der Zukunft

Michel

Großes 7" Format, frei Gelass
jeder Etage, M. 8,25 pro 1000,
ersten Seifensberger Marken
voll gleichwertig.

Michel - Vertrieb
Neukölln, Bergstraße 110.
Telephon 1610.

Reparaturen. Spez.: Un-
erlässlich saubere Reparatur
für Schüler, Louverbesser-
ung, auf Wunsch auch solche,
die dem alt-italienischen Tone
ähnlich sind. Besondere
hohe Qualität und eventuelle
Ratenszahlung für Vorkauf-
abnehmen. Ungebrochen
schöne Anfertigungen.
Emil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgeigenbau
in Berlin N. 24, Al. Hamburgerstr. 17.

für elegante Maßanzüge, Ullster,
Paletots, Mtr. 4.—, 5.—, 6.— M. etc.
Damentucho, Kostümstoffe, Flausch,
Mtr. 3.—, 4.—, 5.— M. etc. Loden
f. Wetterpelzieren, Mtr. 1.50, 2.50 M.
Persianer, Imit., Mtr. 6.50, 8.50,
11.50 M. Plüsch, Seiden - Seal,
für elegante Damenspaletots Mtr. 9.50,
15.— M.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Patrikerche.
Erfahrung in nur richtig, schöner Ware:
Nur ein Preis!
Fette, junge
Gänse pro
3 Pf.
7—12 Pfund schwer.
Nur allererste Qualität!
Gänserümpfe, 1/2 Gänse,
fette Suppenhühner, junge Prachthühner.
Berlin 50.
Wegner, Mariannenstr. 34.

Hochkulante Teilzahlungen!
Kein Kredit aus! Beste Fabrikate!

BERLIN N.
Brunnen-
strasse
120

otto Piehl
Möbel-Magazin

Kompl. Küchen
von 48 bis 180 Mark

Komplette Einrichtungen
von 250 Mark an

Mod. Wohnzimmer 235—625 M.
Mod. Schlafzimmer 295—800 M

Garnituren . . . von 110—350 M.
Sofas von 52—490 M

Kleiderschränke . . . 38—72 M
Auszechtische . . . 15,50—65 M

Trumeaus 32—110 M.

Verlikos
34—72 M
Stühle
2—20 M.
Trumeaus
32—110 M.

Grosse Auswahl

Franko
Lieferung!

zirka 600 im Ausstellungsraum
Beachtung höflichst erbeten

Ein Geheimnis nur für Herren

die sich noch nicht überzeugt haben,
das man hier vom
Schneidermeister nur reelle
fertige Garderobe erhält.
Anzug oder Paletot nach Maß von 33 M. an.
Ein Versuch führt zu
dauernder Kundenschaft.

Um das geehrte Publikum vor Irrtümern zu schützen,
wird genau auf Hausnummer 31 zu sehen.

A. Ringel, Schneidermeister, 31 Chausseestr. 31.

Ringel-Anzug
Ringel-Paletot
Ringel-Ullster 22

Ringel-Anzug
Ringel-Paletot
Ringel-Ullster 28

Ringel-Anzug
Ringel-Paletot
Ringel-Ullster 33

Ringel-Anzug
Ringel-Paletot
Ringel-Ullster 39 etc.



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
132-37
Soweit vorhanden:

König-Str. am Bahnhof
Alexander-Platz

Rosenthaler Strasse

Oranien-Strasse
Inseriertes Obst, Gemüse u. Fische
können nicht zugesandt werden.

Lebensmittel

Fleischwaren

- Braunsch. Zervelatwurst im Fettdarm Pfund 1.80
- Zervelat- u. Salamiwurst Pfund 1.40
- Schinkenwurst Pfund 1.50
- Bauernmettwurst Pfund 1.15
- Teewurst Pfund 1.25
- Pasteten-Leberwurst Pfund 1.25
- Feine Leberwurst Pfund 1.15
- Landleberwurst Pfund 1.00
- Jagdwurst Pfund 1.05
- Rotwurst Pfund 55, 75 Pf.
- Rollschinken ca. 5-8 Pfund schwer Pfund 1.55
- Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfund schwer Pfund 1.35
- Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfund Pfund 1.30
- Landschinken 9-11 Pfund schwer im Ganzen Pfund 1.40
- Gänsebrust geräuch. halbe u. ganze Stücke Pfund 1.60

Butter u. Käse

- Koch- u. Backbutter Pfund 1.15
- Essbutter 1.25, 1.35 1/2 Pfund Paket 69 Pf.
- Speisequark Stück 10 Pf.
- Camembert-Käse Stück 23 Pf.
- Faust- u. Spitzkäse 3 Stück 25 Pf.
- Emmentaler Käse Pfund 1.15
- Schweizer Käse Pfund 92 Pf.
- Limburger Käse Pfund 58 Pf.
- Romatour-Käse Stück 33 Pf.
- Bierkäse 65, Kuhkäse 35 Pf.
- Bratenschmalz Pfund 70 Pf.
- Pflaumenmus Pfund 30 Pf.
- Marmelade (leicht gefärbt) Pfund 33 Pf.

Frisches Fleisch

- Pa.Ochsenschmorfleisch 95 Pf.
- Roastbeef Pfund 1.10, ohne Knochen 1.40
- Kamm, Querrippe, Gulasch Pfund 75 Pf.
- Frischer Schinken Pfund 85 Pf.
- Schweine-Filet Pfund 1.25
- Kamm und Schuft im Ganzen Pfund 90 Pf.
- Schweine-Koteletts Pfund 1.05
- Rückenfett u. Liesen Pfund 90 Pf.
- Kalbskamm und Bug Pfund 90 Pf.
- Kalbsbrust Pfund 90 Pf. Spitze 1.05
- Hammelkeule im Ganzen Pfund 80 Pf.
- Dicke Rippe Pfund 75, Dünnung 70 Pf.
- Pökeltzunge Pfund 1.20
- Kasseler Rippespeer 85 Pf. bis 1.00
- Hirsch und Wildschwein
Keule Rücken Blatt Ragout
im Ganzen Pfund 90 80 70 35
- Gestreifte Hasen Stück 4.00, 4.50

Hühner-Bouillon-Würfel	Dose 10	20	50	500 Stück
	42 Pf.	80 Pf.	1.90	18.00
Olympia-Bouillon-Würfel	Dose 10	20	50	100
	28 Pf.	55 Pf.	1.35	2.60 12.40

Fische

- Schellfische Pfund 10, 20 Pf.
- Kabeljau ohne Kopf in ganzen Fischen Pfund 18 Pf.
- Seelachs ohne Kopf in ganzen Fischen Pfund 20 Pf.
- Grosse Schollen Pfund 30 Pf.
- Frische Ostseeheringe Maß 30 Pf.
- Stockfische Pfund 65 Pf.
- Seemussheln 100 Stück 30 Pf.
- Lachs in ganzen Fischen Pfund 48, Zander Pfund 45 Pf.
- Rotzungen Pfund 30 Pf.
- Lebende Aale Pfund 65, 75, 95 Pf.
- Lebende Karpfen Pfund 75, 85 Pf.
- Leb. Schleie kleine Pfund 1.10, große Pfund 1.20

Geflügel

- Fasanen 1.25 bis 3.50, Rebhühner 98 Pf.
- Suppenhühner 1.15 bis 2.75
- Junge Gänse Pfund 60, 70, 80 Pf.
- Gänserrümpfe Pfund 1.05, 1.15
- Enten Stück 1.50 bis 3.50
- Junge Hühner Stück 75 Pf. bis 2.00

Kakao

- Deutscher Kakao Pfund 60 Pf. 1.00
- Holländ. Kakao Pfund 1.50, 2.00

Schokolade

- Haushalt-Schokolade Pfund 70 Pf.
- Block-Schokolade Pfund 80 Pf.
- Vanille-Schokolade 1.20, 1.30

Tee

- Souchong-Melange Paket ca. 1.30
- Souchong-Melange Paket ca. 65 Pf.
- Souchong-Melange
I II III IV V
1.90 2.30 2.80 3.40 4.20
- Kongo-Melange Pfund 2.60, 4.20
- Ceylon-Melange Pfund 3.40
- Pecco-Melange Pfund 4.80
- Darjeeling-Melange Pfund 6.40

Tischwein

- 1910 Westhofener (weiss) 1/2 Fl. 65 Pf.
- 1911 Obermoseler (weiss) 1/2 Fl. 72 Pf.
- 1909 Saint Mathieu (rot) 1/2 Fl. 65 Pf.
- 1909 Saint Juan (rot) 1/2 Fl. 70 Pf.
- 1909 Almando (rot) . . . 1/2 Fl. 80 Pf.

Bordeauxwein

- 1907 Castillonais . . . 1/2 Fl. 87 Pf.
- 1907 Chät. Lague, Fromac 1/2 Fl. 95 Pf.
- 1908 Haut Médoc . . . 1/2 Fl. 1.05

Möbel-Angebot.

Solltes Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Zahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 79, Postamt 28.

Kein Abzahlungsgechäft.

Kräftigungsmittel

Ausführliche und reichhaltige erklärende Preisliste — über bewährte, vorzügliche Nährmittel, Kräftigungsmittel und Getränke für Kranke (Zuckerkranken, Magen- und Darmkranken, Nervöse, Blutarme usw.) und Gesunde, Kinder und Erwachsene — bitte zu verlangen.
Berlin S. 42 D. Mader Prinzenstr. 86.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Möbel jeder Art

Wohnungseinrichtungen Kronen f. Gas u. Elektr. in jeder Preislage von den billigsten bis zu den allerfeinsten neu und gebraucht.

Spezial-Speicher Neue Friedrichstr. 5-8, alte Kaserno, Hof.

H. Weltmann Nachf.

Stefan Esders
Berlin C.,
Kaiser-Wilhelmsstr. 41-42
Spandauer Strasse 70-71



Ulster

Modernste Ausführung

- Mark 26.— 30.— 37.—
- 45.— 52.— 60.— 70.—
- 80.— 90.— 100.—

Meine Konfektion — nur eigenes Fabrikat, ist erstklassig in bezug auf Verarbeitung, Passform und Stoffqualität bei erstaunlich billigen Preisen

Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet

Gerichts-Zeitung.

Ihr laßt den Armen schuldig werden, Dann überlaßt Ihr ihn der Pein.

Vor wenigen Jahren kam aus Schlesien die erschütternde Kunde, daß das Gericht eine Mutter zum Tode verurteilt hatte, weil sie ihr Kind ermordet hatte, das zu ernähren ihr unmöglich gemacht war, weil sie des Kindes wegen von Gemeinde zu Gemeinde abgehoben und um die Arbeit gebracht war.

An diesen Fall erinnert ein am Montag vor der Strafkammer in Stolp in Pommern verhandelter Fall, über den die „Kösliner Zeitung“ folgendermaßen berichtet:

Ein trauriges Bild ergab die Verhandlung gegen die untereheliche 17jährige Marianna W. aus Sommin, Kreis Bütow, und deren Mutter, die Arbeiterfrau Pauline W. Beide wurden beschuldigt, den Tod des von der ersten am 22. Dezember vorigen Jahres geborenen Kindes durch Verhungern herbeigeführt zu haben. Die Vernehmung der W. ergab folgendes: Sie war im Kreise Berent im Dienst und hatte dort ein Verhältnis mit einem verheirateten Arbeiter, das nicht ohne Folgen blieb. Das Kind wurde im Hause seiner Mutter, die in Sommin im Armenhause wohnte, geboren. Die Zustände im Armenhause, „in der Ewigkeit“ genannt, sind die denkbar schlechtesten. In der Stube der Angeklagten wohnten 9 Personen, darunter zwei Schwerkranken, in der Hinterstube 7 Personen, die durch deren Zimmer durchgehen mußten. Das Kind wollte die Brust nicht nehmen und mußte, da die Leute zu arm waren, um Milch zu kaufen, in den ersten zwei Wochen von Zuckersüßholz leben. Als dann Milch beschafft wurde, konnte es diese nicht vertragen. Es wurde nun weiter mit Tee und Zuckersüßholz ernährt, bis das arme Wesen am 24. Februar endlich von seinen Qualen durch den Tod erlöst wurde. Die junge Mutter tat alles mögliche, um Mittel zur Pflege des Kindes zu beschaffen. Sie wandte sich vergeblich an den Vater des Kindes, sie wandte sich an die Gerichte, es wurde endlich ein Vormund bestellt, der sich jedoch auch nicht um das Kind kümmerte. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde die Leiche des Kindes durch die Kreisärzte Dr. Gültmeyer-Bütow und Dr. Rodden-Rauenburg obduziert. Beide Sachverständige sagen übereinstimmend aus, daß sie eine solche Leiche noch nicht gesehen hätten. Sie war ein Skelett mit Haut überzogen, jeder Muskel fehlte, der Magen war zusammengeschrumpft, der Darm glich gefaltetem Papier, es war in ihm keine Spur von Nahrung enthalten. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft wandte sich in bitteren Worten an alle, die wohl von dem Elend der Familie gewußt, aber ihre Pflicht versäumt hätten, so der Amtsrichter, Gemeindevorsteher und Vormund. Er bat, der Mutter des Kindes infolge ihrer Jugend und in Anbetracht der bitteren Armut der Familie mildernde Umstände nicht zu verjagen. Er beantragte für die W. 5 Monate Gefängnis, wovon ein Monat Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wird, für die Pauline W. 9 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte die Hauptangeklagte W. zu 5 Monaten, wovon ein Monat Untersuchungshaft angerechnet wird, und deren Mutter zu 3 Monaten Gefängnis.

Wie sind solche Zustände, wie solches Urteil möglich? Wie konnten die Armen verurteilt werden, die alles ihnen Mögliche getan hatten, um dem Kinde Nahrung zu schaffen, aber von allen Behörden im Stich gelassen wurden? Was sollten sie denn mehr tun, als sie getan haben? Etwas stehlen gehen? Das wäre menschlich erklärlich gewesen: Gesetz ist mächtig, mächtiger ist die Not. Aber strafbar kann die Unterlassung des Stiehltens doch nicht sein.

Weshalb sind statt der Mutter und Großmutter nicht die Vertreter der Behörden, deren Schuld der Staatsanwalt anerkannte, auf die Anklagebank gebracht? Weshalb wurden ferner die Personen bis hinauf zur höchsten Aufsichtsstanz nicht zur Anklage gebracht, die solche himmelschreiende Zustände im Armenhause duldeten? Sie sind daran schuldig, daß die Mutter und Großmutter das Kind nicht ernähren konnten. Aber: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein.

Erregtheit gegen eine Lehrerin. Eine außerordentlich harte Strafe verhängte das Schöffengericht Berlin-Schöneberg gegenüber dem Portier Daust, der sich in einer freilich nicht schönen Weise gegen eine städtische Lehrerin benommen hatte. Es war die Anklage wegen Hausfriedensbruch, Verleumdung, Körperverletzung und Bedrohung gegen ihn erhoben worden. Die kleine Tochter des Angeklagten besuchte die Gemeindefschule in der Winterfeldstraße und gab der Lehrerin Fel. Graebich durch unaußere Haltung ihrer Schulhefte und ihr sonstiges Verhalten Anlaß zu wiederholten Klagen. Eines Tages verfuhr die Lehrerin, daß das Mädchen nachmittags habe und in der Nachmittagsstunde schlug die Lehrerin das Mädchen mit einem Lineal auf die Finger. Der Angeklagte, ein in seiner Gesundheit geschwächter und leicht erregbarer Mann, war zu derselben Zeit in die Klasse getreten und hatte dies gesehen; er geriet darüber in gewaltige Aufregung und verursachte eine lärmende Szene. Er besetzte der Lehrerin einen Schlag auf die Wade, schlug dann nochmals mit einer Schulkmappe gegen die Lehrerin und besetzte sie mit argen Schimpfwörtern. Schließlich drohte er ihr, sie zu schlagen zu wollen, wenn sie ihm auf der Straße begegnen sollte.

Der Angeklagte gab unter anderem zu seiner Entschuldigung an, daß er besonders darüber empört gewesen sei, daß, wie er gesehen haben will, die Lehrerin das Kind mit dem Lineal gegen den Kopf geschlagen habe. Diese Behauptung wurde durch die Beweisaufnahme nicht bestätigt.

Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate und eine Woche Gefängnis, wobei er berücksichtigte, daß der Angeklagte infolge seiner Krankheit leicht erregbar sei. Das Gericht ging weit über diesen Antrag hinaus; es berücksichtigte ferner, daß der schon mehrfach vorkonfizierte Angeklagte eine ganz unerhörte Szene aufgeführt, sich außerordentlich roh gegen eine Frau benommen, die ihm hilflos gegenüber stand, und die Autorität der Lehrerin vor den Schülern schwer geschädigt habe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis.

Die Art und Höhe der Strafe gehen bei weitem über den Zweck einer Strafe und tragen in durchwegs einseitiger Weise den Um-

ständen keine Rechnung, die für den Angeklagten mildernd ins Gewicht fallen.

Das Vereinsgesetz gegen die Freie Volksbühne.

Nachdem der Polizeipräsident von Berlin der Freien Volksbühne die Aufführung des Rosenow'schen Dramas „Die im Schatten leben“ verboten hatte, berief die Leitung der Freien Volksbühne eine öffentliche Versammlung ein mit dem Thema: „Die im Schatten leben — der Politzeikampf gegen die Freie Volksbühne“. Die Versammlung fand am 18. Mai im Montfordialsaal statt. Am 11. Mai war sie durch Inzerat im „Vorwärts“ angezeigt. — Nach Ansicht der Polizei soll die Versammlung eine politische gewesen sein und die Form des Inzerats im „Vorwärts“ nicht den vereinsgesetzlichen Vorschriften beziehungsweise dem Ministerialerlaß über die Anweisung politischer Versammlungen entsprochen haben. Deshalb hatte die Polizei den Genossen Gustav Winkler als Ueberwacher und den Genossen Kurt Baale als Leiter der Versammlung mit Strafmandaten über 5 beziehungsweise 10 M. bedacht. Ueber die Rechtsmöglichkeit der Strafmandate sollte gestern das Schöffengericht entscheiden. — Hier vertrat der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heine mann den Standpunkt, die Versammlung sei keine politische gewesen, denn es habe sich nicht um eine Einwirkung auf die Gesetzgebung oder Verwaltung des Staates gehandelt, sondern es sei nur die Maßnahme kritisiert worden, welche der Polizeipräsident im vorliegenden Falle gegenüber der Freien Volksbühne getroffen hatte. Das Kritizieren einer Verwaltungsmäßnahme gegen eine bestimmte Person oder, was juristisch dasselbe sei, gegen einen bestimmten Verein, sei keine politische Angelegenheit. Nach der Rechtsauffassung des Kammergerichts sei eine Versammlung nur dann als politische anzusehen, wenn sie eine direkte Einwirkung auf die Gesetzgebung oder sonstige Funktionen des Staates bezweckten.

Das Gericht kam noch nicht zu einem Urteil. Es vertagte die Verhandlung, bis das Urteil des Oberverwaltungsgerichts über die Klage der Freien Volksbühne gegen das polizeiliche Verbot der Aufführung des Dramas „Die im Schatten leben“ vorliegt.

Kindereien als Folgen eines Mandats.

Der Vorwurf, daß „ein preussischer Leutnant sozialdemokratische Freunde habe“, bildete den Gegenstand eines Verleumdungsprozesses, welcher gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Kimbach die 2. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt war der Rentier Dr. Alexander Coulin aus Weiden (Baden), der wegen weiter Entfernung seines Aufenthaltsorts vom persönlichen Erscheinen entbunden war. — Der Anklage liegt ein Vorfall zugrunde, der sich anlässlich des im vergangenen Jahr in Baden stattgefundenen Mandats des 14. Armeekorps abgespielt hatte. Der in Charlottenburg ansässige Oberleutnant Klein, welcher zur Teilnahme an dem Mandat abkommandiert worden war, lag seinerzeit bei dem jetzigen Angeklagten, der in Weiden in Baden eine Villa besitzt, in Quartier. Wie behauptet wird, soll Dr. C. seinen Mandatsbesuch in der denkbar schlechtesten Weise behandelt und ihm u. a. völlig ungenießbare Speisen und Getränke vorgesetzt haben. Als der Offizier eines Tages wieder kalten und dünnen Kaffee vorgesetzt erhielt, verzichtete er freiwillig auf diesen Genuß und wechselte sein Quartier, welches in der Mandatsprache als „Geizhude“ bezeichnet wird. Als er in einer nahegelegenen Gastwirtschaft eine Tasse Kaffee zu sich nahm, wurde er von der gesprächigen Wirtin gefragt, weshalb er nicht in seinem Quartier Kaffee trinke. Der Offizier erzählte nun, ohne sich etwas Böses dabei zu denken, die Ursache hierzu und erwähnte von der Wirtin, daß Dr. C. in dem Ruße eines geizigen Mannes stehe. Diese Erzählung des Offiziers wurde von der Wirtin mit einigen Hebertreibungen mehreren anderen Gästen, welche der sozialdemokratischen Partei angehörten, mitgeteilt. Bald darauf erschien in einer sozialdemokratischen badischen Zeitung ein Artikel, in welchem das Verhalten des Dr. Coulin einer scharfen Kritik unterzogen wurde mit dem Hinweis, daß Dr. C. sonst zu den Gegnern der Sozialdemokratie gehöre. Dieser Artikel gab dem Angeklagten Veranlassung, sich mit einer gebarnigten Beschwerde an den preussischen Kriegsminister zu wenden, welche u. a. den Postus enthielt, „der Leutnant Klein habe seinen „sozialdemokratischen Freunden“ den Sauerbrot erzählt“. Der Kriegsminister übergab die Beschwerde der Staatsanwaltschaft, da in dem Vorwurf, ein preussischer Offizier habe sozialdemokratische Freunde, eine schwere Verleumdung liege. — Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und verurteilte den Angeklagten wegen Verleumdung zu 100 M. Geldstrafe.

Kindlich klingt die Beschwerde des „Geizhuden“ beiher. Die Kindlichkeit wird fast noch übertroffen durch die Auffassung, es sei eine Verleumdung, Sozialdemokraten zu Freunden zu haben.

Raul- und Klauenfische als Grund eines Versammlungsverbots.

Genosse Kalkschmidt aus Finsterwalde wollte in kürzlich Drechna auf einem Ackergrundstück am 10. September 1911 eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten. Der Amtsvorsteher versagte aber auf Grund des § 7 des Vereinsgesetzes die Genehmigung, weil wegen der herrschenden Raul- und Klauenfische aus der Abhaltung der Versammlung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei. Vergeblich beschwerte sich R. beim Landrat und beim Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. O. Der Regierungspräsident meinte, das Verbot läge im veterinärpolizeilichen Interesse. Das Zusammenkommen der Leute in einem Orte, wo die Raul- und Klauenfische herrsche, könne leicht dazu beitragen, die Seuche zu verbreiten. Das gehe auch aus den Maßnahmen der Oberpostdirektion hervor, durch die die Postboten veranlaßt worden seien, die im Sperrgebiet liegenden Schöste nicht zu betreten.

A. legte nun beim Oberverwaltungsgericht sein Anwalt, Dr. Heinemann, machte in der schriftlichen Klagebegründung geltend: Erstens könne die Seuche die von Tier auf Tier übertragen werde, nicht durch ein Zusammenkommen von Menschen verbreitet werden. Wie man aber auch darüber denke; auf jeden Fall würde eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht vorliegen. Nur eine solche aber könne nach § 7 des Vereinsgesetzes das Verbot einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel rechtfertigen.

In seiner Klageerwidlung führte der Regierungspräsident aus: Es sei allgemein anerkannt, daß eine Verschleppung der Raul- und Klauenfische auch durch Menschen möglich sei. Davon gingen auch eine Bundesratsverordnung und § 47 des neuen Viehseuchengesetzes aus. Aber auch eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sei anzunehmen. Die Verbreitung der Raul- und Klauenfische habe notwendig eine Steigerung der Fleischpreise zur Folge. Die Volksernährung werde erschwert. Dadurch werde die Gesundheit gefährdet. Damit trete dann auch eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ein. Das Verbot sei um so notwendiger gewesen, als die Seuche nur in dem einen Orte kürzlich Drechna in dem Kreise Ludau geherrscht habe und die andern Orte des Kreises damals seuchenfrei gewesen seien.

Das Oberverwaltungsgericht kam noch zu keiner Entscheidung. Sie wurde aufgesetzt, d. h. sie wird in einer nichtöffentlichen Sitzung gefällt und dann lediglich durch schriftliche Zustellung an die Parteien publiziert werden.

Aus aller Welt. Kaiserliche Republikaner.

Nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ wurde dieser Tage von der „Agence d'Extrême Orient“ folgendes aus Peking berichtet:

Infolge der Anwesenheit zweier hervorragender Revolutionäre in Peking Dr. Sunyatsen und Hwangching hat Prinz Pulun von der kaiserlichen Witwe Longhu und dem Kaiser Puyiden Befehl erhalten, zu Ehren dieser beiden einen großen Empfang zu veranstalten. Die beiden Genannten haben die Einladung hierzu angenommen. Der Prinz Pulun hat bei dieser Gelegenheit im Namen der Kaiserin und des Kaisers (beide haben auch nach der Abdankung ihre Titel beibehalten) eine Rede verlesen, die folgendermaßen lautet:

Die Herren Sunyatsen und Hwangching sind außerordentliche Genies. Sie haben einen Sieg errungen ebenso groß wie sie selber. Sie haben das alte Regime geändert und die Republik dank einer Arbeit vieler Jahre eingegründet. Sie haben auch ihre Großmut, ihre Tugend und ehrliche Gesinnung dabei gezeigt. Im 20. Jahrhundert drängt eine allgemeine Stimmung die Völker nach der Republik hin, und niemand kann dieser widerstehen. Deshalb hat die Kaiserin Witwe den Thron verlassen, und sie sowohl wie der Kaiser selbst sind Anhänger der Republik geworden, und alle beide wünschen, daß man eine Politik der Gerechtigkeit und der Vereinigung der fünf Rassen befolge, um das Land einer guten Zukunft entgegenzuführen. Die ganze kaiserliche Familie ist glücklich, daß nun die Zukunft des Landes und die Vereinigung der fünf Rassen durch die Republik gesichert erscheint. Nur deswegen haben der Kaiser und die Kaiserin auf den Thron verzichtet.

Der General Hwangching, ein äußerst energischer Revolutionär, der u. a. die Erhebung Kantons Anfang 1911 organisiert und während der Revolution Hwangang gegen die kaiserlichen Truppen verteidigt hat, antwortete:

Wenn die Revolution so großartig gewesen ist und ihre Aufgabe so leicht zu lösen und ihr Triumph so schnell war, so ist dies vor allem der Lage zu danken, die für die republikanische Bewegung günstig war, aber auch dem Edelmut des Throns, der kein Blutvergießen leiden wollte, ferner dem Einfluß Juan-shais und der Staatsmänner des Nordens, die die Meinung des Thrones teilten. Ja kann daher sagen, daß alle Mitglieder der kaiserlichen Familie ihren Anteil hatten an dem Triumph der Republik und daß auch ihnen hierfür die Ehre gebührt.

Am Abend fand ein großes Fest statt, auf dem Toaste zwischen den Revolutionären und den ehemaligen Imperialisten ausgetauscht wurden; auch mehrere Mitglieder der kaiserlichen Familie nahmen bei den Ansprachen das Wort. Das Fest nahm erst um Mitternacht sein Ende.

Unseren deutschen Monarchisten werden ob einer solchen dynastisch-republikanischen Gedächtnisfeier mit ihrer Verherrlichung der Revolution die Haare auf den loyalen Köpfen zu Berge stehen. In China sind aber selbst die Angehörigen des Kaiserhauses davon überzeugt, daß sie zur Wohlfahrt eines Landes höchst überflüssig sind, und daß eine Revolution ein höchst feindsüchtiger Vorgang, die Republik aber eine treffliche Staatsform sei.

Die leidige Politik.

Nach schweren Regierungsgeschäften, Paraden, Befestigungen, Reisen und dergleichen hat Wilhelm II. sich zur Herbstjagd nach Kominten begeben, um von den Strapazen auszuruhen und dem edlen Jagdsport obzuliegen. Aber selbst bis an diese nordöstliche Grenze des Reiches verfolgt den Kaiser die leidige Politik und raubt ihm manche Stunde, die er dem Jagdvergnügen in der wildreichen Komintener Heide widmen wollte. Wie die „Köln. Westf. Ztg.“ zu melden weiß, ist der Draht und das Telefon zwischen Wilhelmstraße und Kominten infolge der Vorgänge auf dem Wallan in geradezu fieberhafter Tätigkeit gewesen. Daneben sind ganze Berge von Schriftstücken in dem Jagdschloß eingetroffen, so daß der Kaiser unausgesetzt arbeiten muß. Am Sonntag hatte er gar so viel zu tun, daß er die Präzipsirische ausfallen lassen mußte.

Wäre es bei dieser Sachlage nicht bequemer, wenn der Kaiser Berlin aufsuchen würde? Die leidige Politik läßt doch keine richtige Jagdlust aufkommen und die recht erheblichen Kosten der drahtlichen Verständigung würden dann in Fortfall kommen!

Aus den zarischen Totenhäusern.

Dieser Tage nahm vor dem Bezirksgericht zu Waku ein Prozeß gegen den früheren Direktor des Zentralgefängnisses, Walew, seinen Gehilfen und zwei Aufseher seinen Abschluß. Vor Gericht wurde ein ungeheuerliches Korruptionssystem im Gefängnis aufgedeckt. Wegen hohe Besoldungen gestattete der Direktor den wohlhabenden Gefangenen, Gelage und Orgien in den Zellen oder in seiner Wohnung abzugeben. In 11 Monaten „verdiente“ Walew 55 000 Rubel. Gegen die politischen Gefangenen wandte derselbe Direktor andere Methoden an. Davon legten die auf dem Gerichtstische liegenden ausgeschlagenen Gefangenzählne einen sprechenden Beweis ab. Das Gericht verurteilte den Direktor zu fünf Jahren Arrestantenkompanie. Nun ist er natürlich reif für die Vergnügung durch den Garten!

Im Gefängnis gelichtet.

In der Strafanstalt von Whoming hat sich der seltene Fall ereignet, daß die Zuchthändler einen Mitgefangenen gelichtet haben. Im dortigen Gefängnis befand sich ein Regler in Untersuchungshaft, weil er eine alte Frau überfallen hatte, die das Gefängnis oft besucht und den Inassen Wohlthaten erwiesen hatte. Als der Regler nun von einer Zelle in die andere übergeführt werden sollte, stürzten 150 Zuchthändler aus ihren Zellen, entrißen ihn den Wächtern, warfen ihm ein Seil um den Hals und stürzten ihn zum Fenster hinaus, so daß er mit gebrochenem Genick auf dem Hofe der Anstalt liegen blieb.

Keine Notizen.

Der schwarze Tod. Auf der Grube Rumpfen bei Saarbrücken wurden zwei Bergleute durch niedergehende Gesteinsmassen verdrückt und getötet.

Im Streit erschossen. Nach einem vorausgegangenen Streit hat am Mittwochabend der Arbeiter Frost keine Ehefrau durch Weierliche getötet und sich darauf selbst das Leben genommen.

Ein Wildererdrama. Der Wächter der Gemeindefagd in Kastentob bei Eberfeld, Polizeikommissar Adolf aus Eberfeld und sein Jagdhüter überlebten gestern drei Wilderer auf frischer Lat. Als die Wilderde der Aufforderung des Wächters, ihre Gewehre abzugeben, nicht nachkamen und die Lage bedenklich wurde, gab der Wächter einen Schuß ab, durch den der eine der Wilderer so schwer verletzt wurde, daß er nach kurzer Zeit starb. Die beiden anderen sind entkommen.

Zehn Kinder verbrannt. Im Dorfe St. Bernhard in Duedee sind nachts bei einem Wohnungsbrande zehn Kinder einer französisch-kanadischen Familie umgekommen, während die Eltern sich auf einem Ball befanden.

Aufsehen erregen

unsere Schlager!



5.95
Herrn Rind-
box, Schnür,
Schnalle,
Zug



5.95
Herrn
schl. Chevreau
Derby
Lackk.



4.65
Damen
in Chevreau
Lackk.



6.25
Herrn
Prima
Rochevreau
Derby
Lackk.



5.75
Damen
Prima
Rochevreau
Derby
Lackk.



5.90
Damen
la Lack mit
diversen
Einsätzen



3.75
27/30
31/35 4.25
in Rindbox u.
Rochevreau
mit Lackk.



5.85
Damen
la Lack
Derby

2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110,
(am Strausberger Platz).

3. Geschäft: Charlottenburg,
Nehringstr. 34, Ecke Magazinstraße,
am Friedrich-Carlplatz.

Blendax

Mit dem Scheuermännchen



Scheuert · Reinigt · Putzt
Alles

Blitzblank

Pakete zu 10 u. 20 Pfg.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Theater und Vergnügungen

Freitag, 4. Oktober.
Anfang 4 Uhr.

Urania. Der Vierwaldstätter See und der Gotthard.
Anfang 7 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die Reifersinger von Nürnberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Die Bluthochzeit.
Deutsches. Viel Lärm um nichts.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Kuß Hatterhorn.
Kroll. Der Gluckshäutchen.
Besung. Der Narrenkang.
Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege.
Deutsches Schauspielhaus. Egmont.
Schiller O. Misanthrop. Die Schule der Frauen.
Schiller O. Charlottenburg. Der Tallsmann.
Berliner. Große Rosinen.
Theater in der Königgrätzer Straße.
Herodes und Mariamne.
Deutsches Schauspielhaus (Königsplatz).
Abends 8 Uhr: **Egmont.**
Residenz-Theater.
8 Uhr:
Der Herr von Nr. 19.
Schwank in 3 Akten von Rexoul und Desvè.
Sonntag, 6. Okt., nachm. 3 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.

Luisen-Theater.
Freitag Premiere: Die gelbe Gefahr.
Sonabend nachm. 4 Uhr Kinder-
vorstellung: Der gelbe Gefahr.
Abends 8 Uhr: Die Meincib-
gräfin.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der
Walzerkönig. Abends 8 Uhr: Die
gelbe Gefahr.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Nie dagewesener Erfolg des
neuen Programms.
Lucy König, Wiener Soubrette.
Boris Bresina, Pariser Sängerin.
Der Gipfel der Komik
Bernhard Körblitz
mit neuen Schlagern
und 8 weitere gr. Attraktionen.

Casino-Theater
Lehringstr. 37. Täglich 8 Uhr
Das sensationelle Oktober-Programm
Robert Neesemann,
Berlins Lieblingshumorist mit neuen
Schlagern. Mitten im Erfolg des
lustigen Stückes
Der Großfürst.
Sonnt. 4 Uhr: Papas Seitensprung.

Montis Operetten-Theater
(früher Neues Theater)
Abends 8 Uhr:
Goldener Leuchtturm.
Theater am Rollendorfsplatz
(Neues Schauspielhaus).
Täglich abends 8 Uhr:
Gastspiel des
Münchener Künstler-Theaters:
Orpheus in der Unterwelt.

Schiller-Theater O. Wallnet-
Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Misanthrop.
Die Schule der Frauen.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Des Plarrers Tochter von Stralendorf.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Tallsmann.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Misanthrop.
Die Schule der Frauen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Tallsmann.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Herodes und Mariamne.

Deutsches Schauspielhaus
(Königsplatz).
Abends 8 Uhr: **Egmont.**
Residenz-Theater.
8 Uhr:
Der Herr von Nr. 19.
Schwank in 3 Akten von Rexoul und
Desvè.
Sonntag, 6. Okt., nachm. 3 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.

Luisen-Theater.
Freitag Premiere: Die gelbe Ge-
fahr.
Sonabend nachm. 4 Uhr Kinder-
vorstellung: Der gelbe Gefahr.
Abends 8 Uhr: Die Meincib-
gräfin.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der
Walzerkönig. Abends 8 Uhr: Die
gelbe Gefahr.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Nie dagewesener Erfolg des
neuen Programms.
Lucy König, Wiener Soubrette.
Boris Bresina, Pariser Sängerin.
Der Gipfel der Komik
Bernhard Körblitz
mit neuen Schlagern
und 8 weitere gr. Attraktionen.

Casino-Theater
Lehringstr. 37. Täglich 8 Uhr
Das sensationelle Oktober-Programm
Robert Neesemann,
Berlins Lieblingshumorist mit neuen
Schlagern. Mitten im Erfolg des
lustigen Stückes
Der Großfürst.
Sonnt. 4 Uhr: Papas Seitensprung.

Arbeiter-Wanderbund
„Die Naturfreunde“.
Sonabend, 5. Oktober, in Reifers Neue Philharmonie,
Reiferser Straße 96/97:
Lichtbilder-Vortrag „Wanderbilder aus der
Mark Brandenburg“.
Nach eigenen Aufnahmen des Vortragenden Herrn W. Lichtenhauer.
Lehmin - Gaozin - Der Spreewald - Lindow - Märkische Seen -
Wärflicher Wald - Jüterbog - Treuenbrießen - Bernau - Die Havel -
Werder - Der Grunewald - Klein-Ragnow.
Eintritt 25 Pf. Anfang abends 8 1/2 Uhr. Billetts an der Kasse.
Nach dem Vortrage: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**
Die letzte Herbstfahrt in den Unter-Spreewald findet am
Sonntag, den 13. Oktober, statt. Billetts sind in der Geschäfts-
stelle zu haben.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor. — Größter Konzertsaal Berlins.
Heute Freitag: Premiere
der beliebtesten
Heiteren Künstler-Abende.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: Großes Konzert.
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirig.: Fra.
v. Blon, Komp.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachm.
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Nachm. 4 Uhr:
Der Vierwaldstätter See und der
Gotthard.
8 Uhr: **Aufs Hatterhorn.**
Das Programm der natur-
wissenschaftlichen Hörsaalvor-
träge im 4. Quartal 1912 ist er-
schienen u. kostenlos erhältlich.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eispalast.
Einzig in der Welt mit seinen
prunkvollen Eisballetts.
Heute
2 Vorstellungen 2
nachmittags und abends
das sensationelle Eisballett
„Yvonne“
100 Mitwirkende. Fabelhafte
Ausstattung!
Die kleine Charlotte.
Bis 8 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends habe Kassenpreise.
Restaurant I. Rangos!
Wein- und Bier-Abteilung.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 1/2 Uhr:
Zapfenstreich.
Mitteldrama in 4 Akten v. Behrelein.
Sonabend zum erstenmal: **Papa-
geus.**

Voigt-Theater.
Selbstbrunnen. Badstraße 58.
Freitag, den 4. Oktober 1912:
Drei Paar Schuhe.
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten
von Karl Götzli.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2, 10 Uhr.

Folies Caprice.
Zum 34. Male
Die drei Schlager:
Der teuflische Joseph.
Der Hebbod.
Der Gläubiger.

Urania-Theater.
Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.
Sonnt. 3 Uhr: Der seltsame Toupinel.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 4. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Elite-Vorstellung.
Houdini!
Ingenieur H. Bohles
Luftschiff
ohne Besatzung!
Zum **Unter Gorillas.**
Schluß:
Original-Pantomimenburleske
des Zirkus Busch in 4 Bildern.
Besonders hervorzuheben:
Gorillas als Menschenräuber.
Der Waldbrand.
Das große Schlangenspektakel
und d. gesamte Gala-Programm.

Metropol-Theater.
Chauffeur — ins Metropol!!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern von F. Freund,
Wulf v. Rud. Nelson. Länge arrang.
von Ed. Hilop. In Szene gesetzt
vom Direktor R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr
Gastspiel der sieben Spaßmacher
Schaffner
Passage halten!!!
„Da tut sich was.“
Große Metropol-Parodie-Revue
Jean Pedro, Fratzi Masalévy,
Lantsch Messing, Papi Pepipi,
Kohn Erzbischof, Luido Quitscher.
Pfeifen überall gestattet!

Theater Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72. Ude Alexanderstr.
1 Min. v. Bahn. Jannowbrücke.
Tägl. abends 8. Sonnt. 3 Uhr:
Das große Novitäten-Program-
m und
Der Mann mit den 3 Frauen.
Große Folge in 1 Akt.

Passage-Panoptikum
RAPPO
der größte Entfesselungs-
Künstler der Zeit.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
die anatom. Unmöglichkeit.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Zirkus
A. Schumann
Heute Freitag, den 4. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung
Auserwähltes Programm.
Neue Nummern!
Freiheitsdressuren,
vorgeführt von Herrn Boss.
Mr. Hawkins
m. seinen dressierten Hunden.
Bowden u. Gardey,
die irdrolligen komischen
Radfahrer.
Champagnersehule,
geritten v. Direktor Schumann.
Nur noch einige Tage:
Willy Manns
mit a. 2000 Pfund schweren
Schulpfard „Goliath“
und die übrigen Glanznummern.

Herrnfeld
Theater
Heute zum letzten Male:
Wie man Männer bessert!
Die Original-Klabrias-Partie.
Beide Stücke mit Anton
und Donat Herrnfeld.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11—2.
Morgen Sonnabend:
Premiere
der Novitäten
Die Alpenbrüder.
Komödie in 2 Akten von A. und
D. Herrnfeld.
Ein tolles Atelier.
Schwank von H. Pohlmann.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Eröffnung der Winter-
saison. Gr. Orchester.
Dirig.: R. Schröder.
Die Nacht
der Töne.
Gutste
v. Wesel.
Anf. 8 Uhr.
Nächsten Sonntag, den 6. Okt.:
Erste Sonntag-Nachmittags-
Vorstellung zu ermäßig. Preisen.
Anfang 3 Uhr. Zum Schluß:
Der Kompagnie-Vall.
Page 1 R. Ballon 75 Pf.
Parquet und Orchesterplatz 50 Pf.

Für den Inhalt der Zuzerate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1289. Charlottenstraße 3. Amt Norden, Nr. 1987

Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Versammlung für sämtliche in den Betrieben zur Herstellung von Kuvertmaschinen beschäftigten Kollegen.

1. Vortrag des Kollegen Wand. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin. Heute, Freitag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:

Versammlung der Dachdecker u. Hilfsarbeiter

Unser Kampf in Berlin. Referent: Kollege Göppner. Verbandsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Verband der Lederarbeiter

Filiale Berlin I. Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 10 Uhr, Prinzenallee 33:

Mitglieder-Versammlung

Die Invalidenversicherung unter der R.V.D. Referent: Genosse Ritter. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal IV (ArbeitslosenSaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Hörsaal der Urania

W., Taubenstr. 48/49. Vorlesungen im 4. Quartal 1912:

- Die elektrische Energie und ihre praktische Verwertung in der Gleichstromtechnik. Prof. Dr. Donath. 10 Experimentalvorträge. Beginn 12. Oktober, 8 Uhr.
- Vom Hören und Sehen. Prof. Dr. Donath. 7 Experimentalvorträge. Beginn 16. Oktober, 8 Uhr.
- Einige besonders interessante Kapitel aus der Lehre vom Leben. Dr. B. Berndt. 10 Vorträge mit Lichtbildern. Beginn 9. Oktober, 8 Uhr.
- Die Großhändlerindustrie. Konstr.-Ing. Lehner. 6 Vorträge mit Lichtbildern und Demonstrationen. Beginn 10. Oktober, 8 Uhr.
- Gewinnung und Verwertung der Tierprodukte. Prof. Dr. Schlein. 4 Vorträge. Beginn 18. Oktober, 8 Uhr.
- Berat und Gesundheit. Prof. Dr. Sommerfeld. 6 Vorträge mit Lichtbildern. Beginn 14. Oktober, 8 Uhr.
- Vier Vorträge über Astronomie. Prof. Dr. Schwahn. Beginn 18. Oktober, 8 Uhr (Sternwarte).

Ausführliche Prospekt kostenlos. Hörsaalkarten-Ausgabe täglich von 10 Uhr vorm. bis 7 1/2 Uhr abends.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz Hut und Mützen Engros-Geschäft Einzelverkauf zu anfallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50-6,00 Stiefe Herrenhüte v. 2,00-7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware. Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Großer Pelz-Stola-Verkauf

Eile zu Weile 119 Dresdener Str. 119 (Hochbahnstation Köttbuser Tor)

Eigene Kürschnerei. Nur prima Felle! Riesenhafte Auswahl! Sehr billige Preise. Echt Skunks-Stola von 35 M. an. Echt Nerzmurmels-Stola mit Köpfen u. Schweifen v. 18 M. an. Reparaturen schnell — gut — billig. Bitte Eile zu Weile zu achten! 119 Dresdener Str. 119. Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis. Sonntags geöffnet.

Billige Angebote

haltbarer, bewährter und gut sitzender

Berufs-Kleidung

- Herkules-Leder-Hosen Allein-Verkauf. Gestreift oder einfarbig. Kernig und stark. Beste Arbeit. Bund aus einem Stück. Schwere Taschen. M. 4.50
- Weißer Kellner-Jackette Vorzüglich in Wäsche . M. 3.65 u. 2.50
- Pa blaue Monteur-Jackette Körper od. Drüll, luft- u. waschecht. Extra lange Jackette. Verriegelte Taschen . . . M. 2.45
- Setzer-Kittel 3,10 2,50 | Maler-Kittel 2,90 2,00

BaerSohn Schutz-Kleidung für Sanitätsdienst und gewerbe-polizeil. Vorschriften

Berlin — Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Haupt-Katalog Nr. 46 (Neueste Mode) postfrei

Hallo! Spare in der Zeit

beim Einkauf. Wir empfehlen Gelegenheitskäufe in neuen sowie gebrauchten Herren-Äffern, Anzügen, Paletots u. Reizern und Wollstoffen. (og. Monatsgarderobe, welche teils in feinsten Werkmitteln (auch auf Selbe) gearbeitet sind. Jeder Herr findet passende Garderobe. Früherer Ankaufungspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen:

Herren-Paletots 8.- 12.- 16.- 20.- M. u. c.	Rock-Anzüge 12.- 16.- 20.- 24.- M. u. c.
Herren-Äffern 10.- 14.- 18.- 22.- M. u. c.	Geschnitt-Anzüge 18.- 22.- 26.- 32.- M. u. c.
Jacken-Anzüge 9.- 12.- 14.- 19.- M. u. c.	Herrenhosen 3.- 5.- 6.- M. u. c.

Verteilung von eleganten Grad- u. Weinstoff-Anzügen.

Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der Andre-straße
II. Geschäft: Chausseestr. 89, vis-à-vis Lissonstr.

Sonntags nur von 12-2 Uhr geöffnet.

Möbel-Lechner

Am Rosenthaler Platz Brunnenstr. 7 Am Rosenthaler Platz

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar

Riesen-Auswahl

Anzahlungen auf Stuben u. Küchen M. 20.- 35.- 50.- 75.- 100.- Bequeme Abzahlung

Einzelne Möbelstücke von M. 5.- Anzahlung an

Alte Kunden erhalten event. ohne Anzahlung

Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen

Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von M. 50.- an M. 5.- Rabatt!

Liefere auch nach auswärt!

Sonntags geöffnet von 12-2.

Köpenicker Str. 75, 1 Ecke Brückenstr. Sehenswerte Möbel-Ausstellung

Lassen Sie sich raten

und beachten Sie in Ihrem Interesse, vor anderweitigem Einkauf, erst unser erstehendes **wirklich reelles Angebot!**

Klein sind nur unsere Ankündigungen, Groß aber die von uns gebotenen Vorteile. Wir empfehlen auf **Credit** und bar gegen

- | | |
|--|--|
| Komplette Einrichtung A
2 Bettst., 2 Matratzen
1 Kleiderschrank
1 Küche
M. 175 Anzahlung 15 M. | Komplette Einrichtung B
1 eleg. Schlafzimmer
1 nußb. Wohnzimmer
1 bessere Küche
M. 435 Anzahlung 40 M. |
|--|--|

Ergänzungs-Möbel v. 3 M. Anzahlg. an Neuheiten in Garderoben für Damen, Herren u. Kinder eingetroffen.

Credithaus Luisenstadt

Köpenicker Str. 77. Ecke Brückenstraße. Bis 1. Oktober Sonntags bis 10 Uhr geöffnet

Sie sparen Geld! Möbel

direkt in der Möbelfabrik H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung. 35 — Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch Pichelswerder, an der neuen Heerstraße beim Alten Freund.

Möbel-Cohn

58 Gr. Frankfurter Str. 58 unweit der Kaiserstraße. Bitte genau auf Hausnummer 58 zu achten.

Möbel auf Kredit

Riesen-Auswahl Anzahlungen auf Stube und Küche: Mark 15 30 50 75 bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an. Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Liefere auch auswärt, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft. Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben. Sonntags 12-2 geöffnet.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei **Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung** Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66 Nähe Alexanderplatz. Ede Weinmeisterstraße. am Friedrichshagen. (Hochb. am Ringbahn). Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Arbeiter-Handfahrer-Bund Solidarität.

Detagruppe Berlin. **Touren** zum Sonntag, den 6. Okt. Alle Abteilungen 12 1/2 Uhr: Alt-Birkenide (Rudower Str. 54). Start an den bekannten Stellen.

Jugendl. Bundesgenossen. Reittour für ten Säbosen und Besen Berlins. Start: 9 1/2 Uhr. Start zur Vereins-tour 1 Uhr.

Charlottenburg. 2 Uhr nachm.: Tour wird am Start bekanntgegeben. 12/19



Bekleidung fertig und nach Maß erhalten Sie in der modernen **Mass-Schneiderei**

J. Kurzberg auf Wunsch Wochenrate.



Rosenthaler Straße 36 1. Etage. Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstraße. Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz. **Technikum — Bauschule** Reg.-Baumeister Werner Neanderstraße 3.

Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schöneweide. Am Sonntag, den 6. Oktober, früh 8 Uhr, von den Bezirkslokalen aus, wichtige Flugblattverbreitung.

Der Vorstand.

Ablershof. Heute, Freitag, abends 9 Uhr, findet im Lokal von Thiel (früher Bayer), Bismarckstr. 10, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Viez-Steglich.

Grünau. Das 20. Stiftungsfest feiert der Wahlverein am 5. Oktober im Jägerhaus. Da die Feier nun in einem größeren Lokal stattfindet und nach jeder Richtung für künstlerische und genutzreiche Ausgestaltung des Abends gesorgt ist, wird die Arbeiterschaft um regen Besuch gebeten.

Hohen-Schönhausen. Heute Freitag, 8 1/2 Uhr, Generalversammlung des Wahlvereins bei Reuther, Berliner Str. 93. Tagesordnung: Bericht von der Sitzung mit dem Kreisvorstand, Bericht von der Kreisgeneralversammlung, Wahlen, Ausbau der Jahlabende, Verschiedenes.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Die Genossen sämtlicher Bezirke treffen sich Sonntag früh 8 Uhr im Lokal von Reuß, Kaiserweg, zur „Vorwärts“-Agitation für den 1. und 1a. Bezirk.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

In Berlin soll endlich auch eine Pflichtfortbildungsschule für Mädchen geschaffen werden. Das sie noch bis zum April nächsten Jahres fertig werde, wünschte ein Antrag, der von Freisinnigen eingebracht worden war. Die Verhandlungen über ihn wurde dadurch bedeutungsvoll, daß Stadtverordneter Cassel, der ihn begründete, eine Debatte über die künftige Finanzpolitik der Stadt provozierte. Er deutete an, die Verzögerung des Zustandekommens dieser Pflichtfortbildungsschule hänge mit der Kostenfrage zusammen. Und er fügte mit einer Entschiedenheit, die man hier gerade von ihm am wenigsten erwartet hätte, die Versicherung hinzu, daß er nötigenfalls auch vor einer Ueberschreitung der 100 Prozent Einkommensteuer nicht zurückschrecken werde. Worauf das abzielte, wurde nicht klar aus der Antwort des Stadtschulrats Michaelis, der über die „Vorbereitungen“ zur Einrichtung der geplanten Schule berichtete. Genosse Arons hat, es möchte noch ein anderes Mitglied sich deutlicher äußern. Das tat dann der neue Stadtkämmerer Böß, indem er erklärte, tatsächlich wolle der Magistrat noch die Kostendeckungsfrage regeln, und zwar beabsichtige er, überhaupt der Stadt neue Einnahmequellen zu erschließen. Genosse Arons sah darin keinen hinreichenden Grund, die Eröffnung der Fortbildungsschule zu verzögern, und fragte, ob vielleicht wieder erst die Regierung die Gemeinden an ihre Pflicht erinnern solle. In der weiteren Debatte ergriff später noch der neue Oberbürgermeister Wermuth das Wort, um zu erklären, daß er zu den Grundfragen vorrichtiger Finanzpolitik halte. Um in der Stadtverwaltung das Bedürfnis in Einklang mit dem Rassenbestand zu bringen, wolle der Magistrat einen festen Finanzplan aufstellen, nach dem gearbeitet werden solle, und ihn der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorlegen. Gegen die neuen Einnahmequellen, die der Plan vorschlägt, wehrte sich im Schlußwort Stadtverordneter Cassel. Er hatte wohl das Gefühl, daß sie wahrscheinlich in das Freisinnprogramm nicht hineinpassen werden. Der Antrag, der die baldige Eröffnung der Pflichtfortbildungsschule für Mädchen forderte, wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der vom Magistrat forderte, für die Arbeiter und Angestellten der Stadt einen kollektiven Arbeitsvertrag mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberverbänden abzuschließen, rief eine lebhafteste Debatte hervor. Genosse Glöde begründete den Antrag mit einer eingehenden Darlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die in den Betrieben der Stadt bestehen und von den Arbeitern und Angestellten als sehr bedürftig empfunden werden. Seine Ausführungen über die Notwendigkeit des Abschlusses von Tarifverträgen, durch die die Arbeiter und Angestellte der Stadt den in der Privatindustrie Beschäftigten möglichst gleichgestellt würden, fanden nicht den Beifall der Freisinnigen. Eine generelle Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist von vornherein nicht nach ihrem Geschmack, und am allerwenigsten wollen sie mit Arbeiterorganisationen paktieren, die ihnen als sozialdemokratisch verhaßt sind. Gegen Glödes treffende Ausführungen über den Widerstand, den die Arbeiterorganisationen in ihren Tarifkämpfen bei den Arbeitgebern zu überwinden haben, eiferte Stadtverordneter Goldschmidt. Er gefiel sich wieder mal in der Rolle des Kleinen Kläffers und gab sich alle Mühe, einen Krakeel zustandezubringen. Dieser eigenartige „Arbeiterführer“ schien sich eine Reichsverbands-Kappe besorgt zu haben, aus der er allerlei „Material“ zu einer Zuchthausvorlage herauskrante. Als er gegenüber den erregten Zwischenrufen unserer Genossen in trockenem Pathos erklärte, er sei stets „ehrlieh“ für die Arbeiter eingetreten“, antworteten die in großer Zahl auf der Tribune sitzenden Gemeindeglieder ihm mit Wohlgefallen. In einem Ausschluß will Herr Goldschmidt den Antrag, mit dem er im Prinzip einverstanden sei, näher prüfen. Dasselbe wollen auch die anderen Freisinngruppen, nur haben auch sie wegen der „praktischen Durchführung“ allerlei „Bedenken“, die von ihren Rednern Ullstein und Jacobi vorgetragen wurden. Die weitere Debatte brachte eine scharfe Erwidrerung unseres Genossen Glöde, der mit Herrn Goldschmidt abrechnete. Herr Goldschmidt machte einen nochmaligen Versuch, seinen Krakeel fortzuführen. In einem Schlußwort wurde von unserem Genossen Cassenbach festgestellt, daß Goldschmidt die prinzipielle Disziplin über die Tarifverträge zu einer Kleinlichen Organisationszänkerei gemacht hatte. Die Ueberweisung des Antrages an einen Ausschuß wurde dann beschlossen.

Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe in offenen Verkaufsstellen haben am 1. Oktober gegenüber dem Sommerhalbjahre eine Änderung erfahren: Nach dem Ortsstatut vom 3. November 1911 dürfen im allgemeinen die Läden in der Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich 30. April an Sonn- und Feiertagen nur von 12 bis

2 Uhr mittags offengehalten werden. An den ersten Weihnachts-, Oker- und Pfingstfeiertagen ist die Beschäftigung von kaufmännischem Personal überhaupt unterlag. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln sowie auf den Handel mit Blumen keine Anwendung. Die Sonntagarbeit ist in diesen Handelsgewerben wie folgt geregelt: Im Betriebe des Handels mit Wa- und Konditorwaren kann die Arbeit schon um 5 Uhr morgens beginnen, bis 10 Uhr dauern und von 12 bis 3 Uhr nachmittags fortgesetzt werden. Im Handel mit Fleisch- und Wurstwaren darf die Verkaufstätigkeit von 5 Uhr morgens bis 10 Uhr und von 12 bis 2 Uhr mittags ausgedehnt werden. Milch darf im stehenden Handel (Milchläden) von 5 Uhr morgens bis 10 Uhr mittags und von 12 Uhr mittags bis 3 Uhr nachmittags verkauft werden. Der ambulante Milchhandel ist während der Zeit von 5 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags ohne Unterbrechung durch die Hauptgottesdienstpauken gestattet. Für Vorkaufhandlungen gelten die gleichen Bestimmungen wie für den stehenden Milchhandel. — Im Handel mit Blumen dürfen die Angestellten vom 1. Oktober bis 30. April von 8 bis 10 Uhr früh und von 12 bis 3 Uhr nachmittags beschäftigt werden. Am ersten Weihnachts- und Okerfeiertage ist der Blumenhandel für den Landespolizeibezirk Berlin von 9 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags, am ersten Pfingstfeiertage nur von 8 bis 10 Uhr vormittags gestattet. — Der Handel mit Rohseide darf an Sonn- und Feiertagen von 6 bis 10 Uhr vormittags stattfinden. — Im Handel mit Brennmaterialien ist der Verkauf von 5 bis 10 Uhr vormittags gestattet.

Zur Angestelltenversicherung. Für die im Wahlkreis Niederbarnim am 3. November 1912, nachmittags 12-5 Uhr, stattfindenden Wahlen der Vertrauensmänner und Erasmänner für die Angestelltenversicherung hat die „Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“ eine eigene gemeinsame Kandidatenliste aufgestellt, die mit der des „Vereins der Deutschen Kaufleute“ verbunden wird. Der genannten Vereinigung gehören folgende Verbände an: Bund der techn.-ind. Beamten, Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Deutscher Buchbinderverband, Werkmeisterverband für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandter Berufe, Bund der kaufmännischen Angestellten, Verband der Kunstgewerbezeichner, Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands und Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen.

Ein Raubüberfall auf ein Dienstmädchen

beschäftigt die Charlottenburger Kriminalpolizei. Als die Rentiere Rosalie Michaelis gestern nachmittags gegen 2 Uhr ihre Wohnung im Hause Kurfürstendam 185 aufräumen wollte, wurde ihr von ihrem 25 Jahre alten Dienstmädchen Johanna Laads, das allein in der Wohnung zurückgeblieben war, entgegengerufen, sie möge draußen bleiben, da Einbrecher da seien. Die erschreckte Frau verschloß auch wieder die Wohnungstür und schlug Alarm. Auf ihre Hilferufe eilten Nachbarn herbei, die, als sie hörten, um was es sich handelte, die Polizei alarmierten. Als diese in die Wohnung eindrang, fand sie das Dienstmädchen gefesselt vor. Ihre Hände waren mit Handfesseln versehen. Da die Schlüssel dazu fehlten, hatte ein Schlosser eine Stunde lang zu tun, um das schwere Eisen durchzuseilen und das Mädchen zu befreien. Dieses machte folgende Angaben: Gegen 1 Uhr kam ein junger Mann, der eine Posttasche trug, um das Telefon nachzusehen. Als sie ihn leinlich, fiel er plötzlich über sie her, warf sie zu Boden und steckte ihr einen Knebel in den Mund, um sie am Schreien zu verhindern. Dann fesselte er sie mit einer Hanfschnur an den Füßen und legte ihr Handfesseln an. Er schleppte sie jetzt zuerst zur Küche und von dort in das Schlafzimmer, wo er sie auf einen Ledersessel warf. Während er ihr einen Revolver vorhielt und die Worte an sie richtete: „Wenn Dir Dein Leben lieb ist, beantworte alle meine Fragen und sei still“, erschien eine Frau mit einer schwarzen Maske vor dem Gesicht auf der Bildfläche. Auch der Mann hatte, als ihm von dem Mädchen im Kampfe ein schwarzer Vollbart, den er sich angeleibt hatte, abgerissen worden war, eine Maske vorgebunden. Frau Michaelis erschien gerade, als die Ueberfallenen in ihrer Todesangst die Fragen des Räubers beantwortete. Als dieser das Öffnen der Wohnungstür hörte, verließ er mit seiner Begleiterin durch den Hinterausgang das Haus. Am Tator zurück blieben die beiden Masken, zwei schwarze Tuchstreifen, aus denen für Augen und Nasen mit der Schere Löcher herausgeschnitten waren, das Batteknäuel, der abgerissene Bart und die Schnur, von der sich das Mädchen hatte befreien können. Geraubt hatten sie noch nicht.

So sonderbar die Angaben des Mädchens über das Vorgehen des räuberischen Paares erscheinen mögen, so ist an seiner Darstellung doch kaum zu zweifeln. Die Kriminalpolizei hat schon mehrere Zeugen ermittelt, die den Mann und die Frau flüchten sahen. Während der Mann auf einen vorüberfahrenden Straßenbahnwagen sprang, ließ die Frau davon und beide entkommen. Auch der ganze Befund bestätigt genau die Aussagen der Ueberfallenen. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß das Mädchen dabei seine Hand im Spiel gehabt haben könnte. Das Mädchen ist seit länger als drei Jahren bei der Rentiere in Stellung und befindet sich monatelang allein in der Wohnung, da ihre Dienstherrin sehr oft auf Reisen ist. Es hätte also zu dieser Zeit immer Gelegenheit gehabt, sich in den Besitz des Eigentums ihrer Dienstherrin zu setzen, deren volles Vertrauen sie genießt. Die Nachforschungen nach dem räuberischen Paar, die Kriminalkommissar Wulser sofort aufgenommen hat, waren bisher ohne Erfolg. Der Mann ist ungefähr 25 Jahre alt und hat schwarzes Haar und Schnurrbart. Von dem Kampf mit dem Mädchen hat er Kratzwunden. Die Frau ist mittelgroß und trug einen schwarzen Hut und einen schwarzen Plüschmantel.

Vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet wurde gestern abend auf der Korbahnstrecke in der Nähe der Station Sachsenhausen ein unbekannter, etwa 20jähriger Mann. Als der Personenzug Nr. 208 in der Richtung nach Dranienburg um 7.52 Uhr Sachsenhausen passierte hatte, tauchte plötzlich beim Kilometerstein 29 kurz hinter dem Bahnhof eine menschliche Gestalt unmittelbar vor dem Zuge auf den Schienen auf. Obwohl der Lokomotivführer mit aller Kraft bremste, konnte er ein Unglück doch nicht mehr verhindern. Nachdem der Zug zum Stehen gebracht worden war, fand man beim Abhaken der Strecke die Leiche eines jungen Mannes, dem der Kopf vom Kumpf getrennt worden war. Da der Tote keinerlei Legitimationspapiere bei sich führte, konnten seine Personalien noch nicht festgestellt werden. Verleidet war der Verstorbene, der allem Anschein nach den besseren Ständen angehörte, mit blauem Jackett, brauner Hose und grauem Cape. Ob es sich um einen Unfallsfall oder um einen Selbstmord handelt, konnte noch nicht ermittelt werden.

Unter Hinterlassung einer großen Schuldenlast hat der 35 Jahre alte Maschinenfabrikant Artur Watavia das Weite gesucht. Watavia, der in der Kleinen Frankfurter Straße 15 und dann in der Greifswalder Straße 11 sein Geschäft betrieb, war früher Klempner von Beruf. Vor Jahresfrist gab er seine Klempnerei auf und wurde Maschinenfabrikant. In den letzten Tagen zog er bei den vielen hiesigen Kon-

sumptionsgeschäften, zu denen er in Beziehungen stand, alle seine Forderungen ein, so daß er wahrscheinlich über eine ziemlich große Barsumme verfügt. Nachdem er sich so mit reichlichen Mitteln versehen hatte, verschwand er gestern aus Berlin und nahm seine Geliebte, eine 32 Jahre alte von ihrem Manne getrennt lebende Frau mit. Jetzt kam an den Tag, daß der flüchtige eine Reihe von Seidenfabrikanten die Waren, die sie ihm lieferten, schuldig geblieben ist. Nach den bisherigen Ermittlungen sind bereits 40- bis 50 000 R. Schulden festgestellt.

Ein schwerer Betriebsunfall hat sich in der gestrigen Nacht auf dem Charlottenburger Güterbahnhof zugetragen. Dort wurde ein Güterzug rangiert, auf dem auch der 23jährige Rangierer Paul Trojan aus der Knobelsdorffstraße Dienst tat. Als sich der Zug plötzlich in Bewegung setzte, stürzte er infolge des Ruckes aus der am Dache eines Waggons angebrachten Bremsbude heraus. Er fiel so unglücklich, daß er zwischen den Zug und eine Güterrampe geriet. Der Verunglückte erlitt schwere innere und äußere Verletzungen. Nach Anlegung von Notverbanden durch einen herbeigerufenen Arzt wurde der Rangierer in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus Westend geschafft.

Ein schwerer Bauunfall ereignete sich gestern mittag auf einem Neubau an der Ecke der Linden- und Dranienstraße. Der 30jährige Bauarbeiter Erich Weigert aus Roabit sollte in der Höhe der dritten Etage ein Fensterkreuz anbringen. Zu dieser Arbeit stellte sich W. auf den Fensterrahmen. Offenbar verlor der Arbeiter dabei das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Der Verunglückte blieb mit schwermeterten Gliedern und inneren Verletzungen auf dem Straßendam liegen und wurde von seinen Kollegen nach der Unfallstation am Spittelmarkt gebracht, von wo er nach dem Krankenhaus am Urban geschafft wurde.

Aufhebung eines großen Hehlernestes.

Die Schöneberger Kriminalpolizei ließ schon seit einiger Zeit eine Wohnung in der Nähe des Kaiser-Wilhelm-Platzes in Schöneberg oberwachen, in welcher „Schwere Jungen“ ein- und ausgingen und von wo aus große Beutezüge planmäßig durch eine aus sechs Köpfen bestehende Einbrecherbande unter der Führung des Geldschranksraders Löffelbein unternommen wurden. Die erwähnte Wohnung, die aus fünf Zimmern bestand, war angeblich von einem Kaufmann und seiner Frau gemietet worden, doch gehörten in Wirklichkeit die Räumlichkeiten einer weitverzweigten Diebesbande, die sich dort am Tage aufhielt und sich zwei gemütliche Klubzimmer geschaffen hatte. Der Anführer der Einbrecher, die auf Teilung arbeiteten, war der 24jährige Schlosser Löffelbein, dessen Verhaftung vor einiger Zeit gelang. Die Gauner, die stets nur Einbrüche im großen Stil unternahmen, waren mit dem modernsten Werkzeug ausgerüstet. Durch die Festnahme des Anführers und zweier seiner Genossen kam die Schöneberger Kriminalpolizei hinter das Treiben der Bande und vermochte nun festzustellen, daß diese Wohnung der Schlafwinkel der Diebe sei. Dort verkehrten täglich zahlreiche der Behörde wohlbelannte Hehler, welche die von den Dieben gemachte Beute unauffällig fortzuschaffen. Gestern mittag waren sämtliche Mitglieder der Diebesgenossenschaft in ihrem Klubraum zu einer Beratung zusammengekommen, als plötzlich die Kriminalpolizei aufgriff. Zahlreiche Beamte hatten alle Zugänge besetzt, während mehrere Schutzleute in die Wohnung eindrangen und sämtliche Anwesenden, im ganzen zehn Personen, festnahmen. Auf dem Polizeipräsidium, wohin die Diebe gebracht wurden, konnte sofort festgestellt werden, daß ein Teil der Verhafteten von den Polizeibehörden Groß-Berlins schon seit längerer Zeit gesucht werden. Die Gauner weigerten sich zunächst, ihre Namen anzugeben. Sie wurden aber sämtlich aus dem Verbrecheralbum festgestellt. In der Diebeshöhle fand man ein so ungeheures Lager von gestohlenen Gegenständen aller Art, daß der Wert nach ungefähre Schätzung 20 000 bis 30 000 M. beträgt. Die Einbrecher haben bei ihren Beutezügen vor allem Goldwaren- und Pelzgeschäfte geplündert, doch wurden auch Luxuswaren aller Art, mehrere Kartons Pleureusen, Ballen farbiger Seide und Luche vorgefunden. Die mit Beschlagnahmungen versehenen Sachen, die sämtlich aus Einbrüchen stammen, füllen die beiden geräumigen Zimmer Nr. 7 und 8 des Schöneberger Polizeipräsidiums. Geschäftsleute, bei denen in letzter Zeit Einbrüche verübt worden sind, werden von der Behörde ersucht, eventuell dort zu rekonozieren.

Großes Aufsehen erregt in beteiligten Kreisen der Selbstmord des Kaufmanns Ferdinand Horn, Bildhauerstr. 11 in Charlottenburg. Er war Witinhaber der bekannten Wa- und Emaillefabrikhandlung Horn u. Co., G. m. b. H., die eine ausgebreitete Geschäftsverbindung mit dem Ausland unterhielt und als sehr gut fundiert gilt. Gestern mittag, nach Schluß der Bureauzeit begab sich Horn wie gewöhnlich in ein kleines, neben seinem Privatkontor gelegenes Zimmer, um dort Mittagsschlaf zu halten. Als gegen 1/3 Uhr einer seiner Söhne in das Zimmer trat, fand er zu seinem Entsetzen den Vater blutüberströmt auf dem Sofa liegend. Er hatte sich aus einem neben ihm liegenden Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe gefügt, wodurch der sofortige Tod herbeigeführt worden war. Der Grund zu der Tat ist bisher noch nicht aufgeklärt. Allem Anscheine nach hat Horn den Selbstmord in einem Anfälle nervöser Ueberreiztheit verübt. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern mittag im Norden Berlins. Gegen 1/2 Uhr fuhr an der Ecke der Erzberger- und Schullstraße der Kaufmann Joseph Hanauer auf einem Motorrade gegen den Bordperron eines Motorwagens der Straßenbahn. Bei dem Zusammenstoß wurde H. in weitem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert und erlitt einen schweren Schädelbruch. Der Verunglückte erhielt auf der nächsten Unfallstation einen Notverband und wurde von dort in fast hoffnungslos Zustand nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus geschafft.

Ein Kindesmord wurde gestern in der Köpenicker Straße entdeckt. Kinder, die mit ihrem Lehrer auf dem Hofe der 114. Gemeindefekule spielten, fanden in einer Ecke an der Grenzmauer nach dem Grödenufer ein Paket, das ziemlich groß und schwer war. Ohne es zu öffnen, übergaben sie es dem Schuldienen. Dieser fand in dem verpackten Zeitungspapier die Leiche eines neugeborenen Knaben, der wohl zwei Wochen gelebt haben mag. Dem Kleinen ist der Hinterkopf eingedrückt worden. Die Kinderpolizei ließ die Leiche, die in einen weichen Leinwandstoffsack und in eine Zeitungsbülle eingewickelt war, nach dem Schauhaus bringen. Wie die Leiche an den Fundort gekommen ist, steht noch nicht fest. Wahrscheinlich hat sie jemand vom Grödenufer aus über die Mauer geworfen.

Gegen den hurrapatriotischen Jugendfang.

Die Gegner machen die kampfhaftesten Anstrengungen, die Jugend der Arbeiterschaft für ihre reaktionären Bestrebungen einzufangen. Willkürs, vom Unteroffizier bis hinauf zum General, stellen sich in den Dienst dieser hohen Mission, desgleichen Pastoren und sonstige Stützen der heutigen Staatsordnung. Sie alle haben mit plötzlich ihr liebevolles Herz für die Jugend des Volkes erwidert, obgleich früher, da noch keine freie Jugendbewegung vorhanden war, sie sich den Teufel um das Los und das Wohlergehen der Arbeiterjugend kümmerten. Dies bewies treffend Stähm-Nixdorf als Referent einer nach den Sophienfäden einberufenen Versammlung der sporttreibenden Arbeiterschaft Groß-Berlins, die am Mittwoch statt-

fand und sehr stark besucht war. Insbesondere kennzeichnete Redner den Jung-Deutschlandbund, der als neues Produkt zur Bekämpfung der freien Jugendbewegung in Erscheinung getreten ist und nun mit vollen Segeln auf sein Ziel losfährt. Mit Recht beurteilte Redner das Verberliche dieser Bestrebungen, deren Träger und Förderer bei der Wahl ihrer Mittel durchaus nicht wählerisch sind. Die Art, wie sie zu arbeiten pflegen, ist selbst von patriotisch gesinnten Männern als eine Verhöhnung an der Jugend bezeichnet worden. In allen Auftritten, Artikeln und Reden der Gegner wird denn auch durchweg häufig mit dem roten Lappen geschwenkt, um die freie Jugendbewegung sowie auch die Arbeiterportvereine in Verberf zu bringen, obgleich die Herren, die so handeln, hiermit in eifrigster Weise zeigen, daß sie es sind, die die Jugend- und Sportfrage mit Politik verquiden. Deshalb muß die Lösung lauten: Heraus aus den bürgerlichen Sportclubs und hinein in den Arbeiterturnerbund. Die Ausführungen des Referenten lösten bei der übergroßen Mehrheit der Versammelten den lebhaftesten Beifall aus.

In der Diskussion sprach zuerst Herr Voghammer vom Verband Brandenburgischer Fußballspieler, der seine Richtung in längeren Ausführungen verteidigte und des weiteren bestritt, daß sie jemals die Neutralität verletzt hätten. Sie verträten nur die Interessen des Fußballsports, seien nur Sportsleute und kümmerten sich als solche nicht um die verschiedenen politischen Richtungen.

Rechtlich sprach auch Herr Neumann vom V. V. D., dessen Ausführungen in dem Maße gipfelten: Weder nach rechts noch nach links Rotau machen. Genosse Peters, der sich als Richtiposler vorstellte, rühte unter dem stürmischen Beifall der Versammlung den wahren Zweck und Charakter des Jung-Deutschlandbundes und seiner Anhänger als rechte Licht und Würdige dessen Haupttätigkeit, die in dem Verlusse besteht, die proletarische Jugendbewegung einzufangen, in gefährlicher Weise. In ähnlichen ergränzten Peters, ebenso Gottschalk und andere Redner die Ausführungen des Referenten in wirksamster Weise und leuchteten den bürgerlichen Herren, von dem lebhaften Beifall der Anwesenden unterstützt, gründlich heim.

Ein Fußballklub trat sofort dem Arbeiterturnverein bei, und nach dem Verlauf dieser Versammlung ist mit Sicherheit zu erwarten, daß noch weitere Erfolge der freisinnigen rührigen Agitation eintreten werden. Zu erwähnen wäre noch, daß die Firma Raud u. Hartmann das Wort „Hurra“ von den Plakaten an den Anschlagtafeln verboten hat, eine Mitteilung, die verständnisvolle Deutlichkeit bei der Versammlung auslöste.

Vorort-Nachrichten.

An unsere Berichterstatter in den Vororten.

Um das Interesse am kommunalen Leben in den Vorortgemeinden mehr zu wecken, sind wir ersucht worden, die Sitzungstage und die Sitzungszeit der Gemeindevertretungen im „Vorwärts“ zu veröffentlichen. Wir wollen diesem Wunsche durch Einrichtung einer kleinen Rubrik entsprechen und ersuchen unsere Berichterstatter, uns rechtzeitig von der Abhaltung der Sitzungen der Gemeindevertretung Mitteilung zu machen.

Charlottenburg.

Die Stadtverordneten berieten in ihrer letzten Sitzung am Mittwoch zunächst einen sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag betr. Maßregeln gegen die Fleischsteuerung. Der Antrag lautet:

Unter Hinweis auf die in Nr. 229 der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ enthaltene Bekanntmachung der preussischen Staatsregierung betr. Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, baldigst geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die in den Absätzen 1 und 3 durch die Regierung in Aussicht gestellten Erleichterungen der Fleisch- und Vieheinfuhr auch für Charlottenburg nutzbar zu machen.

Genosse Zietzsch, der den Antrag in eingehender Weise begründete, bezeichnete die Regierungsmassnahmen als völlig unzureichend und rechnete gründlich mit der Regierung ab, die die ganze Verantwortung auf die Gemeinden abwälzen suche. Allerdings hätten die Gemeinden, die ja unmittelbar von der Steuerung betroffen werden, allen Anlaß, Vorsorge für eine ausreichende Ernährung ihrer Einwohner zu treffen, und eine ganze Reihe von Gemeinden seien ja auch habendrecht vorangegangen, indem sie gefrorenes Fleisch und Vieh beziehen und es entweder durch Vermittlung der Fleischer oder direkt an die Konsumenten abgeben. Voller sei Charlottenburg hinter anderen Städten zurückgeblieben. Im Plenum freilich hätten die Liberalen den Mund nicht voll genug nehmen und gegen die Agrarier zu Felde ziehen können, aber in der Steuerungsdeputation sei ihre Haltung eine wesentlich andere gewesen, da hätten sie Anträge der Sozialdemokraten und auch Anregungen des Magistrats, die den Notstand lindern sollten, rundweg abgelehnt. Es handle sich nicht etwa nur um eine vorübergehende Steuerung, sondern um einen dauernden Notstand, dem man nur mit dauernden Einrichtungen begegnen könne. Schöneberg sei sofort vorgegangen, da dürfe Charlottenburg nicht untätig die Hände in den Schoß legen, zumal die Gemeindebehörden in anderen Fragen, z. B. in der Angelegenheit des Opernhouses, eine erstaunliche Schnelligkeit betätigt haben.

Überbürgermeister Schusterhans teilte mit, daß der Berliner Oberbürgermeister bereits für Berlin und Vororte beim Minister beantragt habe, ihnen die Vergünstigungen unter Ziffer 1 und 3 der Regierungsverordnung betr. Erleichterung der Fleischzufuhr zu gestatten. Im übrigen werde die Steuerungsdeputation bereits am Donnerstag zusammentreten, am Freitag werde der Magistrat Beschluß fassen, und auch der preussische Stadtag werde in der nächsten Woche zur Frage der Steuerungs Stellung nehmen.

Nach kurzer Debatte, in der Redner aller Fraktionen sich zum stimmend äußerten, wurde der sozialdemokratische Antrag der gemischten Deputation zur Beratung von Maßnahmen gegen die Steuerung zur Verlesung übergeben.

Der Rest der Sitzung wurde durch die Beratung von Petitionen ausgefüllt. Von besonderem Interesse ist eine Petition betr. Errichtung einer Vorschule an der Handelschule. Die Liberalen legten sich, obwohl auf ihre Anregung im Jahre 1908 ein Gemeindebeschluß zustande gekommen ist, der sich für die Beilegung der Vorarbeiten überhaupt ausdrückt, mit Wärme für die Petition ins Zeug. Im Gegenfall dazu vertrat Genosse Stolz den Standpunkt, daß man an den Gemeindebeschluß festhalten und keinerlei Ausnahmen zulassen solle. Mit Recht warf er den Liberalen vor, daß sie selbst ihre Prinzipien bei jeder Gelegenheit preisgeben. Trotzdem wurde die Petition, dem liberalen Antrage entsprechend, dem Magistrat zur Verlesung übergeben.

Eine Petition des Haus- und Grundbesitzervereins von 1895, die die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat ersuchte, bei den zuständigen Behörden darauf hinzuwirken, daß der zweite Abschnitt des Gesetzes zur Sicherung der Kaufverträge in Kraft tritt, besonders überall dort eingeführt wird, wo der Kaufschwindel noch besteht, wie z. B. in Groß-Verlin, wurde dem Magistrat als Material überwiesen.

Gleichfalls als Material wurde dem Magistrat überwiesen eine Petition betr. Errichtung eines neuen Bahnhofsgebäudes und Durchlegung der Kaiser-Friedrich- und Windischstrasse. Interessant ist die Mitteilung des Magistratsberichters, daß der Eisenbahnminister alle Wünsche auf Umgestaltung des Bahnhofs Charlottenburg abgelehnt habe, obwohl ihm die Verhältnisse auf dem Bahnhof eingehend geschildert sind und auch darauf hingewiesen ist, daß der Bahnhof Charlottenburg nach Zahl der Fahrten sogar dem Bahnhof Friedrichstraße überlegen sei.

Die nächste Sitzung, die sich voraussichtlich mit der Wahl des Bürgermeisters beschäftigen wird, findet erst am 30. Oktober statt.

Neufölln.

„Lieder und Stimmungen“ ist der Titel, unter dem der Bildungsausschuß am Sonntag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in Vorwärts Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neufölln. Für den

Beständen, Hermannstraße 49, einen Kunstabend veranstaltet. Mitwirkende sind die Mitglieder der ehemaligen „Männlicher Scharzischer“ Delbard und Henry. Außer Duetten zur Laute und Gitarre kommen Vorträge zum Vortrag von Peter Schlemihl, Jakobowitsch, Franz Bedel und a. Nachher Tanz. Billets a 40 Pf. sind außer bei den Funktionären noch zu haben in den Vorleibpreditionen, Redarstraße 2 und Siegfriedstraße 28; im Restaurant Gemmeder, Kaiser-Friedrich-Strasse 33/33; Restaurant Meier, Radf. Richter, Prinz-Gendy-Strasse 8; Restaurant Karl Richter, Weisstraße 7, Ecke Mahlower Straße; Restaurant Pfeiffer, Hermannstraße 49. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Bildungsausschuß.

Maßnahmen gegen die Lebensmittelsteuerung. Die zuständige Deputation ist nach einem vorliegenden Bericht in die Beratung von Maßnahmen gegen die herrschende Lebensmittelsteuerung eingetreten. Sie ist nach Prüfung einiger vorliegender Offerten zu dem Ergebnis gelangt, vorläufig von der selbständigen Einfuhr von frischem Fleisch abzusehen, da die hierdurch entstehenden Selbstkosten einschließlich Fracht und Verkaufskosten nur unwesentlich von den hier für den Detailverkauf notierten Preisen abgewichen haben würden. Die selbständige Versorgung mit Fleisch soll indes nach wie vor im Auge behalten bleiben. Dagegen ist beschlossen worden, sich im größeren Umfange an denjenigen Maßnahmen zu beteiligen, welche von der Stadt Berlin zwecks Verbilligung der Bevölkerung mit frischem und Gefrierfleisch in die Wege geleitet sind. Da anzunehmen ist, daß diese Maßnahmen bald zu einem praktischen Ergebnis führen, an dem sich die Stadtgemeinde Neufölln beteiligen kann, bedarf die Deputation eines größeren Kredites. Der Magistrat hat auf Antrag des Delegierten beschlossen, bei der Stadtverordnetenversammlung zu beantragen, den bereits zur Verfügung gestellten Betrag zu diesem Zwecke auf 20 000 M. zu verstärken.

Mariendorf.

Durch einen rohen Streich halbwüchsiger Vurschen ist der 20-jährige Vorkriegssohn Bruno Kaiser von hier zum Krüppel geworden. Auf dem südlich des Schöneberger Krankenhauses am Priesterweg gelegenen, ausgebehten, ungebauten Gelände, das von der Schöneberger, Steglitzer und Mariendorfer Schuljugend zum Kriegsspielen benutzt wird, hatte der Vorkriegssohn einen Komplex Kartoffelfeld gepachtet. Als vorgestern nachmittags sein 19-jähriger Sohn dort mit dem Ausgraben von Kartoffeln beschäftigt war, stürzten plötzlich etwa zwanzig 14- bis 15-jährige Jungen, Schöneberger und Steglitzer Schüler, die miteinander Krieg führten, auf das bebauten Feld. Als Kaiser die Knaben aufforderte, das Grundstück zu verlassen, fielen die feindlichen Parteien gemeinsam über den Vorkriegssohn her, der der Uebermacht gegenüber völlig machtlos war. Die rohen Vurschen rissen den K. zu Boden und schlugen blindlings mit ihren Köpfen, ihren Stöcken, auf den Wehrlosen ein. Ein Hieb traf das rechte Auge, das sofort auslief. Hierauf ergriffen die Vurschen schlemmlich die Flucht und entliefen, die mehrere Personen, die den Vorkriegssohn von der Ferne beobachtet hatten, herangekommen waren. Der Schwerverletzte wurde nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus gebracht, wo die Verletzung festgestellt, daß auch die Sehraft des linken Auges stark in Mitleidenschaft gezogen war. Der hier geschilderte Fall zeigt, welche verheerende Wirkung die heute mit so großem Eifer betriebene Umwertung der Jugend im Kriegsspiel auslösen kann.

Bohnsdorf.

Ihr erstes Stiftungsfest feiert die „Freie Turngenossenschaft Bohnsdorf“ (M. v. A. L. V.) am Sonntag, den 5. d. M., im Rest. „Hallenruh“ Joh. Wolfner (Willa Kahl). Da genannter Verein bei Arbeiterfestlichkeiten stets mitwirkt, wird die Arbeiterschaft ersucht, das Fest durch Besuch zu unterstützen.

Mühlenbeck.

Ein Fall von Ausweisung ruft am Ort großes Bestreben hervor. Vorgestern wurde der Arbeiter Michel Rowatowski, ein geborener Russe, der bereits sieben Jahre hier wohnte, mit seiner Frau und drei Kindern auf Grund einer Verordnung des Regierungspräsidenten kurzerhand ausgewiesen. R. verheiratete sich vor einigen Jahren mit einer Deutschen und stellte kürzlich den Antrag auf Naturalisation; letzterer wurde abgelehnt und gleichzeitig die Ausweisung angeordnet. Aus welchem Grunde R. ausgewiesen wurde, ist völlig unverständlich, um so mehr als er sich an keiner politischen Aktion beteiligte und auch sonst sich des besten Rufes erfreute. Die Abschiebung vollzog sich innerhalb 1 1/2 Stunden und so schnell, daß den Leuten nicht einmal Zeit gelassen wurde, ihre notdürftigsten Verhältnisse zu regeln. So mußte zum Beispiel der Säugling herausgerissen werden, zurückbleiben. Auch die eingeweichte Wäsche im Jober sowie sämtliche Küchen- und Stubenmöbel überließ man ihrem Schicksal. Der Mann hatte noch für drei Tage Lohn zu bekommen, diesen zu holen wurde ihm keine Zeit mehr gelassen. Man schaffte ein Fuhrwerk herbei und brachte die Familie in dem ungeheuerlichen Wetter im offenen Achswagen nach dem ziemlich entfernten Französisch-Buchholz, von wo nach vollbrachter Nacht (wo ist nicht bekannt) die Fahrt weiter nach Rattowitz und über die Grenze ging.

Der Schlüssel der Wohnung wurde dem Wirt übergeben, was mit den darin befindlichen Sachen geschehen soll, weiß niemand.

Der Fall zeigt aufs neue die völlige Rechtlosigkeit, unter der Ausländer in Deutschland leiden. Wir halten diese Praxis der Behörden mit den Staatsverträgen für unvereinbar.

Jugendbewegung.

Folgen der Kriegsspielerel.

Der mit staatlichem Gelde unterstützte Ausschuss für Jugendpflege in Wächtersbach veranstaltete am 21. April ein Kriegsspiel. Die Teilungen der beiden Parteien waren dem Eisenbahngesellen Eisel und dem Eisenbahnarbeiter Kuppert unterstellt. Den jugendlichen Teilnehmern wurden Militärgewehre zur Verfügung gestellt, mit denen Salven mit Platzpatronen abgegeben wurden. Der 17-jährige Baderlehrling Lohrey führte ein Flobergewehr mit sich, das der 15-jährige Bureaugeselle Schier mit einer scharfen Patrone lud. Als die erste Salve fiel, wollte auch Lohrey sein Gewehr abschießen und verlor, dem Schier es aus der Hand zu nehmen. Bei dem Hin- und Hergerren entlud sich die Waffe. Der Schuss drang der in der Nähe stehenden Frau des Fabrikarbeiters Deubert in den Leib. Die Frau brach auf der Stelle zusammen. Sie wurde in das Landkrankenhaus gebracht. Dort starb sie nach zweitägigem qualvollen Leiden. Lohrey, Schier, Eisel und Kuppert hatten sich nun vor der hiesigen Strafkammer wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Lohrey sechs, gegen Schier vier, gegen Eisel und Kuppert je drei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete gegen den Hebesohnjüngling Lohrey und den fünfzehnjährigen Schier auf je zwei Monate Gefängnis. Eisel und Kuppert wurden freigesprochen.

Die eigentliche Schuld an diesem tragischen Vorfalle tragen die Verursacher des Kriegsspiels, die Jugendlichen den Schließpfeil in die Hand gaben.

Soziales.

Zur Sonntagsruhe.

§ 41 a der Gewerbeordnung bestimmt: „Soweit nach den Bestimmungen der §§ 106 b bis 106 h der Gewerbeordnung Gehilfen, Ingeratenen u. a. m. beschäftigt sind, ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Sonntagsruhe zu gewährleisten.“

Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen, darf in offenen Verkaufsstellen an diesen Tagen ein Gewerbebetrieb nicht stattfinden.“ In Berlin ist nun durch ein neues Urteil eine weitere Verfestigung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe gemäß § 106 b der Gewerbeordnung erfolgt, indem u. a. bestimmt ist, daß vom 1. Oktober bis 30. April Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an den Sonntagen nur von 12 bis 2 Uhr mittags beschäftigt werden dürfen. Ausgenommen ist der Handel mit Lebens- und Genussmitteln und mit Blumen. Es dürfen also auch noch vor der Kirchzeit in solchen Geschäften Angestellte beschäftigt werden. In ihnen darf also auch noch vor der Kirchzeit ein „Gewerbebetrieb“ stattfinden.“ (§ 41 a.) — Das Kammergericht hat jetzt die Beurteilung des Kolonialwarenhandlers Payer wegen Uebertretung der Gewerbeordnung bestätigt, weil er vor der Kirchzeit Sonntags einen verbotenen Gewerbebetrieb dadurch ausgeübt habe, daß er diejenigen seiner Waren, die nicht Lebens- oder Genussmittel waren, z. B. Seife, Zylinder u. dgl., nicht den Blicken des bei ihm Genuss- und Lebensmittel kaufenden Publikums entzogen habe, durch Juden an usw. Zur Ausübung des Gewerbebetriebs gehöre das Festhalten. Ein Festhalten der Waren, die zu der Zeit nicht verkauft werden dürfen, finde aber schon statt, sobald diese Waren ausliegen und vom Publikum gesehen werden können. Das sei hier hinsichtlich der Seife und ähnlicher Waren der Fall gewesen. Daß er von diesen Waren keine verkauft habe, sondern nur Nahrungsmittel und Genussmittel, was er zur fraglichen Zeit durfte, sei unerheblich. Jedenfalls habe er nach dem Dargelegten gegen die Bestimmung des § 41 a verstoßen, daß in offenen Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen ein „Gewerbebetrieb“ soweit nicht stattfinden dürfe, soweit nach den Bestimmungen der §§ 106 b bis 106 h Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe nicht beschäftigt werden dürfen.

Aus der Frauenbewegung.

Erster nationalliberaler Frauentag.

In Weimar fand am Dienstag der erste nationalliberale Frauentag statt. Der Generalsekretär verteidigte seine Partei, daß sie bisher den Frauen verloschen gewesen sei; die Parteileitung erklärte aber jetzt, daß die Mitarbeit der Frauen unentbehrlich geworden sei, und die Frauen daher gern und freudig aufgenommen würden. Anstatt daß die anwesenden Frauen von der Erklärung, man nehme sie nur notgedrungen an, enttäuscht waren, sprach die Vorsitzende der Tagung, Frau Waffer mann, die Gattin des bekannten nationalliberalen Parteiführers, den Dank aus: Die Mitteilung der Parteileitung sei von großer Bedeutung. Nun dürften die Frauen auch nicht die Erwartungen der Partei enttäuschen.

Auf den gleichen Ton der Bescheidenheit war die Rede von Frau Steinmann über die Aufgaben der nationalliberalen Frauen abgestimmt. Die erwerbstätigen Frauen seien durch ihre wirtschaftlichen Interessen gezwungen, sich um die Politik zu kümmern. Auch die freiwillige soziale und ehrenamtliche Tätigkeit führe die Frauen in das öffentliche Leben ein. Aus diesen Tatsachen folgerte aber die Vortragende nicht, daß nun auch die Frauen gleiches Mitspracherecht bei politischen Angelegenheiten haben müßten. Sie begnügte sich vielmehr mit den Forderungen, daß Frauen als Beisitzerinnen zu den Jugendgerichten, als Laienrichterrinnen, als Mitglieder städtischer Kommissionen zugelassen wären. Ferner verlangte sie eine systematische Berufsbildung, insbesondere die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen und die Zulassung der Mädchen zu den höheren Knabenschulen in kleineren Orten. Natürlich fehlte es nicht an einem Angriff auf die Sozialdemokratie, der gegenüber die nationalliberalen Frauen geistige und sittliche Güter verteidigen wollen. Als ob nicht gerade die Sozialdemokratie die Ansprüche der Arbeiter auf geistige Kulturgüter gegenüber den Ausbeutungsgelassen nationalliberaler Fabrikherren vertritt!

Die Tagung schloß nach einem Referat über die politische Lage mit einer Aussprache über den Stand der nationalliberalen Frauenbewegung und über Vorschläge zur praktischen Agitation.

Arbeiterturnverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 6. Oktober: Wanderung von Gr. Köris nach Leubitz. Tornow's Hotel, Gr. Köris. Abfahrt nach Gr. Köris früh 6.45 vom Görlitzer Bahnhof. (Sonntagsfahrkarte.) Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderfahrt am Sonntag, den 6. Oktober, nach dem Fläming. Triefen, Leubitz, Krummer See, Reichers Dödelberg, Beumens, Triefen. Abfahrt: 5.30 Brötzer Bahnhof (Frankfurterstr.). Gäste willkommen. Neue Tourenpläne besendet Fritz Strafe, Mariannenstr. 11.

Arbeiter-Abkündertenbund. Ortsgruppe Berlin. Heute 8 1/2 Uhr Versammlung im Gemeindefesthaus, Engelstraße 15. Vortrag des Genossen Redakteur Weh über: Die Arbeiter und das Problem der Qualitätsarbeit. Diskussion. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 1. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Kegergericht. Von A. Kautsky. — Eine Mission im Jahre 1858. Von Karl Marx. — Ein neues Agrargesetz. Von Eduard Ballant. — Der Gewerkschaftskongress von Havre. Von G. Rappoport (Paris). — Die transatlantische Eisenbahn und die englisch-russischen Beziehungen. Von Michael Kaniowitsch. — Literarische Rundschau: Gerhard Meißner, Sozialistische Auslandspolitik. Von K. K. Las Tendances Syndicales. Von G. G. Klein. Theodor Derfla. Das soziale Problem. Von O. Ruch. Dr. Otto Hommer. Die Umwidmung und Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Von P. U. — Notizen: Indiens Volksschulen.

Von der „Gleichheit“ ist soeben die 1. Nummer der 21. Jahrgang erschienen. In uns soeben Nr. 1 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Einladung zum Abonnement. — Der Chemiker Parteilag. — Schülerberatern. Von Eugen Prager. — Die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten im Herzogtum Braunschweig. Von A. W. — Der freie Sonntagsnachmittag. Von Martha Hoppe.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühr 65 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2.00 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die Nr. 21 des 29. Jahrgangs, 16 Seiten stark, erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag von F. D. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie durch allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Marktbericht von Berlin am 2. Oktober 1912, nach Ermittlung des täglich vollgezeigten Volumens. Parität 100 = 100. (Reinhandel) 100 Kilogramm Weizen, gelbe, vom Roggen 30.00—30.00. Weizenrohweizen, weisse, 30.00—30.00. Weizen 30.00—30.00. Kartoffeln (Reinhandel) 5.00—5.00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rinde 1.80—2.40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1.60—1.90. Schweinefleisch 1.60—2.40. Kalbfleisch 1.50—2.40. Hammelfleisch 1.70—2.40. Butter 2.40—3.00. 60 Stück Eier 4.00—6.00. 1 Kilogramm Karpen 1.40—2.40. Halm 1.60—3.20. Hanf 1.60—3.00. Gerste 1.60—2.80. Barde 1.00—2.40. Schale 1.60—3.20. Riech 0.80—1.60. 60 Stück Rindvieh 1.00—6.00.

Witterungsüberblick vom 3. Oktober 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Swinemünde	766.2	SW	3	bed.	6	Darmstadt	769.0	SW	3	bed.	5
Hamburg	767.8	SW	3	bed.	6	Beratsburg	768.5	SW	3	bed.	5
Berlin	766.8	SW	3	bed.	7	Essen	768.0	SW	3	bed.	7
Frankfurt	769.8	SW	3	bed.	7	Aberdeen	768.0	SW	3	bed.	7
München	767.8	SW	3	bed.	9	Paris	760.0	SW	3	bed.	8
Wien	765.8	SW	3	bed.	12						

Weiterprognose für Freitag, den 4. Oktober 1912.

Wolkig und veränderlich, vielfach wolkig bei ziemlich trübem noch westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.